

Das Parlament

Berlin, 27. Juni 2022

www.das-parlament.de

72. Jahrgang | Nr. 26-27 | Preis 1 € | A 5544

KOPF DER WOCHE

Weiter im Amt

Jens Stoltenberg In weniger turbulenten Zeiten würde er den für ihn als Nato-Generalsekretär wohl letzten Gipfel des Bündnisses absolvieren und sich danach auf die Aufgabe als Chef der Zentralbank seines Heimatlandes Norwegen vorbereiten – so wie ursprünglich geplant. Es sind aber keine ruhigen Zeiten. Stoltenbergs Amtszeit wurde nach dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine nunmehr bis 2023 verlängert. Die westliche Militäralianz sieht sich gefordert, die eigene Verteidigungsfähigkeit insbesondere in Mittel- und Osteuropa zu erhöhen. Gefragt ist der frühere norwegische Premier und Sozialdemokrat einmal mehr auch als Vermittler, der auf dem Nato-Gipfel diese Woche die Türkei vom Sicherheitsgewinn für das Bündnis durch einen Beitritt Finnlands und Schwedens überzeugt (siehe Text unten).



ZAHL DER WOCHE

60.000

Aktive Soldaten dienen in den schwedischen Streitkräften, bei den Verteidigungskräften Finnlands sind es rund 23.000. Die Truppenstärke aller Nato-Länder beläuft sich auf rund 3,3 Millionen aktive Soldaten, davon 1,4 Millionen aus den USA und Kanada, der Rest aus europäischen Nato-Ländern.

ZITAT DER WOCHE

»Jeden Quadratmeter des Bündnisgebietes verteidigen.«

Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) in der Regierungserklärung zum Nato-Gipfel. Die Nato-Partner im Osten Europas könnten sich auf Deutschland verlassen.

IN DIESER WOCHE

WIRTSCHAFT UND FINANZEN
Gasversorgung Bundesregierung wappnet sich gegen Engpässe Seite 7

WIRTSCHAFT UND FINANZEN
Inflation Opposition fordert nach Entlastungspaketen weitere Hilfen Seite 8

IM BLICKPUNKT
Attentat Vor 100 Jahren ermordeten Rechtsextreme Walther Rathenau Seite 9

EUROPA UND DIE WELT
Frankreich Macron muss sich Mehrheiten im Parlament suchen Seite 10

MIT DER BEILAGE



Das Parlament
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH & Co. KG
64546 Mörfelden-Walldorf



Raus aus der Warteschleife

EU-GIPFEL Die Ukraine und Moldau sind Beitrittskandidaten – Enttäuschung bei Westbalkanstaaten

Die von Russland angegriffene Ukraine und ihr Nachbarland Moldau können sich als frischgebackene EU-Beitrittskandidaten Hoffnungen auf eine Zukunft im gemeinsamen Europa machen. Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) und die anderen 26 Staats- und Regierungschefs der EU gaben am Donnerstag beim Gipfel in Brüssel grünes Licht für den Kandidatenstatus. Ratspräsident Charles Michel und der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj sprachen von einem „historischen Moment“, EU-Kommissionschefin Ursula von der Leyen von einem „guten Tag für Europa“. Enttäuschung gab es hingegen im Kreis der Westbalkanländer, die wie Montenegro, Nordmazedonien, Albanien und Serbien im Kandidatenstatus verharren oder diesen wie Bosnien und Herzegowina und Kosovo erst noch anstreben. Ein Grund für die Verzögerung ist Bulgariens Veto unter Verweis auf geschichts-, sprach- und minderheitenpolitische Befindlichkeiten bei den Verhandlungen mit Nordmazedonien und Albanien. Für Bosnien und Herzegowina will die Kommission nun immerhin zügig eine Beitrittsperspektive prüfen.



Die EU-Spitzen und die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsländer haben den Weg für die Ukraine und Moldau als Beitrittskandidaten frei gemacht. © picture-alliance/EPA/OLIVIER HOSLIER

Eine Garantie auf eine Aufnahme in die EU ist der Kandidatenstatus nicht. Nach einer Empfehlung der EU-Kommission sollen EU-Beitrittsverhandlungen mit der Ukraine und Moldau erst dann beginnen, wenn diese weitere Reformauflagen erfüllt haben. Dabei geht es in einem ersten Schritt etwa um Justizreformen und eine stärkere Korruptionsbekämpfung. Seinen Fahrplan für den bevorstehenden Gipfel-Marathon von EU, G7 und Nato hatte der Kanzler am Vortag in einer Regierungserklärung im Bundestag vorgelegt. Signale der Entschlossenheit und des Zusammenhalts gegen den russischen Angriffskrieg sollten von diesen Treffen ausgehen und auch ein Zeichen andauernder Solidarität mit der Ukraine. Mit „allem Nachdruck“ setze er sich dafür ein, das die EU geschlossen für eine EU-Perspektive für die Ukraine stimme, sagte Scholz. „27-mal Ja zum Kandidatenstatus“. Dies sei eine Antwort Europas auf die Zeitenwende. Dieselbe Antwort verdienen auch die Länder des westlichen Balkans. „Wir werden die Ukraine auch weiterhin massiv unterstützen – finanziell, wirtschaftlich, humanitär, politisch und nicht zuletzt mit der Lieferung von Waffen. Und zwar so lange, wie die Ukraine unsere Unterstützung braucht“, sagte Scholz. Er warb für einen „Marshallplan“ für den Wiederaufbau des kriegszerstörten Landes. Um langfristige Hilfe zu organisieren kündigte Scholz unter an-

derem an, im Rahmen der deutschen G7-Präsidentschaft eine internationale Expertenkonferenz einberufen.

Spannungen Unionsfraktionschef Friedrich Merz begrüßte, „dass nun auch endlich die Lieferung der Waffen in Gang kommt“, die man gemeinsam im April für die Ukraine beschlossen und die der Kanzler seit Wochen angekündigt habe. „Wir hätten es uns früher vorstellen können.“ Positiv wertete Merz, dass Scholz gemeinsam mit Frankreichs Präsident Emmanuel Macron, Italiens Ministerpräsident Mario Draghi und Rumäniens Präsident Klaus Iohannis Anfang Juni Kiew besucht hatte. „Das war ein wichtiges Zeichen der europäischen Solidarität mit diesem unverändert geschundenen Land und seinen Menschen.“ Dass Russland nun offenbar dabei sei, die Spannungen zu Litauen zu verschärfen, zeige, „dass wir in unserer Einschätzung richtig liegen, dass Putin in der Ukraine gestoppt werden muss. Wenn das nicht gelingt, macht er weiter.“

Katharina Dröge (Grüne) sprach von einer Gleichzeitigkeit der Krisen, die es zu lösen gelte. „Unser Hunger nach fossilen Energien, der hat uns nicht nur in ein massives Sicherheitsrisiko“ und Abhängigkeit von russischen Gas geführt, sagte die Grünen-Fraktionsvorsitzende. Dieser Hunger nach fossilen Energien sei auf der anderen Seite auch der „Brandbeschleuniger für die Klimakrise.“ Tino Chrupalla (AfD) stellte sich gegen den Sanktionspolitik gegen Russland. Die Bundesregierung glaube, auf eine Kooperation mit einem der rohstoffreichsten Länder der Welt verzichten zu können. „Auch wir verurteilen den russischen Angriff auf die Ukraine“, betonte der AfD-Parteipolitiker. „Aber nur Dialog und Zusammenarbeit könnten den Frieden wiederherstellen.“ Der FDP-Fraktionsvorsitzende Christian Dürr betonte, beim EU-Kandidatenstatus für die Ukraine gehe es um „die Perspektive auf Freiheit, auf Wohlstand und auf Rechtsstaatlichkeit“, und damit um die Werte, die das russi-

sche Regime mit seinem Angriffskrieg fundamental bedrohe und zerstören wolle. „Putin hat Angst vor Demokratie und vor der Freiheit“, und genau diese Werte verteidige die Ukraine. Dietmar Bartsch (Die Linke) sprach sich gegen einen schnellen EU-Beitritt der Ukraine aus. „Wer einmal in der EU ist, der kann nicht mehr ausgeschlossen werden, und wir alle wissen, dass die EU schon heute sehr problematische Mitglieder hat“, sagte der Vorsitzende der Linksfraktion. „Wie soll denn ein Land, auf das es Raketen regnet, über 35 Beitragskapitel und mehr als Hunderttausend Seiten des Rechtsbestandes der EU verhandeln?“ Gabriela Heinrich (SPD) wandte sich gegen Vorwürfe, die Bundesregierung lasse es an Hilfe für die Ukraine vermissen. Deutschland unterstütze als einer der größten Geber nicht nur militärisch, sondern seit langer Zeit umfassend finanziell, wirtschaftlich und humanitär. „Der Union warf Heinrich vor, diese Unterstützung kleinzureden. Der ukrainische Außenminister habe davon gesprochen, dass Deutschland „die erste Geige“ in Europa spiele. „Sie wollen uns glauben machen, wir bimmeln nur mit der Triangel.“ Alexander Heinrich

»Putin muss in der Ukraine gestoppt werden. Wenn das nicht gelingt, macht er weiter.«

Unionsfraktionschef Friedrich Merz (CDU)

Beitritt nur unter Bedingungen

NATO Vom Gipfel wird ein »Signal des Zusammenhalts« erwartet, doch die Türkei blockiert Norderweiterung der Allianz

Der Kanzler zeigte sich zuversichtlich: Vom Nato-Gipfel in Madrid werde ein „Signal des Zusammenhalts und der Entschlossenheit ausgehen“, so formulierte es Olaf Scholz (SPD) bei der Regierungserklärung vergangene Woche im Plenum. Bei dem am Mittwoch beginnenden Treffen in der spanischen Hauptstadt wollen sich die Staats- und Regierungschefs der 30 Nato-Mitgliedstaaten angesichts des russischen Kriegs gegen die Ukraine auf eine langfristige Stärkung der Ostflanke der Verteidigungsbündnis verständigen. Auch ein neues strategisches Konzept soll beschlossen werden. Doch ob von dem Gipfel tatsächlich ein Zeichen der Einigkeit ausgehen wird, ist ungewiss.

Der Grund: Die Türkei weigert sich beharrlich, dem Beitrittsgebet von Schweden und Finnland zu entsprechen. Die beiden skandinavischen Länder hatten am 18. Mai in Brüssel ihre Anträge übergeben und auf eine rasche Entscheidung gehofft. Diese galt eher als eine Formsache, die Zustimmung als so gut wie sicher. Selbst Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg betonte damals, er rechne mit einem schnellen Aufnahmeprozess. Die Nato heiße Schweden



Die schwedische und die finnische Ministerpräsidentin, Magdalena Andersson (links) und Sanna Marin

und Finnland mit „offenen Armen“ willkommen. Kein Wunder, verfügen beide Länder doch über ausgeprägte militärische Fähigkeiten – ein „Sicherheitsgewinn“ für das Bündnis, wie der Kanzler im Plenum noch einmal betonte. Doch die vermeintliche Formsache hat sich zu einem Machtpoker entwickelt: Seit Wochen droht der türkische Präsident Recep

Tayyip Erdogan mit seinem Veto den Beitritt der beiden Länder zu blockieren. Verhandlungen blieben bisher erfolglos. Seine Zustimmung knüpft er an erhebliche Bedingungen: So verlangt Erdogan ein härteres Vorgehen gegen die von ihm als „Terrororganisationen“ bezeichnete verbotene Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) sowie die kurdisch-syrische Miliz YPG. Auch die Aus-

lieferung von Kurden, die in Finnland und Schweden Asyl gefunden haben, sowie die Aufhebung eines Waffenembargos stehen auf der Liste seiner Forderungen.

Dilemma Für Schweden ein Dilemma: Hängt doch die knappe Mehrheit der Regierung von Ministerpräsidentin Magdalena Andersson ausgerechnet von der Stimme einer fraktionslosen, kurdischstämmigen Abgeordneten ab, die auf Unterstützung der YPG pocht. Andersson zeigte sich dennoch hinsichtlich des Waffenembargos und schärferer Antiterrorgesetze kompromissbereit. Dass die Türkei rechtzeitig bis zum Gipfel einlenkt, bezweifeln inzwischen nicht nur die Regierungen in Stockholm und Helsinki. Um Optimismus bemüht wirkt da Kanzler Scholz: Zu den Nato-Alliierten gehörten „bald“ auch Schweden und Finnland. Sandra Schmid

EDITORIAL

Die Krisen der Welt

VON CHRISTIAN ZENTNER

Vor genau einem Jahr war der Juni schon einmal ein Monat der Weltpolitik, in dem ein Gipfel auf den anderen folgte. Und doch ist nun alles anders, wenn sich die westliche Welt bis Ende des Monats im Rahmen von EU, G7 und Nato gleich dreimal zu Gipfel-Beratungen trifft. Vor einem Jahr stand die Erleichterung im Mittelpunkt, sich wieder mit einem US-Präsidenten treffen zu können, der an einem Miteinander interessiert ist. Und es gab einen gesonderten Gipfel zwischen eben diesem Joe Biden und dem russischen Präsidenten Wladimir Putin. Heute ist das unvorstellbar. Die Welt hat sich tiefgreifend verändert, der versammelte Westen wird genau dies beraten. Dabei geht es längst nicht nur um den Ukraine-Krieg. Die Welt steckt gerade in vielen Krisen, worauf Katharina Dröge, die Co-Vorsitzende der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen, in der Debatte zur Regierungserklärung verwies und insbesondere den Klimawandel thematisierte. Doch egal auf welchem Krisenfeld nach Lösungen gesucht wird, die Suche wird nicht leichter, wenn der sich anbahnende Energiemangel, die anhaltenden Störungen in den Lieferketten und die Inflation in eine ernste Wirtschaftskrise führen. Die Unternehmen haben vielfach den Pandemieschock noch nicht überwunden, der wirtschaftliche Erholungsprozess droht nun zu kippen. In dieser Situation erinnert das Finanzministerium in einem aktuellen Bericht an das Risiko einer Entwicklung wie infolge der beiden Ölpreiskrisen der 1970er Jahre: Energiepreistriebene hohe Inflationsraten haben die Gewerkschaften über hohe Lohnabschlüsse kompensiert. Auf die dadurch gestiegenen Kosten reagierten Unternehmen ihrerseits mit Preiserhöhungen, die in der Folge erneut hohe Lohnforderungen nach sich zogen. Das Ende war ein starker Anstieg der Arbeitslosigkeit, mit der sich die Menschen noch viele Jahre nach der Krise konfrontiert sahen. Doch auf den Gipfeln wird es erst einmal um den Mann gehen, den niemand mehr treffen will. Untermieter der Westen genug, um Putin in der Ukraine zu stoppen? Und wie soll man künftig mit einem Land umgehen, das Eroberungsfeldzüge als Teil seiner politischen Agenda betrachtet? Die bisherige Idee einer Partnerschaft mit Russland sei „auf absehbare Zeit unvorstellbar“, so Bundeskanzler Olaf Scholz in einer Regierungserklärung. Diese Feststellung scheint eine Selbstverständlichkeit.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



GASTKOMMENTARE

EU-KANDIDATENSTATUS NUR SYMBOLIK?

Skepsis bleibt

PRO



Hans Monath, »Der Tagesspiegel«, Berlin

Der Satz, den Kanzler Olaf Scholz in Kiew aussprach, ist richtig: Die Ukraine gehört zur europäischen Familie. Das war schon vor dem Krieg so, aber die anderen Europäer schauten kaum hin. Der Angriff Russlands und der Mut der ukrainischen Nation im Kampf gegen den übermächtigen Gegner haben das geändert. Nun schaut Europa hin – und gibt der Ukraine den EU-Kandidatenstatus. Noch scheint das Land weit davon entfernt, die Beitrittskriterien zu erfüllen, wenn man etwa auf die Korruption schaut. Aber die Entscheidung stärkt die Angegriffenen gegen Russlands Anmaßung, ihnen die Selbstbestimmung zu verweigern. Und sie wird Reformen ermutigen. Der Einwand ist berechtigt, dass sich solche Hoffnungen auch bei anderen Beitrittskandidaten nicht erfüllten, im Fall der Türkei etwa. Aber der neue Anwärter bringt gute Voraussetzungen mit, auch wenn die Schwierigkeiten immens sind: Die Ukraine ist eine junge Staatsbürgernation, die sich nicht auf ethnische Herkunft, sondern auf das Bekenntnis zu Demokratie und westlichen Werten gründet. Das Herz des Landes schlägt europäisch. Mit der Entscheidung zum Kandidatenstatus beginnt nun ein langer Prozess. Aber solange die EU sich vor einer Beitrittsentscheidung nicht selbst reformiert, bleibt er ein symbolischer Schritt. Denn vor jeder Aufnahme eines neuen Mitglieds muss die EU den Zwang zur Einstimmigkeit bei wichtigen Entscheidungen abschaffen. Sonst wird sie handlungsunfähig. Und da ist Skepsis angebracht. Fünf Beitrittskandidaten gab es schon bisher, ohne dass dies den Reformeifer in Brüssel erkennbar beflügelt hat. Dies zu ändern, ist jedoch kein Auftrag an die Ukraine, sondern an die 27 Mitglieder selbst.

Gefährliche Formel

CONTRA



Christian Kerl, Funke-Mediengruppe

Es hat gewiss etwas Beruhigendes, den Status der Ukraine als EU-Beitrittskandidat zur bloßen Symbolpolitik zu erklären. So lassen sich alle Probleme und Herausforderungen, die eine Mitgliedschaft des großen, bitterarmen Landes in der Europäischen Union hätte, ausblenden. Hat sich die EU im Umgang mit Beitrittskandidaten nicht sowieso viel Heuchelei angewöhnt? Vorsicht: Die Erwartung, die ukrainische Bewerbung ließe sich so verdröseln wie etwa jene der Türkei, verkennt die Lage. Die Ukraine kann sich gar nicht verströseln lassen. Es geht um ihr Überleben. Der Druck, den Nachbarn in Not zügig in den Club und damit unter den Schutz eines europäischen Beistandsversprechens im Fall eines Angriffs zu holen, wird angesichts der instabilen Lage schnell wachsen – aus der Ukraine, in der Union und von den USA. Russland oder EU: Das sind die Alternativen, nachdem die Nato als Schutzschirm wohl ausfällt. Kann sich die EU da wirklich erlauben, das Land jahrzehntlang warten zu lassen? Die Regierung in Kiew wird alles versuchen, mit Reformen im Eiltempo, aber vielleicht ohne Bestandsgarantie, die Bedingungen zu erfüllen; der Anspruch auf eine Milliardensumme an Beitritts-hilfen aus der EU-Kasse wird das erleichtern. Gut möglich, dass die Union in dieser historischen Situation nicht ganz so penibel auf die Erfüllung aller Beitrittskriterien bestehen kann. Wenn es um Übergangslösungen und andere Kompromisse geht, kennt der Brüsseler Erfindungsreichtum keine Grenzen. Das macht die Beruhigungsformel von der Symbolpolitik so gefährlich: Sie verdeckt die Herausforderung für die EU, sich sehr schnell auf die Erweiterung vorzubereiten.

Mehr zum Thema der Woche auf den Seiten 1 bis 3. Kontakt: gastautor.das-parlament@bundestag.de

Herr Lechte, noch nie hat die EU ein Land im Krieg zum Beitrittskandidaten gemacht und noch nie ging das in einem solchen Tempo wie jetzt bei der Ukraine. Warum diese Eile?

Der Einmarsch Russlands in die Ukraine am 24. Februar war eine Zäsur für die europäische Sicherheitsarchitektur. Sie ist für Europa ähnlich einschneidend wie für die USA der 11. September 2001. Die Europäische Union muss jetzt gegenüber der Ukraine, die gerade einen hohen Blutzoll für Verteidigung unserer Werte zahlt, klar bekennen: Ihr gehört zu uns. Dass Staaten wie Österreich, die Niederlande und Bulgarien ihre zum Teil jahrelangen Widerstände gegen einen EU-Beitritt endlich aufgeben haben, ist ein wichtiges und notwendiges Signal der Geschlossenheit gegenüber Moskau.

Nun ist der Kandidatenstatus noch lange kein Garant für eine tatsächliche Aufnahme in die EU, wie etwa Serbien, Montenegro und Nordmazedonien zeigen. Auch finanzielle Zusagen sind damit nicht verbunden. Ist der Kandidatenstatus am Ende ein leeres Versprechen, reine Symbolpolitik?

Es ist alles andere als das. Eines der Kriegsziele von Russlands Präsident Wladimir Putin war es, dass mindestens die Neutralität der Ukraine gewahrt bleibt. Die EU hat deutlich gemacht, dass sie sich auf dieses Spiel nicht einlässt. Für sie liegt die Erweiterung außerdem im ureigenen Interesse. Angesichts der Dominanz Chinas und der aggressiven Politik Russlands ist es überlebensnotwendig für die EU, ihr Wertesystem auszuweiten und zu verteidigen.

Ein Beitritt ist an zahlreiche Bedingungen geknüpft. Als Hürden für die Ukraine gelten vor allem die mangelnde Rechtsstaatlichkeit und die starke Korruption. Wie lange wird es dauern, bis die Verhandlungen tatsächlich starten können und die Ukraine Mitglied wird?

Da sprechen wir sicherlich von mehreren Jahren. Klar ist auch, dass die Ukraine nicht über Nacht Teil der EU werden kann, während andere Staaten sich seit Jahren darum bemühen. Die Kopenhagener Kriterien für eine Aufnahme müssen auf jeden Fall auch für die Ukraine gelten. Das Land hat aber seit seinem Bestehen einen sehr dynamischen Prozess durchgemacht, es strebt anders als etwa Serbien seit Jahren klar in Richtung Westen. Das sind gute Voraussetzungen für erfolgreiche Verhandlungen.

Der laufende Krieg hat viel Infrastruktur und wichtige Agrarflächen zerstört. Die Staatsverschuldung ist massiv angewachsen, die Wirtschaft stark geschrumpft. Wie sehr belastet das zukünftige Beitrittsverhandlungen?

Wenn es immer nur nach der Wirtschaftskraft eines Landes gegangen wäre, hätten wir die Union über die Europäische Gemeinschaft hinaus nicht erweitern können. Wir haben aber gesehen, wie gut sich neue Mitglieder innerhalb der EU entwickelt haben. Jetzt sehen wir, wie wichtig die Ukraine für die Nahrungsversorgung der Welt ist. Die EU ist nicht nur eine Wirtschaftsgemeinschaft, sondern auch eine politische Gemeinschaft, und jedes neue Mitglied kann dazu einen Beitrag leisten. Ungeachtet dessen wird die EU sich in den kommenden Jahren stark für den Wiederaufbau der Ukraine engagieren müssen.

Die Schäden werden jetzt schon auf bis zu eine Billion Dollar geschätzt – und der Krieg ist noch nicht vorbei. Wer soll das bezahlen?

Die Beseitigung der Kriegsschäden ist eine gesamteuropäische Aufgabe, um die wir nicht herumkommen werden. Zumindest dann nicht, wenn die Ukraine den Krieg

»Sind auf gutem Kurs«

ULRICH LECHTE Der FDP-Außenpolitiker sieht die Westbalkanstaaten eher als Vollmitglieder in der EU als die Ukraine



© Ulrich Lechte

gewinnt oder er zumindest so beendet wird, dass die Ukraine sich eigenverantwortlich um den Wiederaufbau kümmern kann. Sollte Russland seine Kriegsziele erreichen, lehne ich Aufbaumaßnahmen der EU ab. In diesem Fall muss Russland als Verursacher dieser massiven Schäden sich selbst um deren Reparatur kümmern.

Die Westbalkanstaaten stehen seit Jahren in der Warteschleife für einen EU-Beitritt und müssen nun zusehen, wie die Ukraine und Moldau an ihnen vor-

beziehen. Sendet die EU damit nicht das fragwürdige Signal aus: Ihr seid weniger relevant für Frieden und Sicherheit in Europa?

Der Westbalkan ist politisch eine der herausforderndsten Regionen in Europa. Aber wir können es uns angesichts des wachsenden Einflusses Russlands und Chinas dort nicht leisten, weiter Jahre oder Jahrzehnte über deren Beitrittsprozess zu diskutieren. Für mich ist klar, dass die Westbalkanstaaten vermutlich vor der Ukraine Vollmitglieder der EU werden. Sie

sind viel weiter fortgeschritten in diesem Prozess und – bis auf Serbien – alle auf einem guten Kurs. Albanien und Nordmazedonien haben im Grunde alles erfüllt, was die EU von ihnen verlangt hat. Und auch die EU-Perspektive für Bosnien-Herzegowina oder den Kosovo ist sehr wichtig. In Bosnien wurden die religiös-ethnischen und strukturellen Konflikte seit dem Daytoner Friedensvertrag von 1995 nicht gelöst, aber auch hier gilt: Die europäische Perspektive ist der Weg, diese Probleme zu überwinden.

Warum gilt das für Serbien Ihrer Ansicht nach nicht? Das Land hat schon 2009 einen Beitrittsantrag gestellt, seit 2014 laufen Beitrittsverhandlungen.

Serbien kooperiert wirtschaftlich eng mit China und sucht neben der Nähe zur EU auch die Nähe zu Russland. Das funktioniert so einfach nicht. Außerdem hat die politische Führung die Opposition regelrecht zerstört. Das alles sind keine Voraussetzungen, um weiter über eine Aufnahme in die EU zu verhandeln.

Mit der Aufnahme der Ukraine, Moldau und der Westbalkanstaaten hätte die EU mehr als 30 Mitglieder. Wie handlungsfähig wäre sie dann überhaupt noch?

Kaum. Wir müssen dringend weg vom Einstimmigkeitsprinzip in nahezu allen Bereichen, damit einzelne Staaten in wichtigen Fragen die EU nicht länger blockieren können. Wir brauchen eine engere Zusammenarbeit in der Finanz-, Außen- und Sicherheitspolitik und müssen über die Rolle des Europäischen Parlaments und die zukünftige Besetzung der Kommission sprechen. Ohne diese Anpassungen kann eine noch größere Union nicht funktionieren.

Schon im Zuge der Osterweiterung konnten sich die Staaten nicht auf grundlegende Reformen einigen. Warum sollte das jetzt anders sein?

Die Bereitschaft der Staaten zu Reformen ist so groß wie lange nicht mehr. Der 24. Februar hat insbesondere auch den osteuropäischen Staaten vor Augen geführt, warum die EU-Mitgliedschaft für sie wichtig ist. Wir sind als politische, aber auch als Verteidigungsgemeinschaft mehr denn je aufeinander angewiesen. Erst recht, da sich die USA in Zukunft auf China und den Pazifik-Konflikt konzentrieren werden. Dass sowohl die EU als auch die Nato sich weiterentwickeln müssen – diese Erkenntnis ist gerade überall spürbar.

Welche Beschlüsse erwarten Sie vom Nato-Gipfel Ende der Woche in Madrid?

Das zentrale Thema wird die Aufnahme Schwedens und Finnlands sein, die bisher von der Türkei blockiert wird. Aber auch sie ist mehr denn je auf die Nato angewiesen: Würde die Ukraine an Russland fallen, wäre das für die Türkei geopolitisch ebenfalls von Nachteil. Daher erwarte ich auf dem Gipfel zwar noch keine Entscheidung zu dem Thema, aber dauerhaft auch keine Fortsetzung der Blockade. Insgesamt sind auch die Nato-Staaten heute so geeint, wie ich es in meiner politischen Laufbahn noch nie erlebt habe. Es gibt es jetzt in Europa die Bereitschaft, mehr in die Verteidigungsfähigkeit zu investieren. Da werden wir auch in Deutschland langfristig mehr ausgeben müssen, als die 100 Milliarden Euro für das Bundeswehr-Sondervermögen, denn das schließt nur kurzfristig ein paar Lücken. Unsere Armeen in Europa sind noch lange nicht dafür gerüstet, uns gegen einen Aggressor zu verteidigen.

Das Gespräch führte Johanna Metz. |

Ulrich Lechte (FDP) sitzt seit 2017 im Bundestag und ist dort außenpolitischer Sprecher seiner Fraktion.

PARLAMENTARISCHES PROFIL

Der Hannoveraner: Adis Ahmetovic

Ins Haar kommt man mit ihm leicht. Vielleicht liegt es an der Plaudertolle, die frech nach oben strebt, an den für einen Abgeordneten eher jungen 28 Jahren – oder daran, dass Adis Ahmetovic nicht nur kaum auf den Mund gefallen ist, sondern auch etwas zu sagen hat. Es ist 10 Uhr, er schaltet sich per Zoom zu, aus der Zentrale der Friedrich-Ebert-Stiftung, eine Konferenz: Es geht um die „Zeitenwende“, die Kanzler Olaf Scholz ausgerufen hat, sie ist Ahmetovic ein Herzensanliegen. „Wir müssen einiges korrigieren“, sagt er, „Zeitenwende bedeutet auch eine neue Europapolitik“. Und verweist auf Jahrzehnte, in denen Europa die osteuropäischen Regionen teils vernachlässigt und ein Vakuum geschaffen habe, das von anderen, meist autoritären Staaten gefüllt werde. Ahmetovic sitzt seit 2021 im Bundestag, er ist im Auswärtigen Ausschuss. Dass die Ukraine den Status eines EU-Beitrittskandidaten erhalten soll, findet er „richtig“. Kein EU-Mitglied sei bisher Opfer eines Angriffskrieges geworden, sagt er. Aber, möchte man einwenden, stößt es ihm nicht bitter auf, ihm, der seit langem auch für Bosnien-Herzegowina gleiches fordert? Dass die Ukraine nun rasch vorbeiziehen würde? Seine Antwort klingt diplomatisch geschult: „Nein, grundsätzlich lernen wir aus den Fehlern der Vergangenheit. Da zeichnet sich jetzt eine historische Chance ab, auch für den Westbalkan.“ Außerdem, fügt er hinzu, bedeute ein Kandidatenstatus nicht, dass es auch eine beschleunigte Aufnahme gebe. Ahmetovic bezeichnet sich als „Kind der Sozialdemokratie“. Da war zum Beispiel ein Sozialdemokrat namens Matthias Miersch,

der als Anwalt seiner Familie half, nicht abgesprochen zu werden: 1992 waren die Ahmetovics aus dem Jugoslawienkrieg geflohen, ein Jahr später kam Adis zur Welt. Der Aufenthalt war lange gefährdet, über zehn Kettenduldungen erlebte allein der junge Miersch. Miersch ist ebenfalls Bundestagsabgeordneter geworden und heute stellvertretender Fraktionsvorsitzender – und Ahmetovic Biografie schrieb nach einem politischen Engagement. „Entweder man gibt sich der Abschiebungsfahr hin und ver-



© dpa/picture-alliance

»Zeitenwende bedeutet auch eine neue Europapolitik. Es zeichnet sich auch für den Westbalkan eine historische Chance ab.«

zweifelt oder entscheidet sich, selbst zu gestalten“, sagt er im Rückblick. Und zählt auf, was ihn neben Anwalt Miersch noch in die Arme der SPD brachte: „Da ist die Bildungsgerechtigkeit, die Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts und eben die Möglichkeit, dass sich in der Partei Arbeiterkinder nach oben arbeiten.“ Sein Vater war in Kotor Varos in Bosnien und Herzegowina Verwaltungsjurist gewesen, in Hannover schlug er sich auf dem

Bau und als Lagerist durch; die Mutter arbeitete als Reinigungskraft. Bildung, das wurde dem jungen Adis klar, war ein Schlüssel. Das erfuhr er in der neunten Klasse, „damals erhielt ich einen blauen Brief nachhause, ich war kein guter Schüler“, sagt er. Er sah die enttäuschten Eltern: „Warum bringst du nicht die Leistungen, die du bringen kannst?“, hätten sie gefragt. Daraufhin sei er in eine Bibliothek gegangen, habe in einem Buch von Willy Brandt gestöbert – und seine Leidenschaft für Literatur entdeckt. Brandt half zwar nicht bei Exponentialrechnung direkt, aber Ahmetovics Engagement stieg – und damit auch der Notenschnitt beachtlich. Der Schüler wurde Klassensprecher, trat bei den Jusos ein. Studierte Politik-Wirtschaft und Germanistik in seiner Heimatstadt, arbeitete nebenbei für Abgeordnete – und wurde mit 23 Büroleiter sowie später persönlicher Referent von Stephan Weil, dem Ministerpräsidenten und SPD-Landesvorsitzenden. „Anfangs sagte ich zu ihm, wie unglaublich ich es finde, dass er mir all das zutraut“, erinnert er sich. „Und er antwortete: ‚Adis, es gibt eine Probezeit.‘“ Die überstand er. War vorher Juso-Chef der Region Hannover geworden, 2020 wählte man ihn zum Co-Vorsitzenden der SPD Hannover. Er galt als Mitreißer, als junge Hoffnung. Und kam dann schnell in die Verantwortung. Der Wahlkreis wurde frei, nach Zögern bewarb er sich: „Ich wollte aber keinen sicheren Listenplatz, sondern habe gesagt, ich möchte es auch ohne sicheren Listenplatz schaffen, also ‚all in‘.“ Das klappte, er gewann die Erststimmen im Wahlkreis Stadt Hannover 1. Seine Reise geht weiter. Jan Rübel |

DasParlament

Herausgeber Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Fotos
Stephan Roters

Abonnement
Jahresabonnement 25,80 €; für Schüler, Studenten und Auszubildende (Nachweis erforderlich) 13,80 € (im Ausland zuzüglich Versandkosten)
Alle Preise inkl. 7% MwSt.
Kündigung jeweils drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraums.
Ein kostenloses Probeabonnement für vier Ausgaben kann bei unserer Vertriebsabteilung angefordert werden.

Redaktionsschluss
24. Juni 2022

Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion.
Für Unternutzungsrechte können Kopien in Klassenstärke angefertigt werden.

Leserservice/Abonnement
Fazit Communication GmbH
c/o Cover Service GmbH & Co. KG
Postfach 1363
82034 Deisenhofen
Telefon (089) 8 58 53-8 32
Telefax (089) 8 58 53-6 28 32
E-Mail: fazit-com@cover-services.de

Anschrift der Redaktion
(außer Beilage)
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon (0 30) 2 27-3 05 15
Telefax (0 30) 2 27-3 65 24
Internet:
<http://www.das-parlament.de>
E-Mail:
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Chefredakteur
Christian Zentner (cz) v.i.S.d.P.

Stellvertretender Chefredakteur
Alexander Heinrich (ahe)

Verantwortliche Redakteure
Lisa Brißler (lbr)
Claudia Heine (che)
Nina Jeglinski (njk)
Claus Peter Kosfeld (pk)
Hans-Jürgen Leersch (hle)
Johanna Metz (joh)
Elena Müller (emu)
Sören Christian Reimer (scr) cvD
Sandra Schmid (sas)
Michael Schmidt (ms)
Helmut Stoltenberg (sto)
Alexander Weinlein (aw)

Anzeigenverkauf,
Anzeigenverwaltung,
Disposition
Fazit Communication GmbH
c/o Cover Service GmbH & Co. KG
Postfach 1363
82034 Deisenhofen
Telefon (089) 8 58 53-8 36
Telefax (089) 8 58 53-6 28 36
E-Mail:
fazit-com-anzeigen@cover-services.de

„Das Parlament“ ist Mitglied der Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V. (IVW)
Für die Herstellung der Wochenzeitung „Das Parlament“ wird Recycling-Papier verwendet.



Hunderttausende Ukrainer gingen 2013 auf die Straße, um gegen den damaligen Präsidenten Wiktor Janukowitsch zu demonstrieren, der zuvor die Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens mit der EU verweigert hatte. Nach der Flucht Janukowitschs wurde der Vertrag erst im Frühjahr 2014 vom Ministerpräsidenten der Übergangsregierung besiegelt. Die politische und militärische Einmischung Russlands in die Proteste führte dazu, dass die Bevölkerung sich noch weiter dem Westen zuwandte. © picture alliance/AP Photo/Sergei Grits

»Licht am Ende des Tunnels«

BEITRITT Die Ukraine sucht seit drei Jahrzehnten die Nähe zur EU. Jetzt muss sie schwierige Reformen umsetzen

In keinem Mitgliedsland der EU sind so viele Menschen so begeistert von Europa wie in der Ukraine“, sagt Katerina Rietz-Rakul vom Verein Kul'tura in Berlin. „Die Menschen sind bereit, für Europa zu sterben.“ Auch dafür wird die Ukraine nun mit dem Status eines Beitrittskandidaten belohnt. Den Grundstein für die Westorientierung des Landes legten die Ukraine und die EU bereits 1994. In einem Partnerschafts- und Kooperationsabkommen erklärten sie Menschenrechte und Marktwirtschaft zu unverzichtbaren Grundlagen ihrer Partnerschaft. In der Präambel hoben sie die Unterstützung der Unabhängigkeit, Souveränität und territorialen Integrität der Ukraine hervor: Sie sei ein Beitrag zur Erhaltung von Frieden und Stabilität auf dem europäischen Kontinent. Schon damals wurde das Ziel formuliert, eine Freihandelszone einzurichten.

»Der Beitritt zur EU wird unseren Staat modernisieren.«

Denis Schmygal, Premierminister

Die Reformen allerdings stockten. Deshalb gingen die Ukrainer 2004 das erste Mal massenhaft für einen demokratischen Wandel auf die Straße. Während der sogenannten „Orangefarbenen Revolution“ protestierten vor allem junge Leute über Wochen im Zentrum der Hauptstadt Kiew gegen gefälschte Wahlen und das System des an Russland orientierten Autokraten Leonid Kutschma und dessen politischen Ziehsohn Wiktor Janukowitsch. Große Teile des Landes zogen allerdings nicht mit. Die Stimmung kippte, und Janukowitsch kam an die Macht. Trotzdem wurde die Ukraine Teil der Östlichen Partnerschaft, mit der die EU seit 2009 versuchte, sechs ehemalige Sowjetrepubliken enger an sich zu binden, ohne sie jedoch aufzunehmen. Parallel handelten die Ukraine und die EU ein Assoziierungsabkommen aus. Das Dokument war 2013

schon unterschriftsreif, als Janukowitsch unerwartet unter dem Einfluss von Russlands Präsident Wladimir Putin eine Kehrtwende machte. Das war der Anlass für neue erfolgreiche Massenproteste auf dem Zentralen Platz von Kiew, dem Maidan. Euro-maidan wird die Bewegung daher genannt. Janukowitsch floh nach Moskau. Die Ukraine unterzeichnete das Abkommen mit der EU doch noch und begann damit einen Prozess der Rechtsangleichung. Er umfasste den Freihandel mit der EU ebenso wie Rechtsstaatlichkeit der Ukraine und reichte bis zum Verbraucherschutz. 63 Prozent des Abkommens seien seitdem umgesetzt worden, versichern ukrainische Behörden. Und das, obwohl Russland seit 2014 Krieg gegen die Ukraine führt. 2017 wurden die Ukrainer mit Visafreiheit für die EU belohnt. Das und die russischen Angriffe auf den Donbas sowie die Annexion der Krim haben die europäische Identität der Ukrainer sogar noch gefördert. Seit 2019 ist der Beitrittswunsch zur EU in der ukrainischen Verfassung verankert. Aktuelle Umfragen zufolge unterstützen rund 90 Prozent der Ukrainer eine EU-Mitgliedschaft.

In Rekordzeit Der Überfall Russlands am 24. Februar 2022 hat zu einer Beschleunigung des Prozesses durch die Ukraine geführt. Vier Tage nach dem Beginn des Großangriffs stellte die Regierung den Antrag auf EU-Mitgliedschaft. Die EU-Kommission schickte, wie in solchen Fällen üblich, umfangreiche Fragebögen. Diese haben die Ukrainer in Rekordzeit in wenigen Wochen ausgefüllt und damit das Votum in Brüssel positiv beeinflusst. Zufrieden schrieb Premierminister Denis Schmygal nach der Empfehlung der EU-Kommission, der Beitritt zur EU werde „unseren Staat modernisieren“. Die Ukraine sei daran in-

teressiert, „alle Änderungen so schnell wie möglich vorzunehmen. Die Ukraine ist Europa, und bald wird die Ukraine ein Mitglied der Europäischen Union sein.“

Hohe Korruption Doch es gibt viel zu tun. Damit Beitrittsverhandlungen mit der EU überhaupt erst beginnen können, gegliedert nach unterschiedlichen Kapiteln, müssen die Kandidaten Bedingungen erfüllen. Das gilt auch für die Ukraine. „Die Knackpunkte sind im Grunde dieselben wie seit 30 Jahren“, erläutert Andreas Umland vom Stockholmer Zentrum für Osteuropastudien. „Es geht um Reformen im Rechtsstaat und um Korruptionsbekämpfung.“ Eine Reform des Verfassungsgerichts steht ebenso auf der Liste wie der Kampf gegen Veruntreuung. Transparency International stuft die Ukraine auf dem Index der Wahrnehmung von Korruption 2021 auf Rang 122 von 180 ein. In Europa ist nur Russland schlechter. Dabei hat die Ukraine viele Gesetze und Institutionen für den Kampf gegen Korruption bereits geschaffen. „Aber zum Teil wurden Posten nicht besetzt, und die Praxis läuft nicht so, wie sie sollte“, sagt Umland. „Kräfte im Parlament, in den Ministerien, eventuell auch in der Präsidentschaft haben versucht, die Interessen der Oligarchen zu schützen.“ Vor wenigen Tagen zitierte die Süddeutsche Zeitung exklusiv aus einem Bericht zur Korruption, den Dänemarks Außenminis-

terium in Auftrag gegeben hat und halbwegs geheim hält. In der Ukraine gäbe es einen „Mangel an echtem Willen zur Korruptionsbekämpfung“, heißt es auch dort. Mutmaßlich korrupte Richter würden die Arbeit der Antikorruptionsbehörde erschweren oder verhindern. Auch sei der Glaube weit verbreitet, auf die Justiz politisch Einfluss nehmen zu können. Der Slowene Drago Kos, bis vor kurzem Leiter der Antikorruptionsgruppe des Euro-parates (GRECO), berichtet, Entscheidungen würden bewusst verzögert, die Besetzung von Posten mit qualifiziertem Personal verhindert. Mit dem Kandidatenstatus könne sich all das ändern, meint der Osteuropa-Experte Umland. „Die Erfahrung der jüngeren EU-Mitgliedstaaten zeigt: Wenn die Belohnung groß genug ist, gehen die Reformen schneller.“ Umland ist optimistisch, dass die Beitrittsverhandlungen bereits 2023 beginnen können. Allerdings hänge das auch vom Verlauf des Krieges ab.

„Der Krieg wird die Reformen in unserem Land nicht verhindern“, ist Tetiana Lopashchuk von der deutsch-ukrainischen Dialogplattform „Kyjiwer Gespräche“ überzeugt. Sie arbeitet seit Jahren im zivilgesell-

schaftlichen Bereich. Der Kandidatenstatus sei motivierend, sagt sie. „Und unsere Gesellschaft ist sehr resilient. Das sollte man nicht unterschätzen. Trotz des Krieges funktionieren unsere Institutionen weiter: das Online-Banking, Mobilfunk, alle Ministerien.“

Oleksiy Goncharenko, Abgeordneter der Rada, des ukrainischen Parlaments, freut sich sogar über die Auflagen, die mit dem Kandidatenstatus einhergehen. Die Ukraine wolle nichts geschenkt. „Wir bekommen Hausaufgaben, die wir erledigen müssen. Und die Gesellschaft wird beginnen, die Politiker, Beamten und die Regierung der Ukraine zu diesen Hausaufgaben zu drängen.“ Die Aussicht auf einen EU-Beitritt werde zu dem viele Menschen, die vor dem Krieg ins Ausland geflohen sind, zur Rückkehr bewegen. „Sie können dabei mithelfen, eine bessere Zukunft für unser Land aufzubauen. Es gibt Licht am Ende des Tunnels.“

Stromnetze Um das Land zu stabilisieren, leistet die EU schon jetzt umfangreiche Hilfe, nicht nur finanziell. Die Stromnetze der Ukraine wurden mit dem kontinental-europäischen Netz synchronisiert, um die

Elektrizitätsversorgung zu sichern. Die Ukrainer haben das Recht, sich frei in der EU zu bewegen und zu arbeiten. Frankreichs Präsident Emmanuel Macron hat vor einigen Wochen vorgeschlagen, ein neues, zusätzliches Format der europäischen Kooperation zu schaffen: Eine „politische Gemeinschaft“, in der EU- und Nicht-EU-Länder zum Beispiel in den Bereichen Sicherheit, Investitionen, Bildung, Verkehr, Energieversorgung zusammenarbeiten sollen. In der Ukraine wurde dieser Vorschlag zunächst als eine Art Trostpflaster und Alternative zum EU-Beitritt aufgefasst und entschieden zurückgewiesen. Der Osteuropa-Experte Umland hält Macrons Idee hingegen für sinnvoll. „So eine Struktur wäre eine gute Ergänzung zum Beitrittsprozess, zumal die EU damit auch die Briten ins Boot holen könnte.“ Eine seriöse Vorhersage, wann die Ukraine tatsächlich Mitglied der EU wird, wagt zurzeit niemand. Zumal sich Stimmen mehr und der Umgang mit rechtsstaatlichen Defiziten in Mitgliedstaaten wie Ungarn geklärt seien, könne sie neue Mitglieder aufnehmen.

Der Autor ist freier Osteuropa-Korrespondent.

»Die Knackpunkte sind im Grunde dieselben wie vor 30 Jahren.«

Andreas Umland, Osteuropa-Experte

Im Schatten der Aufmerksamkeit

WESTBALKAN Mehrheit der Fraktionen macht sich für echte Beitrittsperspektive der sechs Länder stark

Während die Ukraine und Moldau seit vergangenen Donnerstag offiziell Kurs auf die EU-Mitgliedschaft nehmen, hat die Europäische Union die Hoffnungen der sechs Balkanstaaten erneut enttäuscht, auf ihrem Weg in die EU voranzukommen. Konkrete Zusagen machten die Staats- und Regierungschefs (EU-27) auch auf dem Westbalkan-Gipfel in Brüssel nicht. „Wir haben unsere Enttäuschung über die Dynamik des Erweiterungsprozesses zum Ausdruck gebracht“, sagte der nordmazedonische Ministerpräsident Dimitar Kowacevski im Anschluss. Albanien Ministerpräsident Edi Rama bedauerte: „Nicht einmal ein Krieg in Europa, der zur globalen Katastrophe werden könnte, war dazu in der Lage, die Einheit der EU herzustellen.“ Sie hatte Albanien, Nordmazedonien, Serbien, Montenegro, Bosnien-Herzegowina und dem Kosovo 2003 einen EU-Beitritt in Aussicht gestellt. Während mit Serbien und Montenegro seit Jahren über Beitrittskapitel verhandelt wird, haben Kosovo und Bosnien-Herzegowina bisher nicht einmal einen Kandidatenstatus erhalten. Trotz einer Empfehlung der EU-Kommission blockieren außerdem einige EU-Staaten im Falle Kosovos eine Visa-Liberalisierung. Bei Nordmazedonien und Albanien verhindert

aktuell Bulgarien die Aufnahme der Beitrittsverhandlungen; es fordert unter anderem, dass Nordmazedonien auf Forderungen im Hinblick auf Minderheiten, Geschichtsschreibung und Sprache eingeht. Der niederländische Regierungschef Mark Rutte sprach von einer „50- bis 60-prozentigen Chance“, dass es der Streit noch diese Woche gelöst werden kann. Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) hat den Balkanstaaten in Brüssel die Solidarität Deutschlands zugesichert. „Alle sechs können sich darauf verlassen, dass Deutschland sie unterstützen wird bei ihrem Weg nach Europa“, betonte er.

Unionsantrag Rückendeckung bekommt Scholz dafür aus der Unionsfraktion. In einem Antrag (20/2339), den das Plenum vergangenen Donnerstag zur weiteren Beratung an den Auswärtigen Ausschuss überwiesen hat, fordern die Abgeordneten die Koalition auf, sich auf EU-Ebene für eine „unzweideutige, glaubhafte und mit greifbaren Fortschritten“ untermauerte EU-Beitrittsperspektive der Staaten einzusetzen. „Der westliche Balkan muss wieder Topthe-ma der Außenpolitik Deutschlands werden“, betonte Johann Wadepuhl (CDU) in der Debatte. Die Region drohe wieder in

Konfliktsituationen wie in den 1990er Jahren abzugleiten. Wie sehr die Zeit dränge, zeigten auch die Anträge der Bundesregierung auf Verlängerung des Bundeswehrein-satzes im Kosovo (KFOR) sowie auf Neumandatierung des Althea-Einsatzes in Bosnien-Herzegowina (siehe Seite 10). Adis Ahmetovic (SPD) stellte klar, der Westbalkan sei „nicht der Hinterhof, sondern der Innenhof Europas und als solcher fundamental wichtig für Frieden, Stabilität und Sicherheit auf unserem Kontinent“. Daher sollte Bosnien-Herzegowina bald den EU-Kandidatenstatus erhalten und die Visaliberalisierung für den Kosovo auf den Weg gebracht werden. Die seit 2012 laufenden Beitrittsverhandlungen mit Montenegro bräuchten eine neue Dynamik, die Beitrittsverhandlungen mit Nordmazedonien und Albanien sollten schnell beginnen. Für Bündnis 90/Die Grünen sagte Boris Mijatovic, es gebe viele positive Entwicklungen in den Westbalkanstaaten. „Die Leute, die an demokratische Veränderungen glauben, fühlen sich ermutigt, weiter zu kämpfen und weiter für den Weg nach Europa zu streiten.“ Thomas Hacker (FDP) nannte die Integration des westlichen Balkans einen „Gewinn für Menschen, Sicherheit, Rechtsstaatlichkeit und Wohlstand in

der Region und in der EU gleichermaßen“ und einen wesentlichen Baustein zur Vollendung der europäischen Einheit. Andrej Hunko (Die Linke) sprach von einer „äußerst ermüthenden Bilanz“. So seien in den zehnjährigen Beitrittsverhandlungen mit Serbien nur zwei von 35 Kapiteln abgeschlossen worden. „Das wird nichts mehr in diesem Jahrhundert, wenn man in diesem Tempo weitermacht.“

»Besser eine Zollunion« Einzig die AfD sprach sich gegen eine EU-Mitgliedschaft der Westbalkanstaaten aus. „Das ist keine Win-win-Situation, zu viele verlieren“, warnte Harald Weyel. Die angestrebte „Ever Closer Union“ sei eine „sozioökonomische Belästigung sondergleichen“, die EU zerstöre mit ihrer Dominanz und ihren Verböten nur die dortige Wirtschaft. Eine „Westbalkan-Zollunion“ sei der erste und „final vielleicht auch bessere Schritt“, um in der Region auf Augenhöhe zu agieren, urteilte er. Die EU-Kommission hat inzwischen für Bosnien-Herzegowina Anforderungen formuliert, deren Erfüllung zum Kandidatenstatus führen würde. Im Falle der Ukraine wurde der Status vor der Erfüllung der Auflagen erteilt.

Johanna Metz



EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen (li.) überreichte Präsident Selenskij im April persönlich die Antragsformulare. © picture alliance/The Presidential Office of Ukraine



Recht auf Fakten

MEDIZIN Breite Mehrheit für die Abschaffung des sogenannten Werbeverbots für Abtreibungen. Ärzte dürfen künftig ausführlich informieren

Die Allgemeinmedizinerin Kristina Hänel aus Gießen (Bildmitte) kämpfte jahrelang für die Abschaffung des Strafrechtsparagrafen 219a.

Kristina Hänel auf der Besuchertribüne des Bundestages dürfte erleichtert gewesen sein. Die Allgemeinmedizinerin aus Gießen kämpft seit Jahren gegen das sogenannte Werbeverbot für Abtreibungen nach Paragraph 219a Strafgesetzbuch (StGB), das am Freitag mit breiter Mehrheit und unter lautem Jubel vieler Abgeordneter gestrichen wurde. Hänel ist wegen Verstoßes gegen die Regelung sogar zu einer Geldstrafe verurteilt worden, weil sie auf ihrer Homepage über die Möglichkeit eines Abbruchs informiert hatte und darüber, dass sie selbst einen Abbruch vornehmen kann. Aus Sicht Hänel war die bisherige Rechtslage für Ärzte und Frauen gleichermaßen prekär, denn Mediziner riskierten eine strafrechtliche Verfolgung, Frauen riskierten ihre Gesundheit. Bei ihrem unfreiwilligen Gang durch die Instanzen der Gerichte machte ihr ausgerechnet ein Richter Mut, der sie verurteilte. Er sagte, sie solle das Urteil tragen wie einen Ehrentitel im Kampf für ein besseres Gesetz.

Paragraf gestrichen Nun ist das Gesetz da, mit dem alles besser werden soll. Für den Gesetzentwurf der Bundesregierung (20/1635; 20/2404) votierten SPD, Grüne, FDP und Linke; Union und AfD stimmten dagegen. Mit der Neuregelung wird Paragraph 219a StGB (Werbung für den Abbruch der Schwangerschaft) gestrichen. Urteile, die aufgrund dieser Norm erlassen worden sind, sollen aufgehoben werden. Um zu verhindern, dass unsanftlich oder sogar anpreisend für Schwangerschaftsabbrüche geworben wird, soll der Anwendungsbereich des Heilmittelwerbegesetzes (HWG) auf Schwangerschaftsabbrüche ohne Krankheitsbezug erweitert werden. Künftig soll die Möglichkeit der Information über medizinisch indizierte und medizinisch nicht indizierte Schwangerschaftsabbrüche gleichermaßen im Rahmen der allgemeinen Vorgaben des HWG bestehen.

Trolle im Internet In der kontroversen und emotionalen Schlussdebatte hob Bundesjustizminister Marco Buschmann (FDP) die Bedeutung der Reform hervor. In der digitalen Moderne informierten sich betroffene Frauen zuerst im Internet; dort könne jeder Troll oder Verschwörungstheoretiker alle möglichen Informationen verbreiten. Dass ausgerechnet hochqualifizierten Ärzten bislang untersagt werde, sachliche Informationen für ungewollt schwangere Frauen bereitzustellen, sei absurd, aus der Zeit gefallen und ungerecht. Er versicherte: „Es wird keine kommerzialisierende und banalisierende Werbung geben.“ Auch Redner von Grünen, Linken und SPD äußerten sich erleichtert über die gesetzliche Änderung. Dirk Wiese (SPD) sagte, mit der Abschaffung des Paragraphen 219a folge die Koalition einer breiten Mehrheit in der Bevölkerung. Verbot führten nur dazu, dass es Frauen schwer gemacht werde, eine Entscheidung zu treffen. Wiese erinnerte daran, dass der Strafrechtsparagraf 219 schon sehr lange bestehe und ebenso lange über Sinn und Unsinn der Regelung gestritten werde. Es müsse nun endlich ein neues Kapitel aufgeschlagen werden.

Aufklärung Bundesfamilienministerin Lisa Paus (Grüne) sprach von einem großartigen Tag für Ärzte und Frauen. Frauen hätten ein Recht auf ärztliche Auskunft, wie sie eine ungewollte Schwangerschaft beenden könnten. Die Frauen suchten Rat, Ärzte wollten aufklären, über Methoden, Risiken und Komplikationen. Paus rügte, der Paragraph 219a habe ein zutiefst menschli-

ches Ereignis unmenschlich sanktioniert und bestraft. Mit der Abschaffung des Paragraphen 219a ende auch die jahrzehntelange Kriminalisierung und Stigmatisierung der Ärzte. Sie könnten künftig aufklären, wie sie es für geboten hielten. Paus forderte zugleich eine Debatte über den Abtreibungsparagrafen 218 StGB. Die Bundesregierung wolle dazu eine Kommission einsetzen. Sie plädierte außerdem dafür, den Abbruch zum Gegenstand im Medizinstudium zu machen.

Viele Abbrüche Die AfD sieht in der Neuregelung den Schutz des ungeborenen Lebens infrage gestellt. Thomas Seitz (AfD) mutmaßte, es gehe nur vordergründig um das Werbeverbot. Tatsächlich solle das Verbot der Abtreibung infrage gestellt werden. Seitz rügte: „Ohne Not zerstört die Koalition einen für viele Menschen ohnehin nur schwer erträglichen Kompromiss.“ Er erinnerte daran, dass pro Jahr und 100.000 Schwangerschaftsabbrüche gemeldet würden. Angesichts dieser Zahl müsse die Frage gestellt werden, wie das Lebensschutzkonzept verbessert werden könne und nicht, wie man es zerschlägt. Er warnte: „Das auf das Leben gerichtete Beratungskonzept wird durch den Wegfall des Werbeverbots unterminiert.“ Zur sexuellen Selbstbestimmung gehöre im Übrigen auch, dass Frauen eigenverantwortlich dafür sorgen müssen, nicht schwanger zu werden, wenn sie dies nicht wollten.

Heftige Kritik kam auch von Rednern der Unionsfraktion. Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU) sagte, jeder könne die schwierige Lage der betroffenen Frauen nachempfinden; zu berücksichtigen sei aber auch das Lebensrecht des Kindes. Daher sollte in der bisherigen Regelung festgehalten werden. Sie betonte, es gehe nicht nur um sachliche Informationen auf der Homepage der Ärzte. Mit der Streichung des Paragraphen 219a werde eine „proaktive Werbung“ im Internet und womöglich in Zeitschriften ermöglicht. Dies könnte den Eindruck erwecken, der Abbruch sei eine normale Behandlung. Katrin Helling-Plahr (FDP) sagte, sie habe in ihrem eigenen Umfeld die Notsituation betroffener Frauen erlebt. Sie betonte, keine Frau mache sich die Entscheidung für eine Abtreibung leicht. Die Aufgabe der Politik bestehe darin, Frauen, Partner und Familien in solchen schwierigen Situationen zu unterstützen. Sie fügte hinzu: „Das bedeutet keine Abkehr vom Lebensschutzkonzept des Bundesverfassungsgerichts.“ Frauen dürften aber nicht alleingelassen werden. „Es besteht also gleichsam ein Informationsgebot.“ Da erscheine es doch geradezu aus der Zeit gefallen, ein mit Strafe bedrohtes Informationsverbot zu haben, das ausgerechnet Ärzte betreffe, die besonders befähigt seien, über medizinische Sachverhalte zu informieren.

Erster Schritt Aus Sicht der Linken kann die gesetzliche Neuregelung nur ein erster Schritt sein auf dem Weg zu einer noch liberaleren Regelung. Heidi Reichinnek (Linke) nannte den Paragraphen 218 StGB, wonach Abbrüche grundsätzlich strafbar sind. „Das ist ein Skandal.“ Sie forderte: „Die Kriminalisierung von Schwangeren und Ärzten muss endlich aufhören.“ Nach dem Paragraphen 219a müsse auch Paragraph 218 abgeschafft werden. In eine andere Richtung bewegt sich die USA. Wie schon länger erwartet, kassierte der Oberste Gerichtshof vergangenen Freitag das seit rund 50 Jahren bestehende und vom Gericht einst selbst postulierte Recht auf Abtreibung. In konservativen Einzelstaaten dürften nun weitgehende Einschränkungen folgen. **Claus Peter Kosfeld** ||

»Es wird keine kommerzialisierende Werbung geben.«

Marco Buschmann (FDP), Bundesjustizminister

Schluss mit dem Kummerkasten-Image

PETITIONEN Abgeordnete sehen Reformbedarf

Ortstermine gehören eigentlich zum Repertoire des Petitionsausschusses. Mehrmals pro Jahr machen die Abgeordneten von der Möglichkeit Gebrauch, sich vor Ort ein Bild davon zu machen, ob und gegebenenfalls wie die Forderung aus einer Petition zu erfüllen ist. So war es im Jahr 2021 auch im Zuge der Befassung mit einer Eingabe geplant, die auf eine Erhöhung der vorhandenen Lärmschutzwand entlang der Grenze eines Grundstücks des Petenten zur Bundesautobahn A 30 in Nordrhein-Westfalen abzielt. Die Corona-Einschränkungen ließen eine solche Reise jedoch nicht zu. Der Petitionsausschuss zeigte sich aber flexibel und ging neue Wege: Erstmals fand ein Ortstermin per Drohne statt. Die Foto- und Videoaufnahmen wurden danach mit Vertretern des Verkehrsministeriums und der Autobahn GmbH des Bundes sowie des Petenten erörtert. Im Ergebnis erkannte auch das Ministerium die erhebliche Lärmbelastung und den sich daraus ergebenden Handlungsbedarf an. Darüber und über ähnliche Fälle informiert der Tätigkeitsbericht des Petitionsausschusses (20/2200), den der Bundestag vergangene Woche beraten hat. 11.667 Petitionen haben den Ausschuss der Vorlage zufolge in Berichtsjahr 2021 erreicht – 2.647 weniger als noch 2020. Ein Viertel der Eingaben betraf den Geschäftsbereich des Gesundheitsministeriums. „Das Jahr 2021 war neben der andauernden Corona-Pandemie auch vom Wechsel der Wahlperiode geprägt“, konstatierte denn auch die Ausschussvorsitzende Martina Stamm-Fibich (SPD) während der Debatte. Sie betonte auch die besondere Rolle des Ausschusses als Schnittstelle zwischen Bundestag und Bürgern. Vielfach stelle der Ausschuss für die Menschen die letzte Möglichkeit dar, um Hilfe und Unterstützung zu erfahren.

Erklärungsansätze Zur Frage, warum die Zahl der Petitionen an den Bundestag gesunken ist, gab es verschiedene Erklärungsansätze. Für Andreas Mattfeldt (CDU) ist das auch ein Zeichen der Zufriedenheit mit der Bundesregierung, der im Berichtsjahr 2021 die Union angehört habe. Ina Latendorf (Linke) indes glaubt nicht, „dass alle zufrieden sind und es keine Probleme in Deutschland gibt“. Festzustellen sei, dass es nur bei etwa vier Prozent der Petitionen ein wirklich unterstützendes Votum des Ausschusses gegeben habe. Man müsse sich daher fragen, „ob eine an den Bundestag gerichtete Petition einen Mehrwert für die Bürger hat“

Axel Echeverria (SPD) verwies auf private Petitionsplattformen, bei denen 50.000 Mitzeichnungen keine Seltenheit seien. „Bei uns waren es im Jahr 2021 ganze fünf Petitionen“, so der SPD-Abgeordnete. Damit seien nur 0,8 Prozent der 636 öffentlichen Petitionen auch öffentlich beraten worden. Das zeige den Reformbedarf. Petition einzureichen müsse leichter werden. Es müsse zudem auch einfacher werden, sie zu veröffentlichen und mitzuzeichnen, forderte er. „Ansonsten bleibt der Petitionsausschuss ein Kummerkasten, was mir zu wenig ist“, sagte Echeverria. Aus Sicht von Corinna Rüffer (Grüne) hat der Ausschuss sein großes politisches Potenzial in den letzten Jahren nicht genutzt. Grund für die nicht erfolgte Weiterentwicklung sei die „jahrelange Unionsmehrheit“. CDU und CSU hätten sich geweigert, „das Instrument als politisches Instrument auch zu nutzen“ und das Petitionswesen dementsprechend zu stärken. Die Ampel-Koalition sei nun dabei, eine neue Kultur im Ausschuss zu etablieren und das Petitionsrecht transparenter, barrierefreier und für alle zugänglich zu machen. Unionsmann Mattfeldt sprach hingegen von einem Stotterstart der Ampel. In 13 Jahren Mitarbeit im Petitionsausschuss habe er zudem noch nie erlebt, dass eine Petition gestoppt worden sei, weil sie einer Regierungsfraktion nicht gepasst habe, sagte er. Dabei sei es um die Forderung nach einem neuen Wolfs-Management gegangen, die der Ausschuss mit dem höchstmöglichen Votum an die Bundesregierung habe überweisen wollen. „Soviel zu ihrer Kultur des Neuanfangs“, sagte Mattfeldt. Manfred Todtenhausen (FDP) räumte ein, dass die Koalition bei der Arbeit im Petitionsausschuss zu Kompromissen gezwungen werde, „die sie im Koalitionsvertrag eigentlich gar nicht ausgehandelt hat“. Spätestens bei der Vorstellung des nächsten Jahresberichtes werde sich zeigen, wie gut das gelungen ist. Er erwarte hervorragende Ergebnisse, da es bislang sehr gut funktioniere, sagte Todtenhausen. Dirk Brandes (AfD) sprach sich für Volksabstimmungen nach Schweizer Vorbild in wichtigen Fragen für Deutschland und Europa aus. „Wir möchten mehr direkte Demokratie wagen“, sagte er. Zugleich gelte es, die bestehenden Grundsätze des Ausschusses zu überarbeiten. Derzeit sei es so, dass die Ausschussmehrheit eine Petition nur unterstütze, „wenn das Ziel der Petition ohnehin im Koalitionsvertrag vereinbart wurde“. Regierungskritische Positionen hätten keine Chance. **Götz Hausding** ||

»Die Ampel-Koalition ist dabei, eine neue Kultur im Ausschuss zu etablieren.«

Corinna Rüffer (Grüne)



Vorratsdatenspeicherung light

RECHT Die Union verlangt, IP-Adressen anlasslos für sechs Monate zu speichern. So soll Kindesmissbrauch effektiver bekämpft werden

Ein altes Anliegen der Unionsfraktion hat eine hitzige Debatte im Bundestag ausgelöst: Mehr Daten der elektronischen Kommunikation auf Vorrat zu speichern, um insbesondere Erzeuger und Verbreiter von Kinderpornografie besser ermitteln zu können. Jetzt hat sie mit dem Antrag „Kinderschutz vor Datenschutz“ (20/2344) einen neuen Vorstoß unternommen. Er endete vergangenen Freitag mit der Ablehnung durch alle anderen Fraktionen. Einig war sich das Parlament aber in der scharfen Verurteilung solcher Taten – und in einem langen Applaus für die Ermittler, Mißbrauchsbeauftragten und alle, die sich im Kampf gegen diese Verbrechen und beim Schutz der Opfer engagieren.

Zahlen verdoppelt Günter Krings (CDU) verwies darauf, dass sich die Fälle der Verbreitung, des Erwerbs, des Besizes und der Herstellung von Kinderpornografie 2021 gegenüber dem Vorjahr mehr als verdoppelt hätten. „Wir als CDU/CSU

werden es nicht hinnehmen, wenn immer mehr Kinder zu Opfern werden“, sagte er zur Begründung des Antrags. Dieser sieht vor, dass alle im Internetverkehr genutzten IP-Adressen für sechs Monate gespeichert werden und Ermittler bei Verdacht auf Kinderpornografie, und nur dann, auf richterlichen Beschluss darauf zugreifen können. Diese streng zweckgebundene Speicherung sei etwas ganz anderes als die allgemeine Vorratsdatenspeicherung und durch die jüngste Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs gedeckt. Die Koalitionsfraktionen reagierten mit dem Vorwurf, die Union wolle das Thema parteipolitisch ausschlagen. Die Ampel-Koalition widme dem Kampf gegen Kindesmissbrauch breiten Raum, erklärte Sebastian Fiedler (SPD) und verwies unter anderem auf die personelle Verstärkung des Bundeskriminalamtes. Er persönlich sei auch für die Speicherung der IP-Adressen, erklärte Fiedler als einziger Redner außerhalb von CDU und

CSU. Allerdings werde das innerhalb der Koalition geklärt „und nicht anhand Ihres Antrags hier“.



in der Koalition favorisierte Quick-Freeze-Verfahren, nach dem bei einem konkreten Verdacht IP-Adressen, die ohnehin immer sieben Tage lang gespeichert werden, auf richterlichen Beschluss hin länger gespeichert werden dürfen. Damit sei ein praktikabler Vorschlag auf dem Tisch. Genau das allerdings bestreitet die Union mit Hinweis darauf, dass zum Zeitpunkt eines aufkommenden Verdachts die IP-Adresse eben häufig nicht mehr feststellbar sei.

»Quick Freeze« Thorsten Lieb (FDP) nannte es „einigermaßen perfide“, dass die Unionsfraktion mit der Formulierung „Kinderschutz vor Datenschutz“ versuche, zwei Grundrechte gegeneinander auszuspielen. Dies werde Ernst und Bedeutung dieses Themas „in keiner Weise gerecht“. Als Ziel der Koalition warb Konstantin Kuhle (FDP) für die „anlassbezogene Speicherung nach gerichtlichem Beschluss“. Damit schütze sie „auch die Grundrechte aller Bürgerinnen und Bür-

ger in diesem Land, die mit diesen widerlichen Taten nichts zu tun haben“. Ähnlich wie die Abgeordneten der Koalition warb Anke Domscheit-Berg (Linke) für bessere Prävention, wie die Stärkung von Jugendämtern und Sozialarbeit sowie Aufklärung von Eltern und Kindern. Von der Union komme stattdessen der „immer gleiche Reflex: mehr Massenüberwachung“. Mechthilde Wittmann (CSU) bemerkte dazu: „Die beste Prävention ist das Fassen der Täter.“ Nach allen Seiten teilte die AfD-Fraktion aus. Eugen Schmidt machte eine „verwahrloste linke Kultur“ für eine Sexualisierung von Kindern verantwortlich. Genau so gingen auch Pädophile vor. Die Verantwortlichen für die fatale Entwicklung der letzten Jahre „versammelten sich hier im Saal“, sagte er. Der Union warf Schmidt vor, den Kinderschutz nur vorzuschieben. Der „wahre Grund“ für ihren Vorstoß sei „ihre Sehnsucht nach Kontrolle, Bespitzelung und Unterdrückung“. **Peter Stützel** ||

KURZ NOTIERT

Parlamentskreis Minderheiten hat sich gegründet

Im Bundestag hat sich ein Parlamentskreis Minderheiten gegründet, der die Belange der vier nationalen Minderheiten in Deutschland – Friesen, Sorben, Roma und Sinti sowie Dänen – in den Blick nehmen will. Nationale Minderheiten sind auf Grundlage des Rahmenübereinkommens zum Schutz nationaler Minderheiten des Europarates besonders geschützt. Initiiert wurde der Parlamentskreis mit seinen derzeit 25 Abgeordneten durch Stefan Seidler (SSW) und Denise Loop (B90/Grüne).

Keine Mehrheit für AfD-Kandidaten

Die AfD-Fraktion ist erneut mit einem Kandidaten für das Parlamentarische Kontrollgremium gescheitert. Der Abgeordnete Martin Hess verfehlte am Donnerstag die erforderliche Mehrheit von 369 Stimmen deutlich. Auf Hess entfielen 90 Ja-Stimmen bei 545 Gegenstimmen und neun Enthaltungen. **scr** ||



2020 erklärten die Verfassungsrichterinnen und -richter die Regelung zur Sterbehilfe für nichtig. Nun wagt das Parlament einen neuen Anlauf.

© picture-alliance/dpa/Uli Deck

Rechtssicheres Sterben

SUIZIDHILFE Bundestag debattiert über drei Gesetzentwürfe. Die Vorschläge im Detail

Der Bundestag nimmt einen neuen Anlauf, die Suizidhilfe zu regeln. Nach einer Orientierungsdebatte im Mai debattierten die Abgeordneten vergangenen Freitag drei von fraktionsübergreifenden Gruppen eingebrachte Entwürfe in erster Lesung. Gemein ist den Entwürfen, dass Sterbewillige nach unterschiedlich gearteter Beratung Zugang zu tödlich wirkenden Medikamenten erhalten sollen. Damit wird dem entsprochen, was das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil von 2020, das das bisherige Verbot geschäftsmäßiger Sterbehilfe für nichtig erklärte, gefordert hatte. Abseits davon gibt es gewichtige Unterschiede: Zwei Entwürfe fokussieren auf das vom Bundesverfassungsgericht bekräftigte individuelle Recht auf selbstbestimmtes Sterben – und das Recht, dabei Hilfe in Anspruch zu nehmen. Der dritte Entwurf will (und muss) das auch ermöglichen, hat aber vor allem die Schutzpflicht des Staates für das Leben im Blick und wendet sich gegen eine Normalisierung.

Erneutes Verbot Letztere Perspektive nimmt der Entwurf der Gruppe von 85 Abgeordneten um Lars Castellucci (SPD) (20/904) ein. Grundsätzlich wollen die Abgeordneten die geschäftsmäßige Förderung der Selbsttötung – wie in der von Karlsruhe für nichtig erklärten Fassung – verbieten und in Paragraph 217 des Strafgesetzbuches mit einer Freiheitsstrafe von bis zu drei Jahren oder eine Geldstrafe versehen. Geschäftsmäßig meint eine auf Wiederholung angelegte Tätigkeit und bezieht

sich damit zum Beispiel auf Sterbehilfe-Organisationen, Angehörige oder nahestehende Personen sollen ausdrücklich ausgenommen sein. In Reaktion auf das Karlsruher Urteil ist die Suizidhilfe aber erlaubt, wenn bestimmte Voraussetzungen erfüllt werden. Die sterbewillige Person muss – wie bei allen Entwürfen – volljährig und einsichtsfähig sein. Im Castellucci-Entwurf ist eine ärztliche Untersuchung durch einen Facharzt oder eine Fachärztin für Psychiatrie und Psychotherapie vorgesehen – mindestens zweimal im Abstand von mindestens drei Monaten. Ausnahmen sollen für Schwerst- und chronisch Kranke möglich sein. Durch die Untersuchungen soll festgestellt werden, ob eine die Entscheidungsfindung beeinträchtigende Erkrankung vorliegt und der Sterbewunsch „von freiwilliger, ernsthafter und dauerhafter Natur“ ist. Hinzu kommt mindestens ein ergebnisoffenes Beratungsgespräch mit einer weiteren Ärztin, einer psychosozialen Beratungsstelle oder bei der Schuldnerberatung. Nach der finalen Untersuchung ist eine Wartefrist von zwei Wochen vorgesehen, bis die Selbsttötung erfolgen darf, maximal dürfen zwei Monate vergangen sein. Die Abgeordneten begründen die im Vergleich ausgeprägten Voraussetzungen an Zeitablauf und Untersuchung mit der Volatilität von Suizidwünschen, heißt: Man will übereilte Entscheidungen verhindern. Das

grundsätzliche Verbot soll der Normalisierung und einem gesellschaftlichen Klima entgegenwirken, in dem sich Menschen unter Druck gesetzt fühlen, ihr Leben so zu beenden. Das drückt sich auch in dem im Entwurf vorgesehenen, ebenfalls strafbewehrten Werbeverbot aus. Unterstützt wird der Castellucci-Entwurf von Abgeordneten aus allen Fraktionen mit Ausnahme der AfD, deren Abgeordnete an keinem der Entwürfe beteiligt sind. Darunter sind

die Ex-Gesundheitsminister Hermann Gröhe und Jens Spahn (beide CDU), SPD-Fraktionschef Rolf Mützenich, Konstantin von Notz (Grüne), Justiz-Staatssekretär Benjamin Strasser (FDP) sowie Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau (Linke).

Recht auf Sterbehilfe Einen grundsätzlich anderen, strafrechtsfreien Ansatz hat die Gruppe von 68 Abgeordneten um die FDP-Abgeordnete Katrin Helling-Plahr (20/2332) gewählt. Ihnen geht es laut Begründung darum, „das Recht auf einen selbstbestimmten Tod legislativ [abzuschaffen] und [klarzustellen], dass die Hilfe zur Selbsttötung straflos möglich ist“ Sie schlagen dazu ein „Gesetz zur Wahrung und Durchsetzung des Selbstbestimmungsrechts am Lebensende“ vor. Voraussetzung für die Verschreibung eines tödlich wirkenden Medikaments durch einen Arzt oder eine Ärztin ist unter anderem ein Beratungsgespräch bei dafür einzurichtenden Beratungsstellen. Die Verschreibung soll grundsätzlich frühes-

tens zehn Tage nach der Beratung und spätestens acht Wochen danach erfolgen. Das Gespräch ist laut Entwurf „ergebnisoffen zu führen und darf nicht bevormunden“. Es soll – wie im Grundsatz auch bei den anderen Entwürfen – die Informationen vermitteln, die dazu befähigen, auf einer hinreichenden Beurteilungsgrundlage realitätsgerecht das Für und Wider einer Suizidentcheidung abzuwägen. Diverse Aspekte, darunter die „Prävention gegen die Etablierung rein auf Gewinnstreben ausgerichteter, insbesondere institutionalisierter, Angebote“ sollen über eine Verordnung reguliert werden können. Zu den Unterstützern gehören Abgeordnete aus den Fraktionen von SPD, FDP, Grünen und Linken, darunter Gesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD), Finanzminister Christian Lindner (FDP), Petra Sitte (Die Linke) und Till Steffen (Grüne).

Differenzierte Regelungen Sehr ähnlich intendiert, aber mit differenzierteren Regelungen kommt der Entwurf von 45 Abgeordneten um Renate Künast (B90/Die Grünen) für ein „Gesetz zum Schutz des Rechts auf selbstbestimmtes Sterben“ (20/2293) daher. Unterschieden wird zwischen Sterbewilligen in medizinischer Notlage und anderen Sterbewilligen. Erstgenannte sollen ihren Sterbewunsch gegenüber einem Arzt bekunden und von diesem über Alternativen wie palliativmedizinische Angebote aufgeklärt werden. Eine zweite Ärztin soll die Erfüllung der Voraussetzungen überprüfen, dazwischen sollen zwei Wochen vergehen. Abseits davon soll die Abgabe eines tödlich wirkenden Medikaments bei einer von den Ländern zu be-

nennende Stelle beantragt werden können – und ist zu genehmigen, wenn der Sterbewillige seinen Sterbewunsch glaubhaft darlegt und innerhalb von mindestens zwei und maximal zwölf Monaten zwei Beratungsgespräche absolviert hat. Der Entwurf sieht auch vor, dass das Medikament unter bestimmten Voraussetzungen und auf Wunsch des Sterbewilligen zunächst an Dritte, etwa Sterbehilfe-Organisationen, abgegeben werden kann. Diese Organisationen sollen dem Entwurf nach einer Zulassung bedürfen. Voraussetzung soll unter anderem sein, dass geschäftsmäßige Hilfsanbieter nicht aus kommerziellen Interessen tätig sein. Nach Abgabe des Mittels hat der Sterbewillige grundsätzlich ein Jahr Zeit, den Sterbewunsch umzusetzen. Als Straftat soll laut Entwurf die missbräuchliche Beantragung des Medikaments gelten, unter anderem grob anstößige Werbung soll als Ordnungswidrigkeit belangt werden können. Unterstützt wird der Vorschlag von Abgeordneten aus den Fraktionen von SPD und Grünen, darunter Nina Scheer (SPD), Familienministerin Lisa Paus (Grüne) und Grünen-Fraktionschefin Britta Haßelmann.

Noch keine Mehrheit in Sicht Ausweilich der Anzahl der mitzeichnenden Abgeordneten sind alle Entwürfe noch weit von einer Mehrheit entfernt. Die intensiven Diskussionen verlagern sich nun in die Ausschüsse. Federführend beraten werden die Vorlagen im Rechtsausschuss. Dort wird auch ein fraktionsübergreifender Antrag beantragt werden, der die Stärkung der Suizidprävention (20/1121) zum Ziel hat. *Sören Christian Reimer*

KURZ NOTIERT

AfD scheitert mit Eilantrag zu Ausschussvorsitzen

Die AfD-Fraktion ist vor dem Bundesverfassungsgericht mit einem Eilantrag zur Besetzung von Ausschussvorsitzen gescheitert (2 BvE 10/21). Die Fraktion hatte gegen die Nicht-Wahl ihrer Kandidaten im Innen-, Gesundheits- und Entwicklungsausschuss geklagt und deren vorläufige Einsetzung verlangt. Das hält das Gericht nicht für geboten, da die Fraktion in den Ausschüssen „ihr Recht auf Mitwirkung an der politischen Willensbildung des Deutschen Bundestages in vollem Umfang wahrnehmen“ könne. Die von der Fraktion beklagte Verletzung ihrer Rechte erscheine allerdings „nicht von vornherein völlig ausgeschlossen“. Darüber soll im Hauptsachverfahren entschieden werden. *scr*

Online-Beglaubigung von Handelsregisteranmeldungen

Die Möglichkeit zur Online-Beglaubigung von Handelsregisteranmeldungen soll ausgeweitet werden. Der Bundestag beschloss mit großer Mehrheit einen entsprechenden Gesetzentwurf (20/1672) der Bundesregierung. Die bisher vorgesehene Beschränkung in den Regelungen auf bestimmte Rechtsträger, die überwiegend zum 1. August in Kraft treten, entfällt damit. Zudem soll das Verfahren auf Anmeldungen im Partnerschafts-, Genossenschafts- und Vereinsregister ausgeweitet werden. *scr*

Umsetzung der EU-Richtlinie über Arbeitsbedingungen

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen hat der Bundestag einen Gesetzentwurf (20/1636; 20/2392) der Bundesregierung zur Umsetzung der EU-Richtlinie 2019/1152 über transparente und vorhersehbare Arbeitsbedingungen in der EU angenommen. CDU/CSU und AfD stimmten dagegen. Die Linke enthielt sich. Per Änderungsantrag angehängt wurde die Aktivierung der Krisenhilfe der EU als Kleinbeihilferegulierung für landwirtschaftliche Betriebe, die unter den Folgen des russischen Überfalls auf die Ukraine leiden. *che*

Gesetz zur Bekämpfung terroristischer Online-Inhalte

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der CDU/CSU hat der Bundestag den Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Durchführung der EU-Verordnung „zur Bekämpfung der Verbreitung terroristischer Online-Inhalte“ in modifizierter Fassung. (20/1632, 20/2390) verabschiedet. Die Verordnung muss als unmittelbar geltendes Unionsrecht nicht in nationales Recht umgesetzt werden, doch waren einige Durchführungsbestimmungen nötig. So werden mit dem Gesetz jene Behörden benannt, die etwa Entfernungsanordnungen erlassen und Sanktionen verhängen können. *sto*

Michael Schäfer wird neuer Direktor beim Bundestag

Michael Schäfer wird neuer Direktor beim Deutschen Bundestag. Der 60-jährige promovierte Politikwissenschaftler tritt seine Funktion als Nachfolger von Lorenz Müller am 1. September 2022 an. Dies hat das Präsidium des Deutschen Bundestages vergangene Woche entschieden. Schäfer ist derzeit Leiter der Abteilung Information und Dokumentation in der Bundestagsverwaltung. Vor seinem Eintritt in die Bundestagsverwaltung war er als Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion tätig. *DBT*

Die AfD und die Ehre des KSK

BUNDESWEHR Die AfD-Fraktion fordert die Bundesregierung auf, das Kommando Spezialkräfte der Bundeswehr (KSK) öffentlich zu rehabilitieren. Es müsse klargestellt werden, dass es „niemals substantielle extremistische Bestrebungen oder gar extremistische Netzwerke innerhalb des KSK gegeben hat“, heißt es in einem Antrag (20/2358), den der Bundestag am Freitag beriet und zur weiteren Beratung in den Verteidigungsausschuss überwies. Bei allen anderen Fraktionen stieß der Antrag weitestgehend auf Ablehnung. Nach dem Willen der AfD soll zudem die aufgelöste 2. Kompanie des KSK wieder aufgestellt werden. Ebenso soll eine anonyme Befragung in der Bundeswehr durchgeführt werden, um herauszufinden, ob durch „Überreaktion ein Klima geschaffen wurde, das dazu geführt hat, dass Soldaten der Bundeswehr sich nicht mehr trauen, ihre demokratischen und staatsbürgerlichen Rechte voll auszuschöpfen“. Das KSK sei 2019 und 2020 wegen „vermeintlich“ rechtsextremistischer Vorfälle erheblich unter Druck geraten. Nach Kenntnis der Prüfungsergebnisse des Militärischen Abschirmdienstes (MAD) und verschiedener Gerichtsurteile müsse diese „Stigmatisierung“ des KSK als ungerechtfertigt angesehen werden. *aw*

Schnellschuss für die Bundeswehr

RÜSTUNG Vergaberecht soll angepasst werden, um Beschaffung zu beschleunigen

Schneller ausschreiben, einfacher vergeben, EU-weit besser kooperieren: Mit dem Bundeswehrbeschaffungsbeschleunigungsgesetz wollen die Ampelfraktionen den Ausbau der Bundeswehr schneller vorantreiben. Die Fraktionen von SPD, Grünen und FDP haben einen entsprechenden Gesetzentwurf (20/2353) eingebracht, der am späten Donnerstagabend zur weiteren Beratung in den Wirtschaftsausschuss überwiesen wurde.

Der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine habe nachhaltige Auswirkungen auf die gesamte europäische Sicherheitsordnung, schreiben die Fraktionen im Entwurf. Die Einsatzfähigkeit der Bundeswehr müsse daher „unverzüglich und schnellstmöglich“ erhöht werden. Mit Hilfe des jüngst beschlossenen Sondervermögens in Höhe von 100 Milliarden Euro werde die Bundeswehr in den kommenden Jahren umfangreiche Anschaffungen tätigen können.

Dafür soll es den Vergabestellen ermöglicht werden, Aufträge schneller zu vergeben, als dies nach der aktuellen Rechtslage möglich ist. Das Gesetz ist bis zum 31. Dezember 2025 befristet, mit einer Option auf Verlängerung.

Sicherheitsinteressen Die Änderungen beziehen sich hauptsächlich auf das Vergaberecht. So soll es unter anderem erlaubt werden, dass mehrere Teil- oder Fachlose zusammen vergeben werden können, wenn wirtschaftliche, technische oder zeitliche Gründe dies rechtfertigen. Zudem soll die gemeinsame europäische Beschaffung erleichtert werden, indem der Teilnehmerkreis bei kooperativen Beschaffungen auf Unternehmen aus der Europäischen Union beschränkt wird. Das veränderte Verfahren sieht vor, dass Unternehmen in jenen Staaten, die nicht die notwendige Gewähr für die Wahrung der Sicherheitsinteressen Deutschlands bieten, von der Teilnahme an der Vergabe ausgeschlossen werden können. Indem bei der Entscheidung über eine Vorabgestattung des Zuschlags die Verteidigungs- und Sicherheitsinteressen stärker berücksichtigt werden sollen, sollen auch Nachprüfungs- und Beschwerdeverfahren beschleunigt werden. *emu*



Aus dem Bundeswehr-Sondervermögen sollen unter anderem Transporthubschrauber vom Typ CH-47F Chinook angeschafft werden. © picture alliance/dpa/Zentralbild | Klaus-Dietmar Gabbert

Anzeige



Deutscher Bundestag

Ausschreibung Wissenschaftspreis 2023

Der Deutsche Bundestag lädt ein, sich um den Wissenschaftspreis des Deutschen Bundestages zu bewerben, der 2023 vergeben wird.

Der Preis ist mit 10.000 Euro dotiert.

Ausgezeichnet werden wissenschaftliche Arbeiten, die zur Beschäftigung mit Fragen des Parlamentarismus anregen und zum vertieften Verständnis parlamentarischer Praxis beitragen.

Bewerbungsschluss: 15. Juli 2022
Teilnahmebedingungen unter <http://www.bundestag.de/wissenschaftspreis>

Deutscher Bundestag
Fachbereich WD 1
Wissenschaftspreis
Platz der Republik 1
11011 Berlin



Mail: wissenschaftspreis@bundestag.de
Telefon: +49 30 227-38630

Fast erleichtert wirkte der Applaus aus den Reihen der Ampel-Koalition: Am vergangenen Donnerstag hat der Bundestag die 27. Änderung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BAföG) beschlossen. Damit kann die Regierung unter eines ihrer Hauptanliegen aus dem Koalitionsvertrag zufrieden ein Häkchen machen. Bei vielen anderen Projekten wird dies angesichts der aktuellen Krisensituation nicht so einfach werden. Mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und Die Linke nahm der Bundestag die 27. BAföG-Novelle (20/1631) in geänderter Fassung an. AfD sowie CDU/CSU lehnten den Gesetzentwurf ab.

Höhere Bedarfssätze Noch am Mittwoch nahm der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung letzte Änderungen an dem Gesetzentwurf vor. Die zuletzt 2019 mit der 26. Novelle angepassten Bedarfssätze steigen durch das neue Gesetz um 5,75 Prozent – ursprünglich waren fünf Prozent vorgesehen. Der Freibetrag steigt um 20,75 Prozent, der Kinderbetreuungszuschlag um fünf Prozent. Von 325 auf 360 Euro wird der Wohnzuschlag für Studierende erhöht, die nicht mehr bei ihren Eltern wohnen. Somit erhalten Studierende statt bisher 861 Euro zu Beginn des neuen Wintersemesters einen Höchstsatz von 934 Euro an Förderung. Zusätzlich sollen sie einen einmaligen Heizkostenzuschuss in Höhe von 230 Euro bekommen.

Mit diesen Reformen werde das BAföG an die Anforderungen des 21. Jahrhunderts angepasst, sagte Bildungs- und Forschungsmন্ত্রী Bettina Stark-Watzinger (FDP) während der Plenardebatte. Die Förderung sei wichtig, um jedem die „freie Wahl für den eigenen Bildungsweg“ zu ermöglichen. Leider erreiche das BAföG nicht mehr die, für die es entwickelt wurde und sei veraltet, so die Ministerin. 2020 erhielten laut Statistischem Bundesamt lediglich elf Prozent der Studierenden die Förderung.

In die Modernisierung des BAföGs wurde auch die Auslandsförderung mit einbezogen, die es Studierenden in Zukunft ermöglichen soll, einjährige Masterstudiengänge in Ländern außerhalb der EU zu absolvieren. „BAföG ist ein Sprungbrett für alle, für die die Hürde sonst zu hoch wäre“, betonte die Bildungsministerin.

Genau zur richtigen Zeit werde die Reform auf den Weg gebracht, sagte Ria Schröder (FDP). Die Pandemie hätte bei vielen die finanziellen Rücklagen schmelzen lassen. Krieg und Inflation würden die Menschen zusätzlich belasten. Deshalb sei die Reform ein „Lichtblick für Studierende“.

Zu wenig, zu viel Weniger optimistisch blickt das Deutsche Studentenwerk auf die Reformen und forderte die Bundesregierung auf, bei den Bedarfssätzen rasch nachzulegen. „Die aktuelle Erhöhung um 5,75 Prozent wird von der Inflation schon wieder aufgefressen“, sagte Matthias Anbuhl, Generalsekretär des Deutschen Studentenwerks, als Reaktion auf das beschlossene Gesetz und forderte eine Erhöhung um mindestens 10 Prozent. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) nannte einen Höchstsatz in Höhe des steuerlichen Existenzminimums von 1.200 Euro als Ziel. Nur so könnten die Versäumnisse der Vergangenheit nachgeholt werden, betonte Verbandsvize Andreas Keller vergangene Woche.

Ähnlich bewerteten die Oppositionsfraktionen AfD und Die Linke die Novelle. Mit weniger als 1.000 Euro im Monat reiche selbst der Höchstsatz in vielen Städten nicht aus, um seinen Lebensunterhalt zu bestreiten, kritisierte Nicole Gohlke (Die Linke). Somit hole auch die BAföG-Novelle die Studierenden nicht aus ihrer Armut.

Wettlauf gegen die Inflation

BILDUNG Durch die 27. BAföG-Novelle sollen mehr Studierende gefördert werden. Die Erhöhungen gehen an der Realität vorbei, kritisiert die Opposition



Voller Hörsaal, leere Geldbörsen: Im Jahr 2020 erhielten nur elf Prozent der Studierenden BAföG. © picture-alliance/dpa/Julian Stratenschulte

Götz Frömming von der AfD-Fraktion sprach sich gegen eine Ausweitung des Empfängerkreises und höhere Vermögensfreibeträge aus: „Studieren ist kein staatlich garantiertes Recht“. Die Förderung sei als Sozialleistung konzipiert worden, um Menschen, die sich ein Studium nicht leisten können, zu unterstützen. Das Gesetz sieht vor, dass Auszubildende bis zum 30. Lebensjahr ein Schonvermögen von 15.000 Euro, ab dem 30. Lebensjahr von 45.000 Euro haben dürfen.

Lebenslanges Lernen Neben den Bedarfssätzen hebt die Reform auch die Altersgrenze an – auf 45 Jahre. Dadurch solle lebenslanges Lernen ermöglicht werden, betonte Sönke Rix (SPD). Menschen müssten dazu ermutigt werden, auch eine „zweite oder dritte Chance“ zu nutzen, um sich weiterzubilden.

Die Union begrüßte die Vereinfachung des Verfahrens durch die Möglichkeit, BAföG-Anträge künftig auch online stellen zu können. Denn der hohe bürokratische Auf-

wand ist laut Katrin Staffler (CSU) einer der Hauptgründe für den gesunkenen BAföG-Empfängerkreis. Sie kritisierte aber, dass der Gesetzgeber das Potential beim Thema Digitalisierung nicht ausschöpfe.

Der nächste Schritt Damit gleiche Bildungschancen nicht nur formal, sondern auch tatsächlich existieren, müsse sich beim BAföG einiges tun, betonte Nina Stahr (Grüne). Die Änderungen seien nur der erste Schritt einer Reihe von Reformen. So hat der Bundestag neben der 27. Novelle auch gleich in erster Lesung über den Entwurf zum 28. Änderungsgesetz beraten. Dieses sieht eine Art Notmechanismus vor, der es der Bundesregierung in Krisenlagen erlauben soll, den Kreis der BAföG-Empfänger zu erweitern. Hintergrund ist die Erfahrung der Corona-Pandemie, in der viele Studierende durch den Lockdown und das Wegfallen von Nebentätigkeiten in finanzielle Engpässe gerieten. Durch eine Erweiterung des BAföGs soll ihnen unter die Arme gegriffen werden. Denise Schwarz ||

KOMPAKT

Die Reformen des BAföG:

> Bedarfssätze Um 5,75 Prozent steigen die Bedarfssätze: von 427 auf 452 Euro. Wer nicht mehr bei den Eltern wohnt, erhält statt bisher 325 nun 360 Euro Wohnzuschuss. Insgesamt können Studierende maximal 934 Euro Förderung pro Monat erhalten.

> Freibeträge Die Elternfreibeträge steigen um 20,75 Prozent an. Das eigene sogenannte Schonvermögen liegt für Auszubildende unter 30 Jahren bei 15.000, über 30 Jahren dann bei 45.000 Euro.

> Altersgrenze Die Altersgrenze für BAföG-Empfänger wird auf 45 Jahre angehoben.

> Digitalisierung Anträge können künftig auch online eingereicht werden.

»Wir brauchen mehr Master und Meister«

FACHKRÄFTE Anträge zur beruflichen Bildung

Im vergangenen Jahr lag die Zahl der abgeschlossenen Ausbildungsverträge laut Berufsbildungsbericht 2022 mit rund 473.000 etwa zehn Prozent unterhalb des Werts von 2019. Zu wenige Ausbildungsverhältnisse werden den Fachkräftemangel in den kommenden Jahren weiter verschärfen, lautet ein Resümee des Berichts. Von 2010 bis 2030 werden rund 1,7 Millionen Akademiker mehr auf den Arbeitsmarkt strömen als durch den Ruhestand ausscheiden, es fehlen aber in der beruflich-betrieblichen Ausbildung 4,5 Millionen Personen, warnt die Unionsfraktion in einem Antrag (20/2340). Dieser wurde zusammen mit einem Antrag der Linken (20/2335), ebenfalls zur Stärkung der beruflichen Bildung, am vergangenen Donnerstag in erster Lesung im Bundestag beraten. Die Unionsfraktion schlägt vor, Maßnahmen zur Berufsorientierung zu systematisieren und den Deutschen Qualifikationsrahmen (DQR) zu überarbeiten. Als Transparenzrahmen geschaffen, sei es Ziel des DQR, eine Vergleichbarkeit von Abschlüssen zu schaffen, erläuterte Stephan Albani (CDU). Obwohl das Modell die Gleichwertigkeit von akademischer und beruflicher Bildung sichern solle, gebe es „erhebliche Unterschiede bei der Vergütung und dem Zugang zum Arbeitsmarkt“.

Auch Friedrich Boginski (FDP) äußerte sich skeptisch bezüglich der Frage, ob in Deutschland tatsächlich eine Gleichstellung zwischen beruflicher und akademi-

scher Bildung existiere. Er beobachte eine zunehmende Geringschätzung für Lehrstellen in Deutschland.

60.000 junge Menschen hätten laut Nicole Gohlke (Die Linke) im letzten Ausbildungsjahr keinen Platz bekommen. Daher forderte sie einen „Rechtsanspruch auf Ausbildung“. Auszubildende bräuchten die Sicherheit, von ihrer Vergütung leben zu können und nach der Ausbildung eine Perspektive im Unternehmen zu haben.

Berufliche Bildung als Schlüssel Für die Grüne Anja Reinalter ist die berufliche Bildung ein wichtiger Schlüssel, um dem Fachkräftemangel zu begegnen. 2,3 Millionen Menschen zwischen 24 und 35 Jahren hätten 2021 keinen Berufsabschluss gehabt und damit schlechtere Chancen auf dem Arbeitsmarkt sowie ein höheres Risiko für Arbeitslosigkeit. Reinalter betonte, dass Studium und Ausbildung gleichrangig nebeneinander stehen: „Wir brauchen beides – mehr Master und Meister.“ Dass berufliche und akademische Bildung bei politischen Entscheidungen nicht gegeneinander ausgespielt werden dürfen, forderte auch Jessica Rosenthal (SPD).

Götz Frömming von der AfD-Fraktion machte das Bologna-System verantwortlich „für den Niedergang der beruflichen Bildung“. Es gebe schlichtweg zu viele Akademiker. Die Stärkung des dreigliedrigen Schulsystems könne die berufliche Bildung stärken, so Frömming. des ||

Gegen die Unwissenheit und das Vergessen

KULTUR Dokumentationszentrum Zweiter Weltkrieg

In Berlin soll in den kommenden Jahren ein „Dokumentationszentrum Zweiter Weltkrieg und deutsche Besatzungsherrschaft in Europa“ entstehen. Über den Realisierungsvorschlag zur Errichtung des Zentrums, den die Bundesregierung als Unterrichtung (20/1845) vorgelegt hat, beriet der Bundestag erstmalig am vergangenen Donnerstag und überwies ihn zur weiteren Beratung in den Kulturausschuss. Für die Errichtung des Zentrums hatte sich der Bundestag am 9. Oktober 2020 ausgesprochen und die Bundesregierung mit der Entwicklung eines Konzeptes beauftragt.

Etwa 230 Millionen Menschen hätten unter der nationalsozialistischen Besatzung und dem von Deutschland entfesselten Zweiten Weltkrieg gelitten, sagte Marianne Schieder (SPD) in der Debatte: „Gewaltam errichteten die Nationalsozialisten in weiten Teilen Europas ein verbrecherisches Regime und fügten Ländern und deren Bevölkerungen mit Krieg, Besatzung, Ausbeutung, Hunger, Misshandlung, Zwangsarbeit, Kulturzerstörung, Deportation, Mord und Holocaust unermessliches Leid zu.“ Doch trotz einer vielfältigen Erinnerungskultur in Deutschland sei über die Besatzungsherrschaft in weiten Teilen der Gesellschaft wenig bekannt, führte Schieder an. Deshalb habe der Bundestag das Dokumentationszentrum beschlossen.

Kulturstaatsministerin Claudia Roth (Grüne) mahnte, „dass die Aufarbeitung, vor allem in Osteuropa, aber auch in Griechenland, auf dem Balkan, in Italien, Frank-

reich oder Norwegen, nicht abgeschlossen ist, weil sie niemals abgeschlossen sein wird.“

Das Dokumentationszentrum soll eine ständige Ausstellung, die durch Wechselausstellungen zu verschiedenen Aspekten der Geschichte zwischen 1939 und 1945, die bis in die Gegenwart hineinreichen oder auch die Vorgeschichte in den Blick nehmen, ergänzt werden. Zu den Aufgaben des Dokumentationszentrums sollen zu dem die Bereitstellung von Bildungsangeboten, die Forschung und die Entwicklung eines Gedenkzentrums in den eigenen Räumlichkeiten gehören. Mit Ausnahme der AfD bekannten sich alle Fraktionen ausdrücklich zu dem Dokumentationszentrum.

Kritik wegen Documenta Marc Jongen (AfD) übte scharfe Kritik an Claudia Roth. Trotz aller Erinnerungskultur sei nicht verhindert worden, dass auf der Documenta in Kassel unter Mitverantwortung der Kulturstaatsministerin „ein riesiges Banner einer indonesischen Künstler- oder Aktivistengruppe zu sehen war, das widerwärtige antisemitische Karikaturen nach Art des ‚Stürmers‘ enthielt“. Damit werde „Ihr exzessives Zelebrieren der deutschen Schuld und Verantwortung völlig unglaubwürdig“, sagte Jongen an Roth gerichtet. Auch Annette Widmann-Mauz (CDU) bezeichnete es als einen „politischen Skandal“, dass Roth das Problem „ignoriert und kleingeredet“ habe. Alexander Weinlein ||

Werben für das Ende der Kosmetik

SED-OPFER Evelyn Zupke fordert grundlegende Reform der Unrechtsbereinigungsgesetze

Die Bundesbeauftragte für die Opfer der SED-Diktatur, Evelyn Zupke, fordert grundlegende Nachbesserungen an den vor 30 Jahren verabschiedeten SED-Unrechtsbereinigungsgesetzen. So scheiterte noch immer die breite Mehrheit der Opfer der SED-Diktatur bei der Anerkennung von verfolgungsbedingten Gesundheitsschäden, führte Zupke Mitte Juni bei der Vorstellung ihres Jahresberichts 2022 (20/2220) in Berlin aus. Seit mehr als 20 Jahren werde ohne durchschlagenden Erfolg probiert, eine Verbesserung der bestehenden Regelungen zu erreichen. „Ich werbe daher entschieden dafür, dass wir keine Kosmetik am bestehenden Regelungsrahmen betreiben. Ich schlage vor, dass auf Grundlage klar definierter Kriterien, wie politische Haft oder Zersetzung, und definierter Krankheitsbilder der Zusammenhang zwischen dem schädigenden Ereignis und dem heutigen Gesundheitsschaden als gegeben vorausgesetzt wird“, sagte die Opferbeauftragte.

In ihrem Bericht verweist Zupke auf eine Studie der Brandenburger Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur von 2020, nach der fast jeder zweite in Brandenburg lebende Betroffene von SED-Unrecht über ein Haushaltsinkommen von weniger als 1.000 Euro verfügt. Rund 60 Prozent der



SED-Opferbeauftragte Evelyn Zupke

Betroffenen litten zudem nach eigenen Angaben unter den körperlichen und psychischen Auswirkungen der erlittenen Repressionen. Dies zeige eindrücklich, „wie die Folgen der Diktatur bis heute bei den Betroffenen und ihren Familien fortwirken und ihr tägliches Leben beeinflussen“.

Opferrente Konkret fordert Zupke eine Erhöhung und Dynamisierung der monatlichen Opferrente von aktuell 330 Euro. Zu-

dem soll der Bezug der Opferrente von der Bedürftigkeit der Bezieher entkoppelt werden. Die Opferrente diene „der Würdigung des besonderen Schicksals der politischen Häftlinge und der Opfer, die in Jugendwerkstätten und Spezialkinderheimen untergebracht wurden“. Ebenso tritt Zupke für die Vererbbarkeit der Opferrente an Ehe- und Lebenspartner ein. In den Genuss der Opferrente sollen auch deutsche Staatsbürger kommen, die außerhalb der DDR im kommunistischen Ausland inhaftiert waren.

Ausgleichsleistungen Zupke spricht sich darüber hinaus gegen die Absenkung der Ausgleichsleistungen bei Renteneintritt nach dem Beruflichen Rehabilitierungsgesetz von 240 auf 180 Euro aus. Da die beruflichen Biografien der SED-Opfer in vielfacher Hinsicht gebrochen seien, hätten sie in der Regel nur Anspruch auf eine niedrige Rente. Zudem sei die Bedürftigkeitsgrenze für den Bezug der Ausgleichszahlungen zu niedrig angesetzt und die im Gesetz angegebene Verfolgungszeit müssten angepasst werden. „Viele Betroffene sind durch einen mehrmonatigen Arbeitsplatzverlust oder eine Haft in ihrer Erwerbsbiografie massiv geschädigt, ohne dass die vom Gesetzgeber vorgesehene Verfolgungszeit von drei Jahren vorliegt.“ Alexander Weinlein ||

Raus aus dem Fluchtkontext

KINDERKOMMISSION Experten mahnen Integration ukrainischer Kinder an

Mit den Perspektiven der aus der Ukraine geflüchteten Kinder in Deutschland hat sich die Kinderkommission des Bundestages in der vergangenen Woche in einem öffentlichen Expertengespräch beschäftigt. Die beiden dazu geladenen Sachverständigen, Sebastian Sedlmayr von Unicef Deutschland und Sophia Eckert von der Organisation „terre des hommes“, forderten zunächst einmal eine bessere Datengrundlage über die nach Deutschland gekommenen Kinder ein.

Aber auch die rasche Klärung der Frage des Sorgerechts bei Kindern, die getrennt von ihrer Familie einreisen, gehört für die beiden Experten auf die Agenda, ebenso wie eine bessere psychosoziale Unterstützung traumatisierter Kinder sowie von Privatpersonen, die Kinder bei sich aufnehmen. Kitas und Heime wiederum müssten mehr Betreuer und Erzieher sowie pädagogische Unterstützung erhalten, forderten sie. Über Sofortmaßnahmen hinaus müsse sich die Politik Gedanken machen über eine dauerhafte Integration von Kindern, denen die Rückkehr in ihre Heimat auf absehbare Zeit verwehrt bleibe. Die Sachverständigen mahnten an, dass die Belange der Kinder, aus welchen Ländern auch immer sie kommen, bei den Haushaltsverhandlungen „nicht unter die Räder kommen“ dürften.

„Wahnsinnig dynamisch“ sei die Situation rund um die aus der Ukraine geflüchteten Kinder und Jugendlichen, sagte Sedlmayr. Niemand wisse, wie lange der Krieg dauere, welchen Verlauf er nehmen werde und wie sich die Lage in den umkämpften Gebieten gestalte. Für die meisten Geflüchteten werde es „sehr schwierig in Kürze in der Ukraine wieder ein geordnetes Leben zu führen“. Schätzungsweise 300.000 Kinder aus der Ukraine hielten sich derzeit in Deutschland auf. Nicht alle hätten bislang einen Antrag auf Asyl gestellt. Aktuell seien 138.670 ukrainische Kinder an Schulen in Deutschland gemeldet, erläuterte der Unicef-Vertreter weiter.

Mehr Fachpersonal „Die Zahl derer, die nicht damit rechnen bald zurückzukehren, wird steigen“, sagte Sedlmayr. Aber auch wenn nur eine kurze Aufenthaltsdauer absehbar sei, solle man die Integrationsbemühungen für diese Kinder verstärken. Man müsse ihnen Freizeit und Bildungsangebote machen. Neben privatem und ehrenamtlichem Engagement brauche es mehr Fachpersonal in Betreuungseinrichtungen. Sedlmayr regte zudem an, den mit geflüchteten Kindern befassten nachgeordneten Behörden klare Handreichungen zu geben, um diese in die Lage zu versetzen,

angemessene Entscheidungen im Sinne des Kindeswohls zu treffen.

Sophia Eckert mahnte, die Kinder nicht allein der Zuständigkeit der Ausländerbehörden zu überlassen, sondern frühzeitig und dauerhaft die Jugendämter einzuschalten. Wer Kinderschutz ernst nehme, müsse bei Kindern und Jugendlichen, „die ohne ihre Kernfamilie einreisen, die Datenerfassung bei der Einreise von den Jugendämtern“ vornehmen lassen.

Am besten seien Kinder in ihrer eigenen oder in einer Pflegefamilie aufgehoben. Diese Familien müssten künftig für die aufgenommenen Kinder statt der Zuwendungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz Mittel nach dem Achten Sozialgesetzbuch beziehen können. Es gehe darum, die Kinder schnell „aus Fluchtkontexten in Regeldienstleistungen für Kinder der Mehrheitsgesellschaft“ zu überführen, sagte sie. Die Reform des Aufenthalts- und Bleiberechts müsse zu Verbesserungen für die Betroffenen führen. Die Geflüchteten bräuchten eine Perspektive für die Zeit nach Auslaufen ihres Schutzstatus. „Gut Integrierten“ könne eine Ausweitung des Aufenthaltsstatus gewährt werden, schlug Eckert vor. Zudem müsse die Möglichkeit des Familiennachzugs für schutzberechtigte Geschwister geschaffen werden. Lucas Lyppe ||

Mehr Hilfe für Ostdeutschland

STRUKTURFÖRDERUNG Die Menschen in den neuen Bundesländern sind durch Inflation, steigende Energiepreise und das geplante Öl-Embargo gegen Russland besonders betroffen. Denn im Mittel sind Löhne und Haushaltseinkommen in Ostdeutschland niedriger als im bundesdeutschen Durchschnitt und durch einen Stopp der Öllieferungen aus Russland sind tausende Arbeitsplätze in den Raffinerien in Leuna und Schwedt gefährdet. Zumindest darüber sind sich die Abgeordneten des Bundestags einigermaßen einig.

Doch den Fraktionen von CDU/CSU und Die Linke reicht die aktuelle Ostdeutschland-Politik nicht, beide stellten deshalb jeweils einen Antrag zur Förderung der neuen Bundesländer. Im Unions-Antrag (20/2346) heißt es, dass mit der „Riemser Erklärung“ vom 13. Juni 2022, verhandelt von Bundeskanzler Scholz und den Ministerpräsidenten und Ministerpräsidentinnen der ostdeutschen Länder, zwar ein wichtiger Schritt getan worden sei, um „Ostdeutschland zu einer der innovativsten und leistungsstärksten Regionen Europas zu machen.“ Doch um die Erfolgsgeschichte Ostdeutschlands seit der Wiedervereinigung fortschreiben zu können, müssten der Erklärung nunmehr Taten folgen. Die Union fordert deshalb unter anderem, die Schienenverbindung nach Polen und Tschechien weiter zu verbessern und deutlich schneller auszubauen. Außerdem müsse die Versorgung der Raffinerien in Leuna und Schwedt mit Rohöl gesichert werden. Zudem solle das gemeinsam mit den Ländern gefasste Ziel der Verbesserung der Repräsentanz von Ostdeutschen in Führungs- und Leitungspositionen „mit Leben gefüllt werden“.

Die Linke forderte in ihrem Antrag (20/2334) einen „Schutzschirm für Ostdeutschland“. Um die Folgen von Inflation und Öl embargo abzufedern, müsse unter anderem an den Standorten Schwedt und Leuna der Betrieb langfristig gesichert werden. Zudem solle die Bundesregierung eine Beschäftigungsgarantie für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer abgeben und einen Rettungsfonds für Unternehmen in Ostdeutschland und in strukturschwachen Regionen einrichten. Weiterhin, so schreiben die Linken, müsse das Neun-Euro-Ticket „zumindest“ bis Ende des Jahres verlängert und die Treibstoffpreise müssten kompensiert werden, indem die Mineralölkonzerne mit einer Übergewinnsteuer zur Verantwortung gezogen und die Mittel an die Verbraucherinnen und Verbraucher zurückgegeben werden. Beide Anträge wurden abgelehnt.

emu |

Bremse für Vorkaufsrecht

WOHNEN Der Bundestag hat am vergangenen Donnerstag Anträge der Fraktionen Die Linke und AfD (20/236, 20/2362) sowie einen Gesetzentwurf der Linken (20/679) zum Thema kommunales Vorkaufsrecht in Milieuschutzgebieten abgelehnt. Während sich Die Linke in ihren Vorlagen für eine Wiederherstellung der behördlichen Praxis stark gemacht hatte, sprach sich die AfD-Fraktion gegen eine Ausweitung der Praxis aus.

Laut Baugesetzbuch (BauGB) steht den Kommunen im Falle des Verkaufs von Grundstücken in bestimmten Gebieten ein Vorkaufsrecht zu. Im November 2021 stoppte das Bundesverwaltungsgericht die Anwendung faktisch jedoch. Die Richter urteilten, es dürfe bei der Ausübung des Vorkaufsrechts nur darauf ankommen, dass die von der Gemeinde festgelegten Erhaltungsziele zum Zeitpunkt des Verkaufs eingehalten werden. Die Absichten von Käufern in der Zukunft dürfen keine Rolle spielen.

Um die gängige behördliche Praxis wieder zu ermöglichen, hatte die Linkenfraktion vorgeschlagen, den Passus im Baugesetzbuch so zu ändern, dass es in den Erhaltungsgebieten auch auf die zukünftige Nutzung des Grundstücks ankommt. In ihrem Antrag forderte sie die Bundesregierung außerdem auf, „sofort einen Gesetzentwurf für ein rechtssicher anwendbares gemeindliches Vorkaufsrecht in Milieuschutzgebieten vorzulegen“. Beide Initiativen wurden von den übrigen Fraktionen gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt.

Die AfD stützte in ihrem Antrag die Position des Gerichts. Außerdem sprach sie sich dafür aus, „grundsätzlich Marktmechanismen den Vorzug vor staatlichen Eingriffen zu geben“. Im Falle eines Vorkaufs sollte etwa der Erwerb durch Mietergemeinschaften zu erleichtert werden. Auch dieser Antrag wurde mit den Stimmen der anderen Fraktionen abgelehnt.

Die Koalitionsfraktionen kündigten einen eigenen Gesetzentwurf der Bundesregierung zum Vorkaufsrecht an, räumten allerdings ein, dass es hierzu unterschiedliche Positionen innerhalb der Koalition gebe. Während SPD und Grüne die Praxis des Vorkaufsrechts befürworten, steht die FDP ihr kritisch gegenüber.

joh |



Um Gas für den Winter einspeichern zu können, soll es weniger zur Stromerzeugung genutzt werden. Das sollen Kohlekraftwerke übernehmen, die nun doch länger am Netz bleiben dürfen.

© picture-alliance/dpa/Oliver Berg

»Wir haben eine Gaskrise«

ENERGIEVERSORGUNG Bundesklimaschutzminister Robert Habeck ruft die Alarmstufe aus

Alarmstufe Gas, längere Laufzeiten für Kohlekraftwerke, Milliarden für Gasversorger - Robert Habeck (Grüne) macht ernst. Denn die Lage ist ernst. „Grund zur Beunruhigung ist durchaus gegeben“, sagte der Bundeswirtschafts- und Klimaschutzminister am Mittwoch, als er die Abgeordneten im Ausschuss über den Stand der Dinge in Sachen Energieversorgungssicherheit informierte. Und meinte damit vor allem die gedrosselten Gaslieferungen aus Russland über die Nordstream-1-Pipeline. Bis vor Kurzem sei die Befüllung der Gasspeicher gut gelaufen, täglich habe sich der Füllstand um ein weiteres Prozent erhöht, so dass man jetzt bei einem Füllstand von rund 60 Prozent liege. Vor Winterbeginn sollen es 90 Prozent sein. Was erreichbar gewesen wäre, wenn Russlands Präsident Wladimir Putin den Gasfluss nicht in zwei Schritten auf jetzt nur noch 40 Prozent des vereinbarten Lieferumfangs reduziert hätte.

»Es ist notwendig, alle Optionen in den Blick zu nehmen - auch die Kernkraft.«

Jens Spahn (CDU)

Energie als Waffe Die nicht gelieferten Mengen entsprächen täglich der Flüssiggasladung eines kompletten LNG-Tankers, sagte Habeck, der die Drosselung für ein politisches Manöver hält, das einem Muster folge: Russland verknappe Liefermengen, um einspeicherbares Gas zu verringern, die Preise in die Höhe zu treiben und den

Druck auf die deutsche Wirtschaft und Bevölkerung zu erhöhen. Im Bundestag nannte Habeck das Vorgehen des russischen Präsidenten einen „Angriff auf die freiheitlich-demokratische Grundordnung“, den es „mit allem, was wir haben“, zurückzuweisen gelte. Zusätzlich erschwert wird das Erreichen des Ziels einer 90-Prozent-Befüllung der Gasspeicher durch den Umstand, dass durch die Ostsee-Gaspipeline im Juli wegen planungsmäßiger Wartungsarbeiten über mehrere Tage gar kein russisches Gas nach Deutschland fließen wird. Und die Sorge ist groß, dass Russland danach seine Lieferungen nicht wieder aufnimmt. Ein vollständiges Ausbleiben der Lieferungen könnte zu Unternehmenspleiten führen, sagte Habeck. Die nicht gelieferten Mengen müssten deshalb teilweise anderswo eingespart werden: Teilweise könnten sie ersetzt werden, durch Lieferungen aus Norwegen, den Niederlanden, durch LNG aus EU-Nachbarstaaten, teilweise müsse Gas zugekauft werden - unter anderem mit KfW-Krediten in Milliardenhöhe. Viel Geld wird auch zur Verfügung gestellt, um, wie im Fall von Gazprom Germania, einem Schlüsselunternehmen für die Gasversorgung in Deutschland, das von der Bundesnetzagentur treuhänderisch geführt wird, eine drohende Insolvenz durch Sanktionen von russischer Seite abzuwehren.

Am Donnerstag ging Habeck den nächsten Schritt und aktivierte die Alarmstufe im Notfallplan Gas, die zweite von drei Eskalationsstufen. „Gas ist von nun an ein knappes Gut in Deutschland“, sagte der Minister. Zwar seien die Gasspeicher überdurchschnittlich gut gefüllt und auch die Gasversorgung sei momentan noch stabil. Aber: „Die aktuelle Lage darf uns nicht in einer falschen Sicherheit wiegen.“ Mit der Alarmstufe könnte das Wirtschaftsministerium die Energiekonzerne entlasten, die momentan zu teuren Weltmarktpreisen Gas zukaufen müssen, das sie wegen langfristigen Verträgen aber preiswert an Kunden in der Wirtschaft und in privaten Haushalten weitergeben. Eine Änderung des Energiesicherungsgesetzes, die im Mai im Bundestag verabschiedet wurde, räumt den Energielieferanten zwar im Fall der Alarmstufe die Möglichkeit ein, die Preise direkt weiterzugeben - an den laufenden Verträgen vorbei. „Das ist aber kein Automatismus, und deswegen werden wir das heute nicht ziehen“, sagte Habeck. Aber auch der Minister rechnet mit weiteren Preissteigerungen.

Kohle rein, Gas raus. Die Alarmstufe ist auch eine Voraussetzung für die Pläne der Bundesregierung, Kohle-Kraftwerke wieder ans Netz zu holen, um weniger Gas zur Stromproduktion nutzen zu müssen - und mehr Gas für den Winter einspeichern zu können. Das entsprechende Gesetz (20/2356) „zur Bereithaltung von Ersatzkraftwerken zur Reduzierung des Gasverbrauchs im Stromsektor im Fall einer drohenden Gasmangellage durch Änderungen des Energiewirtschaftsgesetzes und weiterer

energiewirtschaftlicher Vorschriften“ wurde am Freitag in erster Lesung beraten und soll am 8. Juli im Bundesrat beschlossen werden. Die Maßnahmen sollen für einen befristeten Zeitraum gelten und enden spätestens am 31. März 2024. Das Ziel, den Kohleausstieg idealerweise im Jahr 2030 zu vollenden und die Klimaziele zu erreichen, soll davon unberührt bleiben.

Darüber hinaus hat Habeck die Idee eines Gas-Auktionsmodells ins Spiel gebracht, das finanzielle Anreize für die Industrie vorsieht, wenn sie Gas spart. Der Unionsfraktion ist das alles zu spät, zu wenig, zu planlos. Auf Verlangen von CDU/CSU befasste sich der Bundestag am Donnerstag in einer aktuellen Stunde mit dem Thema „Kälte-Winter verhindern - Jetzt entschlossen und pragmatisch vorsorgen“. Wenn die Regierung, wie in der Vergangenheit behauptet, „auf alles vorbereitet“ zu sein, was Putin noch tun könnte - warum wird dann „sozusagen über Nacht“ die Alarmlage verkündet, fragte Jens Spahn (CDU). Warum die Entscheidung für die Kohle erst jetzt? Und wenn die Lage so ernst sei, dann sollte man doch alle Optionen in den Blick nehmen - dazu gehörten dann auch die Kernkraftwerke: Der Klimaschutzminister konkretisierte Spahns Vorhaltungen: „Wir haben uns darauf vorbereitet“, sagte Habeck. Die aktuellen Maßnahmen seien „exakt das Ergebnis dieser

Vorbereitungen“. Habeck sprach vom Vorsorgeparadoxon: Es sei Sommer, alle wollten nach zwei Jahren Corona wieder frei sein - aber politisch stehe der Winter vor der Tür. Jetzt die Alarmstufe auszurufen, sende deshalb ein wichtiges Signal: „Wir haben eine Gaskrise in Deutschland.“

Kritik an Union Nina Scheer (SPD) erinnerte daran, dass die Ampelkoalition „schon viel auf den Weg gebracht“ habe und nannte das Gasspeichergesetz, den LNG-Bereich, das Energiesicherheitsgesetz, das regelt, was zu tun sei, wenn eine Gasmangellage eintrete, und die Ersatzkraftwerkerebereitstellung. „Wo waren sie eigentlich, als die kritische Infrastruktur in die Hände von Staaten gelangt ist, die nichts mit unseren Interessen gemein haben?“, fragte Michael Kruse (FDP) an Jens Spahn gerichtet. Ein grüner Wirtschaftsminister müsse jetzt erledigen, was die Union in 16 Jahren „nicht auf die Kette gekriegt“ habe. Der AfD-Politiker Sebastian Münzenmaier sagte, „der drohende Kältewinter“ und die „enormen Preisexplosionen sind die Folge Ihrer verfehlten Energiepolitik.“ Auf die sozialen Folgen der Krise machte Ralph Lenkert (Die Linke) aufmerksam: Energie müsse bezahlbar bleiben - und trotzdem dürfe der Klimaschutz nicht vergessen werden. Die Linke fordere deshalb eine staatliche Preisaufsicht - und den beschleunigten Ausbau der Erneuerbaren.

»Der Bundestag hat bereits viel auf den Weg gebracht, aber es reicht nicht.«

Ralph Lenkert (Die Linke)

Michael Schmidt |

Streitpunkt Abstandsregeln

ENERGIEWENDE Bundestag berät Gesetzespaket für den beschleunigten Ausbau erneuerbarer Energien

Unabhängigkeit von russischen Kohle-, Öl- und Gas-Importen ist das eine akute und dringlich zu lösende Problem deutscher Energiepolitik. Das eigentliche aber ist das Erreichen der Unabhängigkeit von fossilen und die Umstellung auf erneuerbare Energien: Wind, Sonne, Biogas. In einem ersten Schritt hat die Ampelkoalition aus SPD, Grünen und FDP deutlich ambitioniertere Ausbauziele als bisher definiert: Bis 2045 will Deutschland Klimaneutralität erlangt haben. Die Stromversorgung soll bereits 2035 nahezu vollständig auf Erneuerbaren beruhen.

Flächenvorgaben In einem weiteren Schritt geht es jetzt um das Wo und Wie des Ausbaus, der massiv beschleunigt werden soll, weshalb Planungs- und Genehmigungsprozesse entschlackt und Hindernisse beseitigt werden sollen. Um die Klimaziele zu erreichen, so sieht es das Windanland-Gesetz (20/2355) vor, sollen bis 2032 zwei Prozent des Landes für Windräder ausgewiesen werden. Das erfordert mehr als eine Verdoppelung der aktuell ausgewiesenen Fläche. Derzeit sind ledig-

lich rund 0,8 Prozent der Bundesfläche für die Windenergie an Land ausgewiesen. Tatsächlich genutzt werden sogar nur 0,5 Prozent. Widerstand von Anwohnern und Naturschützern sowie über Jahre sich hinziehende Genehmigungsverfahren bremsen die Planungen. Um das Zwei-Prozent-Flächenziel durchzusetzen, macht das Wind-



Auf Abstand: Windrad und Wohngebäude

flächenbedarfsgesetz klare Vorgaben für jedes Bundesland. Berlin zum Beispiel muss bis Ende 2026 0,25 Prozent ausweisen und bis 2032 0,5 Prozent; Bayern 1,1 beziehungsweise 1,8 Prozent; gleiches gilt für Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen, während Länder mit mehr Wind wie Mecklenburg-Vorpommern Vorgaben von 1,4 beziehungsweise 2,1 Prozent haben. Zwar können die Abstandsregeln für Windräder zu Wohngebäuden zunächst in Kraft bleiben. Verfehlt ein Bundesland aber seine verbindlich festgelegten Flächenvorgaben, werden diese Regelungen hinfällig. Klimaschutz-Minister Robert Habeck (Grüne) hatte versucht, die Bundesländer in Einzelgesprächen zu einer freiwilligen Ausweitung ausgewiesener Windenergie-Flächen zu bewegen, war aber vor allem in Bayern und Thüringen, auf heftigen Widerstand gestoßen.

Für das Erreichen der Ausbau-Ziele wird zudem das Naturschutz-Recht (20/2354) verändert. „Der Betrieb von Windenergieanlagen liegt im überragenden öffentlichen Interesse und dient der öffentlichen Sicherheit“, heißt es dort nun. Entsprechend werden die

Flächen, die für Windräder infrage kommen, ausgeweitet. Mit der Novelle wird zum Beispiel rechtlich sichergestellt, dass auch Landschaftsschutzgebiete in bestimmtem Umfang in die Suche nach Flächen für Windräder einbezogen werden können. Zudem sieht der Gesetzentwurf bundeseinheitliche Standards für die artenschutzrechtliche Prüfung vor. Parallel dazu soll aber zum dauerhaften Schutz insbesondere der durch den Ausbau der Windenergie betroffenen Arten das Bundesamt für Naturschutz damit betraut werden, nationale Artenhilfsprogramme aufzustellen und die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, wobei zu deren Finanzierung auch Anlagenbetreiber beitragen sollen, die aufgrund der neuen Vorschriften in den Genuss einer artenschutzrechtlichen Ausnahme gelangen.

Flankierende Gesetze Beide Vorhaben, das „Gesetz zur Erhöhung und Beschleunigung des Ausbaus von Windenergieanlagen an Land“ und das „Vierte Gesetz zur Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes“ wurden am Freitagnachmittag im Bundestag erstmals beraten.

Mit Mehrheit verabschiedet wurde am selben Tag das „Gesetz zur Änderung des Energiewirtschaftsrechts im Zusammenhang mit dem Klimaschutz-Sofortprogramm und Anpassungen im Recht der Endkundenbelieferung“ (20/1599). Mit ihm wird das Ziel der Treibhausgasneutralität 2045 als Leitgedanke in das Energiewirtschaftsgesetz aufgenommen. Um dieses Ziel zu erreichen, braucht es neben dem Ausbau der Erneuerbaren auch einen forcierten Ausbau der Netze, damit Strom zum Beispiel vom windreichen Norden in den weniger windreichen Süden transportiert werden kann. Der Bundesbedarfsplan soll entsprechend aktualisiert werden, 19 neue Netzausbauvorhaben aufgenommen werden. Einen Antrag der Union (20/2345) mit dem Titel „Beschleunigter Ausbau der erneuerbaren Energien - Potenziale nutzen, Bürokratie abbauen, Anreize schaffen“ und einen Antrag der AfD (20/2361) mit dem Titel „Kollisionsgefährdung von Vögeln durch deutsche Windkraftanlagen minimieren - Vogelfreundliche Konzepte erforschen und umsetzen“ überwiegt der Bundestag an die Ausschüsse.

mis |

Bei der drastischen Beschreibung der Inflations-Nöte gerade von Haushalten mit kleineren Einkommen herrschte Einigkeit im Bundestag: Dramatisch sei die Lage. Ansonsten attackierten sich Koalition und Opposition, als die Abgeordneten am Donnerstag über einen Antrag der CDU/CSU-Fraktion (20/2349) mit dem Titel „Teuerspirale beenden – Bürgerinnen und Bürger schnell und wirksam entlasten“ debattierten. Julia Klöckner (CDU) rief nach einer „Bundesregierung, die schlichtweg handelt statt nur Zustände beschreibt oder Stückwerk betreibt“. Helle Empörung andererseits bei Michael Schrödi (SPD): Der Ampelkoalition eine Teilschuld an der Inflation zu geben, das sei „Populismus, unanständig, falsch und völlig unangemessen“, wettete er in Richtung Union.

Dies war freilich nicht der Tenor der Klöckner-Rede. Ihr ging es darum, die Koalition aufzufordern, sofort massive Maßnahmen gegen die Folgen der Inflation zu ergreifen. Wo nach Meinung ihrer Fraktion unverzüglich Handlungsbedarf besteht, wird in dem Antrag aufgelistet. Doch damit konnte sich die Union nicht durchsetzen. Sie allein stimmte dafür, die Linksfraktion enthielt sich, die übrigen Fraktionen votierten dagegen. Später ging es im Bundestag noch um einen Antrag der Linksfraktion (20/2077), keine Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel zu erheben. Der Antrag wurde an den Finanzausschuss überwiesen, ein Antrag der AfD (20/1034, 20/2397) wurde von allen anderen Fraktionen abgelehnt. Die AfD hatte vorgeschlagen, die Steuer auf Kraftstoffe, die CO₂-Abgabe und die Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel befristet aussetzen.

Inflationsgewinner Mehrere Oppositionsredner wiesen darauf hin, dass der Staat über die Mehrwertsteuer an den gestiegenen Lebensmittelpreisen mitverdient. Auch nach Klöckners Darstellung ist der Staat Inflationsgewinner. So zahlten die Bürger durch die kalte Progression in diesem Jahr 13,5 Milliarden Euro zu viel an Lohnsteuer. Doch der Finanzminister wolle auf die heimliche Steuererhöhung erst im nächsten Jahr reagieren. Die Union fordere, den Steuertarif rückwirkend zum 1. Januar dieses Jahres anzupassen, um die Bürger sofort zu entlasten. Wenn es bei einer Inflation von acht Prozent bleibe, sei in knapp zehn Jahren die Hälfte der Kaufkraft verlorengegangen. „Zaudern Sie nicht, sondern handeln sie jetzt“, forderte die CDU-Abgeordnete die Koalition auf.

Michael Schrödi (SPD) verwies auf die von der Koalition auf den Weg gebrachten Entlastungspakete mit einem Umfang von 30 Milliarden Euro. Die inflationsbedingten Mehreinnahmen des Staates würden teilweise über diese Pakete zurückgegeben. Für Millionen Deutsche werde sich das Netto-Einkommen von Juli an erhöhen. Dies federe die Preissteigerungen ab. Inflationsursachen seien der Ukraine-Krieg und die Störung der Lieferketten durch die Pandemie. Beides liege nicht in der Verantwortung der Koalition.

Kay Gottschalk (AfD) befand, die galopierende Inflation sei seit mehr als fünf Jahren ein Thema. Er machte dafür insbesondere die Europäische Zentralbank (EZB) verantwortlich, der es mit ihrer



Der Staat isst mit

INFLATION Opposition fordert nach den Entlastungspaketen weitere Hilfen gegen Preissteigerungen

Der Gang in den Supermarkt wird heutzutage zu einem Inflationserlebnis.

© picture-alliance/Frank Hoermann/SVEN SIMON

Geldpolitik um die Rettung der Defizitstaaten im Süden der EU gegangen sei. Diese Länder hätten über ihre Verhältnisse gelebt. In sie seien Billionen von Euro an Steuergeldern auch aus Deutschland geflossen, ohne die sie längst pleite wären. Er sprach von einer „Teuro-Spirale“, für die auch die Union mitverantwortlich sei. Wer den Ukraine-Krieg als Ursache für die Inflation im Energiesektor anführe, erzähle Lügengeschichten. Tatsächlich gehe es um verfehlte Energiepolitik.

Andreas Audretsch (Grüne) sah im „Raus aus fossilen Energien“ die richtige Antwort auf die steigenden Energiepreise. Damit werde auch die Klimapolitik angegangen. Er lenkte ebenso den Blick auf die Entlastungspakete von 30 Milliarden Euro, die auch die dramatisch steigenden

Lebensmittelpreise abfederten. Bei der Bekämpfung der Inflation müssten die Ursachen angegangen werden, statt zu Taschenspieler-Tricks zu greifen. Der russische Präsident Wladimir Putin werde die Energiepreise weiter als Waffe verwenden, so dass die gegenwärtige Krise nicht kurzfristig enden werde. Die Koalition stelle bei ihren Maßnahmen die Menschen, die wirklich Hilfe brauchen, in den Mittelpunkt.

Janine Wissler (Linke) sagte, angesichts der steigenden Preise für Energie und Nahrungsmittel stelle sich für viele die Frage, ob sie Mahlzeiten auslassen müssten oder im Winter noch die Wohnung heizen könnten. Die Entlastungspakete der Koalition seien unzureichend und nicht zielgerichtet. Nötig seien staatliche Preiskontrollen für Strom, Öl und Gas. Finanzminister Christian Lindner (FDP) habe mit dem Tankrabatt vorgeführt, wie es nicht gehe. Es seien Extragewinne in die Kassen der Konzerne geflossen. Auf die skandalöse Umverteilung müsse mit einer Übergewinnsteuer reagiert werden.

Markus Herbrand (FDP) hob hervor, dass für die Geldpolitik die Europäische Zentralbank verantwortlich sei. Die Politik könne die Inflationsfolgen nur abfedern. Dies leiste die Koalition auch mit dauerhaft wirkenden Maßnahmen wie der Anhebung des Grundfreibetrags bei der Steuer und der Abschaffung der EEG-Umlage. Die CDU/CSU-Fraktion bleibe die Antwort darauf schuldig, woher das Geld für ihre vielen kleinteiligen Forderungen kommen solle. **Franz-Ludwig Averdunk** ■

Mangel an Lkw-Fahrern

VERKEHR Antrag zur Kraftfahrerqualifikation abgelehnt

Die CDU/CSU-Fraktion ist mit ihrer Forderung nach einer Reform des Berufsfahrerqualifikationsgesetzes zur Bekämpfung des Lkw- und Busfahrer-mangels gescheitert. Der Bundestag lehnte den entsprechenden Antrag der Union (20/2343) am Freitag mit den Stimmen der Ampelkoalition ab. Die AfD- und die Linksfraktion enthielten sich der Stimme. Einig waren sich alle Fraktionen in der Einschätzung, dass es der Transport- und Logistikbranche an ausreichend Fahrern fehlt. So gaben bei einer Umfrage des Ifo-Instituts im Juli 2021 insgesamt 42,6 Prozent der Betriebe an, Probleme bei der Suche nach qualifiziertem Personal zu haben. Weiter verschärft wird die angespannte Lage durch den Ukraine-Krieg und den damit verbundenen Ausfall von Fahrern aus Osteuropa.

In ihrem Antrag spricht sich die Union unter anderem dafür aus, die Kosten für den Erwerb der Führerscheine für den Güter- und den Personenverkehr zu senken. Zudem müssten die Ausbildungsstandards innerhalb der EU vereinheitlicht, das Ablegen der Qualifikation in ausgewählten Fremdsprachen ermöglicht und Führerscheine aus dem Ausland unbürokratisch anerkannt werden. Ebenso fordert die Union eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen durch den Bau sicherer Raststätten mit sanitären Anlagen und einem verbesserten Lärmschutz, um die Erholung der Fahrer zu gewährleisten. Die Redner der übrigen Fraktionen beschneigten die Union zwar, einige richtige Ansatzpunkte in ihrem Antrag aufzuführen, allerdings löse er die strukturellen Probleme nicht. **aw** ■

Eine Frage des Antriebs

UMWELT AfD will Aus für Verbrennermotoren verhindern

Die AfD-Fraktion fordert die Bundesregierung auf, den Vorschlag der Europäischen Kommission für eine Verschärfung der CO₂-Emissionsnormen für neue Personenkraftwagen und für neue leichte Nutzfahrzeuge im EU-Ministerrat am 28. Juni abzulehnen. Die Verschärfung der Emissionsnormen würde auf ein faktisches Verbot der Neuzulassung von Fahrzeugen mit Benzin- und Dieselmotoren ab 2035 in der EU hinauslaufen, heißt es in dem Antrag (20/2350), den der Bundestag am Donnerstag erstmals beriet und gegen den Willen der AfD mit den Stimmen aller anderen Fraktionen zur weiteren Beratung in den Unterausschuss überwies. Die AfD hatte mit Verweis auf den bevorstehenden Ministerrat auf sofortige namentliche Abstimmung des Antrags ge-

drungen, konnte sich damit aber nicht durchsetzen. Sie befürchtet, dass mit dem Aus für Benzin- und Dieselmotoren die deutsche Automobilindustrie einen großen Wettbewerbsvorteil verliert. Es stünden tausende von Arbeitsplätzen auf dem Spiel. Auch bei der CDU/CSU und der FDP ist der geplante Stopp für Neuzulassungen von Benzin- und Dieselmotoren höchst umstritten. Beide Fraktionen plädierten für Technologieoffenheit bei den Motoren und die Förderung synthetischer Kraftstoffe und der Wasserstoff-Technologie, um die Klimaziele zu erreichen. Sozialdemokraten und Grüne hingegen verteidigten die geplante Reduzierung der CO₂-Emissionen und sprachen sich für einen verstärkten Ausbau der E-Mobilität und der benötigten Infrastruktur aus. **aw** ■

Nur Bares ist Wahres

DIGITALGELD AfD misstraut den neuen EZB-Produkten

Die AfD lehnt die Schaffung eines zentralen digitalen Euro wegen der damit verbundenen Probleme für Sparkassen und Banken ab. Durch einen digitalen Euro könnte die Europäische Zentralbank (EZB) in Konkurrenz zu den Geschäftsbanken treten, warnt die Fraktion in gleich zwei Anträgen (20/2357, 20/2359), die am Donnerstag vom Bundestag an den Finanzausschuss überwiesen wurden. Digitales Zentralbankgeld würde keinem Ausfallrisiko unterliegen, weshalb Bankkunden ihre Sichteinlagen bei den Geschäftsbanken vermehrt in Zentralbankgeld umtauschen würden, heißt es im ersten Antrag, in dem die Bundesregierung aufgefordert wird, sich für das Weiterbestehen der Möglichkeit der Bargeldzahlung einzusetzen und sicherzustellen, dass das Vorhaben der EZB nicht zu einem Erodieren des Geschäfts-

modells von regionalen Kreditinstituten führt. Sichergestellt werden müsse auch, dass die EZB nicht als Konkurrenz zu den Geschäftsbanken in den Markt eintrete. Die Notwendigkeit des Erhalts des Bargelds wird damit begründet, dass Zahlungen in bar einfach, endgültig, robust, unabhängig und anonym seien. In ihrem zweiten Antrag verweist die AfD-Fraktion auf die erheblichen Risiken eines digitalen Zentralbankgeldes. Die Zunahme von digitalen Zahlungsweisen führe zu einem veränderten Konsumverhalten, wodurch immer mehr junge Menschen überschuldet seien oder weniger Geld sparen würden als die ältere Generation. Im Falle eines flächendeckenden Stromausfalls sei die digitale Zahlungsverkehr nicht möglich. Analoge Infrastruktur wie das Bargeld seien dann wichtiger denn je. **hle** ■

KURZ NOTIERT

Finanzamtszinsen sinken auf 0,15 Prozent im Monat

Der Zinssatz für Nachzahlungs- und Erstattungsleistungen für Steuerzahler wird in Zukunft 0,15 Prozent pro Monat betragen. Der Bundestag stimmte am Donnerstag mit Koalitionsmehrheit dem von der Bundesregierung eingebrachten Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung der Abgabenordnung und des Einführungsgesetzes zur Abgabenordnung (20/1633, 20/2387) zu. Der Zinssatz betrug bisher sechs Prozent im Jahr. Mit der Neuregelung wird den Forderungen des Bundesverfassungsgerichts Rechnung getragen, den Zinssatz für diese Zinsen ab 2019 rückwirkend verfassungskonform auszugestalten.

Bierwürze soll von der Steuer befreit werden.

Die Bundesregierung will aufgrund von EU-Vorgaben verschiedene Verbrauchsteuern ändern und unter anderem Bierwürze von der Biersteuer befreien. Diesem Ziel dient der von ihr eingebrachte Entwurf eines Achten Gesetzes zur Änderung von Verbrauchsteuergesetzen (20/2247), der am Donnerstag vom Bundestag an die Ausschüsse überwiesen wurde. Der Bundesrat forderte in seiner Stellungnahme zu dem Gesetzentwurf Entlastungen für kleine Brauereien. 90 Prozent der Braustätten hätten einen Jahresausstoß von bis zu 50.000 Hektolitern. Auf sie würden knapp sieben Prozent der Gesamtjahreserzeugung in Deutschland entfallen. Die kleinen und mittleren Brauereibetriebe seien „Garant für brautechnisches Können und höchste Qualitätsansprüche“. **hle** ■

Weiter Uneinigkeit bei Gentechnik

LANDWIRTSCHAFT Union und FDP für Freigabe neuer Methoden in der Pflanzenzucht

Zu später Stunde verfolgte eine Gruppe Landwirte die Bundestagsdebatte am Donnerstagabend auf der Besuchertribüne. Die Auseinandersetzung erinnerte stark an die Kontroversen aus den 1980er Jahren, als unter anderem sogar mit Filmproduktionen wie „Killertomaten“ vor den Gefahren der Gentechnik gewarnt wurde. Auch 40 Jahre später scheint die Akzeptanz für Gentechnik bei Lebensmitteln unter Verbrauchern eher gering zu sein. So schreibt die Bundesregierung auf ihrer Website: „Gentechnik in Lebensmitteln ist für viele Verbraucher ein sensibles Thema, über 80 Prozent der deutschen Verbraucher möchten keine gentechnisch veränderten Lebensmittel kaufen.“

Weltweiter Anbau Ein Großteil der weltweiten landwirtschaftlichen Lebensmittel wie Soja, Mais und Raps werden als gentechnisch veränderte Pflanzen angebaut und sind in den USA, Kanada, Argentinien, Brasilien, China und Indien von den zuständigen Behörden zugelassen. Die EU-Kommission hatte im vergangenen Jahr angekündigt, die derzeit geltenden Rechtsvorschriften für geneveränderte Organismen (GVO) aus dem Jahr 2001 reformieren zu wollen. Wissenschaftlicher und technischer Fortschritt machten Anpassungen nötig, heißt es aus Brüssel.

Den Ball nimmt die CDU/CSU-Fraktion nun auf und fordert eine Reform des gültigen EU-Gentechnikgesetzes. Der Antrag mit dem Titel „Landwirtschaftliche Produktion zukunftsfähig gestalten – Innovationsrahmen für neue genomische Techniken schaffen“ (20/2342) wurde trotz der späten Stunde hitzig diskutiert. „Die Reform des EU-Gentechnikrechts ist dringend erforderlich: Neue Züchtungsmethoden wie Crispr/Cas lassen sich mit ei-



Protest gegen Genmais auf einem Versuchsfeld in Brandenburg.

nem Rechtsrahmen aus den 1980er Jahren nicht regulieren, denn sie unterscheiden sich grundlegend von den konventionellen Formen der Gentechnik“, begründete Oliver Vogt (CDU/CSU) den Antrag. Sein Kollege Alexander Engelhard unterstrich, dass sich „führende wissenschaftliche Institutionen wie die Leopoldina für neue genomische Techniken aussprechen“. Das verdeutliche das Potential der neuen Methoden. Mit dem Antrag zeige die Unions-Fraktion auf, „wie wir die Chancen dieser Techniken verantwortungsvoll zur Ernährungssicherung nutzen können“. Die Ampel hingegen sei auch bei diesem Thema zerstritten: „Rot und Grün bremsen diese Zukunftstechnologien im Ackerbau aus.“ Zustimmung erhielt die Union von den Liberalen. „Crispr/Cas hat das Potential wie damals die Erfindung von Penicillin“, sagte

Gero Hocker (FDP). Mit der Genschere werde es möglich, in den „trockensten Weltgegenden Weizen anzubauen und den Hunger zu besiegen“. Die neuen Züchtungsmethoden seien „eine bahnbrechende Innovation“. Es sei nicht mehr vermittelbar, dass „die dadurch entstehenden Chancen bereits von der ganzen Welt genutzt werden, während Europa und vor allem Deutschland schon bei der Forschung abgehängt sind“, so Hocker.

Viel Skepsis Doch bei den anderen Fraktionen stieß der Antrag auf Ablehnung. Johannes Schätzl (SPD) hält es für zu „risikoreich“, wenn, wie von der Union gefordert, die Krise zeige, dass es „Nachholbedarf“ gebe, sagte Volker Mayer-Lay (CDU). So sei es etwa fraglich, ob der Tankrabatt bei den Menschen ankomme. „Preistransparenz“ beim Verkauf von Kraftstoffen sei gefordert. Mineralölkonzerne müssten zur Offenlegung aller Preisbestandteile verpflichtet werden. Zudem brauche es eine nationale Herkunftsbezeichnung für Lebensmittel sowie ein Vorgehen gegen irreführenden Produktbezeichnungen und Fake-Bewertungen im Internet, so Mayer-Lay. **„Griff in die Trickkiste“** Zum Gegenangriff gingen sogleich die Ampelfraktionen über. Als „Hitparade der Baustellen aus 16 Jahren Regierung“, die wohl der „Traumabewältigung“ dienen solle, bezeichnete Muhana Al-Halal (FDP) den Unionsantrag. Ein „ernstgemeiner Beitrag“ könne er nicht sein, sondern eher ein „Griff in die politische Trickkiste“, meinte auch Nadine Heselhaus (SPD). Ob Nutri-Scores, an Kinder gerichtete Werbung oder das jetzt geforderte Verbraucherinformationsgesetz – stets habe die Union „verbraucherpolitisch auf der Bremse“ gestanden. Die Ampel setze nun das um, was in der Großen Koalition blockiert worden sei. Und Linda Heitmann (Grüne) sekundierte: Landwirtschaftsminister Cem Özdemir arbeite bereits an der europaweiten Kennzeichnung von Lebensmitteln, die Unabhängige Patientenberatung komme voran. Auch das Thema Greenwashing stehe auf der Agenda. Jürgen Braun (AfD) hielt der Union vor, spät die Verbraucherpolitik zu entdecken. Zwar wolle sie nun etwas gegen die steigenden Spritpreise tun, doch ihr Antrag sei nicht „sonderlich originell“. Österreich habe schon lange einen Spritpreismoratorium und erlaube Preisänderungen nur einmal täglich. „Das wäre auch für Deutschland eine Überlegung wert.“ Die Rede des Abgeordneten Ralph Lenkert (Linke) wurde zu Protokoll gegeben. Zum Redaktionsschluss lag dieses noch nicht vollständig vor. **sas** ■

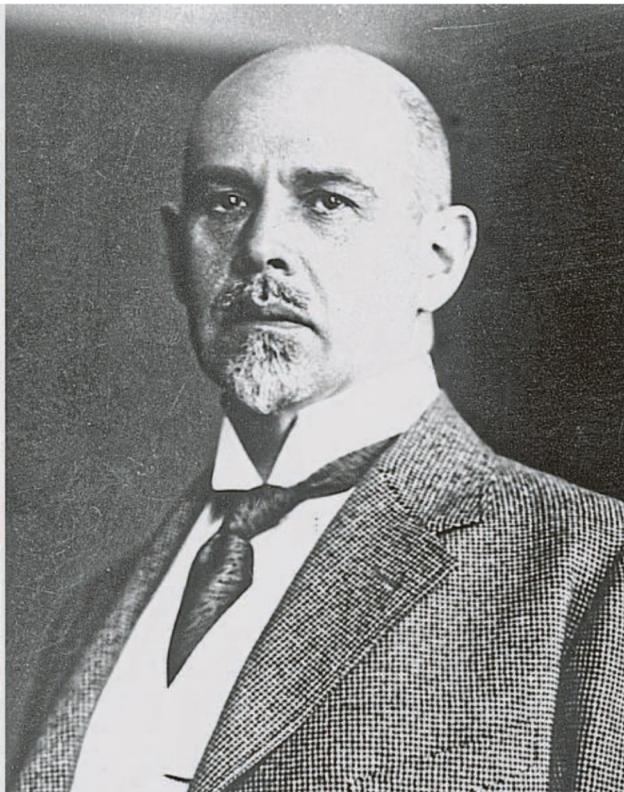
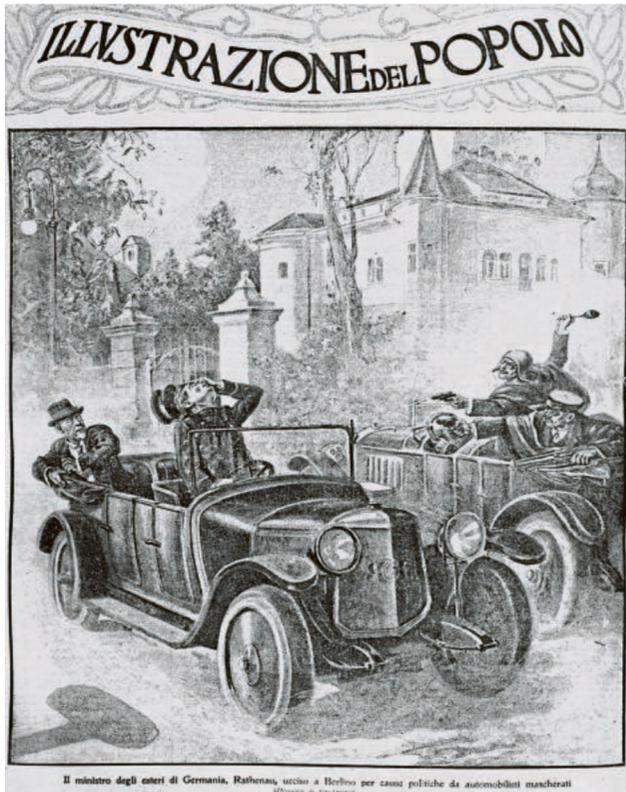
»Es gibt Nachholbedarf«

VERBRAUCHER Union fordert verlässliche Information

Sie wolle eine „starke Stimme für die Verbraucherinnen und Verbraucher“ sein, hatte Steffi Lemke (Grüne) bei ihrem Amtsantritt als Verbraucherschutzministerin vor einem halben Jahr betont. Doch konkrete Initiativen etwa beim angekündigten Recht auf Reparatur lassen seither auf sich warten, wie der Verbraucherzentrale Bundesverband kürzlich monierte. Nun macht auch die Union Druck: Verbraucherinformationen müssten dringend transparenter und vor allem verlässlicher werden, um „bewusste Kaufentscheidungen zu ermöglichen“, fordert die Fraktion in einem Antrag, über den der Bundestag vergangene Woche erstmalig debattierte. Die Krise zeige, dass es „Nachholbedarf“ gebe, sagte Volker Mayer-Lay (CDU). So sei es etwa fraglich, ob der Tankrabatt bei den Menschen ankomme. „Preistransparenz“ beim Verkauf von Kraftstoffen sei gefor-



Transparentere Preise an Tankstellen fordert die Union.



Vor hundert Jahren ermordeten Rechtsextremisten Außenminister Walther Rathenau (Bild Mitte). Linkes Bild: Zeitgenössische Darstellung des Attentats in einer italienischen Illustrierten. Der Mord erschütterte die Weimarer Republik, im Berliner Lustgarten protestierten Hunderttausende am Tag nach der Tat gegen den rechten Terror (Bild rechts).

»Dieser Feind steht rechts«

WEIMARER REPUBLIK Vor hundert Jahren wurde Außenminister Walther Rathenau von Rechtsextremisten ermordet

Ein trüber Himmel an diesem Samstagmorgen, dem 24. Juni 1922: denn es hatte in der Nacht ausgiebig geregnet. Trotzdem besteht Walther Rathenau darauf, während der Fahrt von seiner Villa in der Grunewaldener Königsallee zum Auswärtigen Amt in der Wilhelmstraße in seinem Wagen mit aufgeklapptem Coupe“ kutschiert zu werden. Als der Fahrer in einer Kurve abbremsen muss, wird er von einem bulligen Tourenwagen überholt. In diesem Moment erheben sich in dem anderen Fahrzeug zwei Männer in langen Ledermänteln. Der eine feuert mit einer Maschinenpistole auf Rathenau, der andere wirft eine Handgranate in dessen Auto, wo sie explodiert.

Die Nachricht vom Mord verbreitete sich rasch, sie wurde von einem Teil der Bevölkerung schockiert, vom anderen jedoch mit Genugtuung aufgenommen. Allerdings füllten sich bald die Straßen, um gegen den rechten Terror zu protestieren. Allein im Berliner Lustgarten versammelten sich über eine halbe Million Demonstranten, auch in anderen deutschen Städten kam es zu Kundgebungen und Aufmärschen.

Mordhetze Im Reichstag fand eine Sondersitzung statt, bei der Reichskanzler Joseph Wirth, der als Zentrumsmann den liberalen Rathenau (DDP) zum Außenminister gemacht hatte, den Ermordeten als einen „Freund“ bezeichnete. Er nannte ihn einen „Diener der Republik“ und „Bahnbrecher einer wahren Verständigung der Völker“. Eine Mordhetze bedrohte Deutschland von Königsberg bis Konstanz. Und dann fiel jene Passage, die er in Richtung der Rechten im Parlament schickte, die aber weit darüber hinaus Geschichte machte: „Da steht der Feind, der sein Gift in die Wunden eines Volkes träufelt. Da steht der Feind, und darüber ist kein Zweifel: Dieser Feind steht rechts.“

Walther Rathenau zählt zu den auffälligsten Persönlichkeiten jener Jahre, sogar zu einem Abbild seiner Zeit. So nennt der Historiker Lothar Gall seine Rathenau-Biographie zugleich das „Portrait einer Epoche“. In ihm vereinigen sich viele Fähigkeiten und Qualitäten. Das ergibt sich aus den mannigfaltigen Bereichen, mit denen er sich beschäftigte und in denen er sich versuchte. Als Sohn und Erbe des dynamischen AEG-Gründers Emil Rathenau sah er seine Erfüllung nicht nur in der Rolle eines Wirtschaftsführers. Er betätigte sich als Schriftsteller und Literat, Gesellschaftstheoretiker und Naturwissenschaftler, als Kunstmäzen – und eben als Politiker. Dennoch blieb er bei allem in der Rolle eines „Außenseiters“, wie Gall klassifiziert, „eines auf unterschiedlichen Gebieten dilettierenden reichen Mannes, dem man teils wohlwollend, teils skeptisch begegnete.“ Es hält sich bis heute die Interpretation, Walther Rathenau habe dem Schriftsteller Robert Musil als Vorbild für seinen erfolgreichen Roman „Der Mann ohne Eigenschaften“ gedient. Gall glaubt, Rathenau habe „ein übergreifendes, Richtung gebendes, seine Kräfte konzentrierendes und leitendes Lebensziel letztlich gefehlt“. In den Augen vieler Deutscher erschien er namentlich als Großkapitalist und Jude, an dem sich Diskriminierung und Ablehnung, Hetze und Hass der republikfeindlichen und rechtsextremen Milieus gezielt abladen ließen. „Schlagt tot den Walther Rathenau, die gottverdammte Judensau!“ Dieser Vers wurde ganz ungehemmt in entsprechenden Kreisen intoniert. Der virulente Antisemitismus der Weimarer Republik fand in Rathenau eine adäquate Projektionsfläche.

Doch nicht allein Rathenau geriet damals ins Visier der gewalttätigen Netzwerke der Freikorps und Rechtsterroristen. Im Frühjahr 1919 wurden die beiden Spartakusführer Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg von Freikorps-Soldaten nach endlosen „Verhören“ geradezu massakriert. Am 20. August 1921 erschossen zwei Angehörige der „Organisation Consul“ den Zentrumspolitiker Matthias Erzberger bei einem Spaziergang im Schwarzwald. Auch der erste Reichskanzler Philipp Scheidemann oder der Publizist Maximilian Harden wurden gefährlich attackiert.

Es sind die Namen prominenter Opfer. Aber insgesamt weist die Statistik für die Jahre 1918 bis 1922, so der Historiker Peter Alter, an die 400 politischen Morde aus. Die Motivation: Entweder erhofften sich die Terroristen von rechts einen Aufstand der Linken, um diesen dann schonungslos niederzuschlagen und damit ein autoritäres Regime zu etablieren. Oder man wollte sich mit solchem rücksichtslosen und vulgären Treiben direkt an die Macht putschen.

Staatsstreich So wie Adolf Hitler am 8. und 9. November 1923 in München. Da versuchte er als Anführer der noch jungen Nazi-Partei, nach dem Vorbild der italienischen Faschisten, mit einem Marsch auf Berlin die demokratisch legitimierte Reichsregierung zu stürzen. Auch wenn dieser Staatsstreich scheiterte, war es doch ein gefährliches Wetterleuchten. Zehn Jahre später hatten die Nazis ihr Ziel erreicht, sie hielten die Hebel der Macht in der Hand. Eine Demokratie ohne Demokraten, so ist Weimar immer wieder bezeichnet worden.

»Diener der Republik und Bahnbrecher einer wahren Verständigung der Völker.«

Reichskanzler Joseph Wirth (Zentrum)

Aber diese Republik ist auch an ihren inneren Widersprüchen und retardierenden Vorbehalten gescheitert. Und das betrifft ebenso jene, die sichtbar Verantwortung trugen. Beispielsweise die Justiz. Auf dem rechten Auge blind zu sein: Dies gilt vor allem für viele Richter, die zu zögerlich und äußerst milde mit Verfassungsgegnern und Gewalttätern umgingen. Muss es am Ende vielleicht gleichfalls heißen: eine Demokratie ohne Eigenschaften?

Allerdings fügte es das Datum, dass fast genau zwanzig Jahre nach dem Rathenau-Mord abermals in Berlin auf den Plätzen standen und die Straßen säumten. Da allerdings nicht freiwillig, sondern befohlen. Wieder ging es um ein Begräbnis, nämlich für den SS-Granden Reinhard Heydrich, über viele Jahre Chef des Reichssicherheitshauptamtes und zuletzt auch stellvertretender Reichsprotektor von Böhmen und Mähren. Er hatte am 27. Mai 1942 bei einem Attentat tschechischer Untergrundkämpfer in Prag Verletzungen erlitten, an deren Folgen er starb. Als „Racheakt“ ordnete die NS-Führung die totale Vernichtung des böhmischen Dorfes Lidice in der Nähe von Prag an. Bei der Begräbniszereemonie wurden große Worte bemüht, mit denen Heydrich in den Stand eines „idealen Nationalsozialisten“ versetzt werden sollte. SS-Führer Heinrich Himmler gab vor, wie sein Stellvertreter künftig gesehen werden sollte: „Als tapferer

Kämpfer, als froher und ernster, niemals zu beugender Geist, als Charakter reiner Prägung, edel, anständig und sauber“. Dabei war Heydrich einer der fanatischsten und skrupellosesten Nazi-Funktionäre. Wo Heydrich agierte, herrschte Gewalt, Verbrechen, Vernichtung, Tod. Das galt besonders gegenüber den Juden. Als Organisator der Wannsee-Konferenz am 20. Januar 1942, zeichnete er verantwortlich für die „Endlösung der Judenfrage“, eben dem Holocaust, dem in Europa sechs Millionen Menschen zum Opfer fielen. Thomas Mann sagte in seinem US-Exil: „Wohin dieser Mordknecht kam, floß das Blut in Strömen. Überall, auch in Deutschland, hieß er schlecht und recht: der Henker.“

Ständige Warnung Aber gerade am NS-System und der Person Heydrichs lässt sich festmachen, dass frühe und ständige Warnungen vor rechter Gewalt keine lästige Übertreibung darstellen. Halten autoritäre Machthaber die Macht erst in den Händen, ist es bald um Recht, Freiheit und Humanität geschehen. Auch wenn es heißt, Geschichte wiederhole sich nicht, so ist doch inzwischen eine Metapher wieder zurück: Der Feind steht rechts. Es geht Politikern und Beamten, die in Deutschland die innere Sicherheit beobachten und verantworten, jetzt oft von den Lippen. „Die größte extremistische Bedrohung für unsere Demokratie ist weiterhin der Rechtsextremismus“, sagte

erst kürzlich Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD). Seit Jahren wächst die rechte Szene, auch wenn sie in unterschiedlichen Milieus zergliedert ist. In jüngster Zeit lässt sich beobachten, dass „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“, die den bundesdeutschen Rechtsstaat nicht anerkennen, Zustrom finden. Ihre Zahl beläuft sich nach Angaben des Verfassungsschutzes auf rund 21.000. Hetze, Hass und Terror gehören inzwischen zum Alltag, nicht zuletzt durch weitgehend unkontrollierte „sozialen Medien“. Dort verstärken sich antisemitische Narrative und verschwörungsideologische Inhalte.

Rückzugsorte Der jüngste Verfassungsschutzbericht 2021 schätzt das rechtsextreme Potential auf fast 33.900 Menschen. Der gewaltbereite Anteil liegt bei 13.500 Personen. Abseits solcher Zahlen beunruhigt ein neuerlicher Trend, vor allem in Ostdeutschland. Rechtsextreme suchen dort massiv Grundstücke und kaufen Immobilien, als Rückzugsorte, Ausbildungsstätten, Infiltrationspunkte. Auf diese Weise wird die interne Vernetzung intensiv vorangetrieben. Das Ziel ist klar: Die Anschlussfähigkeit an bürgerlich-demokratische Kreise zu vergrößern, um das liberale System von innen heraus zu schwächen. Heinz Verfurth

Der Autor ist freier Journalist in Berlin.



Aufruf der Reichsregierung vom 24.6.1922

Der Außenminister wird durch acht Kugeln getroffen, sein Unterkiefer zerschlagen, einige Finger abgerissen, der rechte Fuß zertümmert. „Rathenau hatte keine Chance“, so schreibt der Journalist Thomas Hütelin in seinem Buch über den „24. Juni 1922“ und den rechten Terror in Deutschland. „Es war eine bestialische Szenerie. Blut überall, auch auf dem Boden des Autos. Vor der Rückbank brannte es.“ Zwar lebte er noch, und eine Krankenschwester, die zufällig des Weges kam, kümmerte sich um den Sterbenden. Aber auf der Rückfahrt zur Villa bemerkte sie, dass Rathenaus Leben erlosch. Die Attentäter Hermann Fischer und Erwin Kern sowie deren Fahrer Ernst Tschow gehörten zur Freikorpsgruppe „Organisation Consul“ (OC), die in den 1920er Jahren zahlreiche „Fememorde“ beging. Hervorgegangen war der OC-Kreis aus der berühmten „Brigade Ehrhardt“, ein Zusammenschluss ehemaliger kaiserlicher Offiziere, die als marodierende rechtsterroristische Bande grausige Verbrechen verübte, so beim Ende der Münchner Räterepublik, den Aufständen in Schlesien und beim Kapp-Putsch in Berlin 1920.

Keine Entwarnung für die wehrhafte Demokratie

KRIMINALITÄT Bas sieht Bedrohung der freiheitlichen Gesellschaft. Zahl der Angriffe auf Parteirepräsentanten gestiegen

Bundestagspräsidentin Bärbel Bas (SPD) hat an den Mord an Walther Rathenau vor hundert Jahren durch Rechtsextremisten erinnert und dabei die Bedrohung für die Demokratie von heute durch Hass und politische Gewalt hervorgehoben. Der Mordanschlag auf den liberalen Außenminister der Weimarer Republik habe dem „bedeutenden Repräsentanten der ersten deutschen Demokratie“ gegolten: „Weil er Jude war. Und weil er für Deutschlands Zukunft auf Ausgleich und Verständigung setzte“, sagte Bas vergangenen Freitag im Bundestagsplenum. „Der Mord war Teil eines rechtsterroristischen Umsturzplans, der die Republik zu Fall bringen sollte. Das Netzwerk reichte in rechtsnationale Kreise und in staatliche Institutionen hinein. Der Plan scheiterte.“ Die Republik schien damals verstanden zu haben, dass sie sich entschlossen gegen ihre inneren Feinde zur Wehr setzen müsse, sagte Bas mit Blick auf Massendemonstrationen nach dem Mord an Rathenau und das damals eingeführte Gesetz zum Schutz der Republik. „Wir wissen: Am Ende reichte das nicht.“ Bas betonte, dass „auch unsere Demokratie, die sich seit mehr als sieben Jahrzehnten be-

währt“ habe, durch „Polarisierung, Unversöhnlichkeit und eine Enthemmung in Worten und Taten“ herausgefordert sei. „Unsere freiheitliche Gesellschaft wird bedroht von Verschwörungstheorien und gezielter Desinformation, von Hetze und Hass.“ Dieser Hass habe zu den Morden des NSU, zu den An-



Der CDU-Politiker Walter Lübcke wurde 2019 von einem Rechtsextremisten ermordet.

schlägen von Halle und den Toden von Hanau geführt und dieser Hass habe dem hessischen Regierungspräsidenten Walter Lübcke im Juni vor drei Jahren das Leben gekostet. „Unsere Demokratie muss sich mutig und entschlossen gegen ihre Feinde zur Wehr setzen“, sagte die Bundestagspräsidentin. „Das ist die Lehre, die unser Grundgesetz aus der gescheiterten Weimarer Republik zieht.“

Mehr Straftaten Wie wichtig diese Lehre ist, zeigen auch, aber nicht nur Vorfälle wie der Fackelaufzug von Gegnern der Corona-Politik vor dem Haus von Sachsens Sozialministerin Petra Köpping (SPD) im vergangenen Dezember, der parteiübergreifend verurteilt wurde und nicht nur den damaligen Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU), an die dunkelsten Kapitel unserer deutschen Geschichte“ erinnerte. Im folgenden Monat unterband der Objektschutz der Polizei den Versuch eines AfD-Landtagsabgeordneten und eines weiteren AfD-Mitglieds, vor Köppings Privathaus zu demonstrieren. Insgesamt stieg die Zahl der Angriffe auf Parteirepräsentanten beziehungsweise Mitglieder

von Parteien laut Bundesregierung von 1.534 Straftaten im Jahr 2020 auf 2.500 Straftaten im vergangenen Jahr. Dagegen sank die Zahl der Angriffe auf Parteigebäude beziehungsweise -einrichtungen von 506 Straftaten in 2020 auf 443 Straftaten in 2021, wie aus der Antwort der Bundesregierung (20/674) auf eine AfD-Anfrage hervorgeht. Danach waren im vergangenen Jahr von Straftaten mit dem Angriffsziel „Parteirepräsentant/Parteimitglied“ in 660 Fällen Vertreter der CDU, in 454 Fällen Vertreter von Bündnis 90/Die Grünen und in 445 Fällen Vertreter der SPD. In 120 Fällen waren laut Vorlage Vertreter der CSU betroffen, in 114 Fällen Vertreter der Linken und in 78 Fällen Vertreter der FDP. Wie aus der Antwort weiter hervorgeht, waren von den Straftaten mit dem Angriffsziel „Parteigebäude/Parteiinrichtung“ im vergangenen Jahr in 120 Fällen die AfD betroffen, in 83 Fällen die SPD, in 82 Fällen die CDU und in 67 Fällen die Grünen, während auf Die Linke 58 Fälle entfielen, auf die FDP 16 Fälle und auf die CSU sieben Fälle. *ahelsto*



Nach dem Verlust der absoluten Mehrheit in der Nationalversammlung muss Präsident Emmanuel Macron (rechts) für jedes Gesetzesvorhaben um Unterstützung bei der Opposition werben, auch bei seiner Erzrivalin, der Rechtspopulistin Marine Le Pen (links). Sie führt künftig die stärkste Oppositionsfraktion im französischen Parlament.

Völkermord an den Jesiden

MENSCHENRECHTE Verschleppt, versklavt, ermordet: Tausende Jesidinnen und Jesiden fielen dem Terror des „Islamischen Staats“ (IS) im Nordirak zum Opfer. Noch immer, fast acht Jahre nach dem Überfall der Miliz auf die Provinz Shingal im August 2014, werden Mitglieder der religiösen Minderheit vermisst. Die Aufarbeitung der Verbrechen kommt nur schleppend voran, auch wenn 2021 als erstes Gericht weltweit das Oberlandesgericht Frankfurt am Main einen IS-Anhänger wegen Völkermordes verurteilt hat. Menschenrechtler und Vertreter der Jesiden fordern mehr Unterstützung – und eine Anerkennung der IS-Verbrechen als Völkermord. Als solchen haben einzelne Staaten und internationale Organisationen die Taten des IS bereits eingestuft. Deutschland bislang nicht.

Anerkennung Doch nun scheint Bewegung in die Sache zu kommen: In einer Anhörung des Menschenrechtsausschusses sprachen sich vergangenen Montag die Sachverständigen einstimmig für eine Anerkennung durch den Bundestag aus. In der gleichen Woche begrüßte Bundestagpräsidentin Bärbel Bas (SPD) die Friedensnobelpreisträgerin und Überlebende der IS-Verbrechen an den Jesiden, Nadia Murat, die Sonderbotschafterin für die Würde der Überlebenden von Menschenhandel der Vereinten Nation ist, auf der Besuchertribüne im Plenum. Über die Frage der Anerkennung des Völkermordes war im Parlament bereits im Februar diskutiert worden. Anlass dafür hatte eine Petition des Co-Vorsitzenden der Stelle für Jesidische Angelegenheiten in Berlin, Gohdar Alkaidy, gegeben.

Die Anerkennung der Verbrechen als Völkermord sei das „zentrale Anliegen“ der Jesiden, betonte der Petent in der Anhörung. Seit Jahrhunderten würden sie diskriminiert, entrechtet und systematisch verfolgt. Alkaidy appellierte an die Abgeordneten, die „historische Chance“ zu nutzen und den Völkermord anzuerkennen. Deutschland als das Land mit der größten jesidischen Diaspora trage eine besondere Verantwortung, bekräftigte auch der Vertreter des Zentralverbandes der Ezidischen Vereine in Deutschland, Yilmaz Kaba. Irfan Ortac vom Zentralrat der Jesiden in Deutschland mahnte zudem, dies dürfe kein „Lippenbekenntnis bleiben“. Es brauche eine juristische Aufarbeitung der Taten.

Christian Ritscher, der das Untersuchungsteam der Vereinten Nationen zu den Verbrechen des IS im Irak (UNITAD) leitet, verwies auf den Abschlussbericht der Ermittlungsgruppe: Dessen Ergebnis falle eindeutig aus, der „gewohnheitsrechtliche Tatbestand des Völkermordes“ sei erfüllt. Dies bestätigte Florian Jaßberger, Professor für internationales Strafrecht an der Berliner Humboldt-Universität: Die Verbrechen könnten juristisch als Völkermord-Taten eingestuft werden, so der Experte. Allerdings sei die Zerstörungsabsicht jedes einzelnen Täters nachzuweisen. Über die Arbeit mit traumatisierten Opfern berichtete der Psychologe Jan Ilhan Kizilhan: Die Geschichten der vergewaltigten und versklavten Frauen, mit denen er gesprochen habe, belegten eine Verfolgung, die in ihrer Systematik an den Holocaust erinnere. Die Jesiden hätten ein „kollektives Trauma“ erlitten. Das untermauerte Hakeema Taha, wie Nadia Murat eine Überlebende aus dem Dorf Kojo, mit der Schilderung ihrer Leidensgeschichte.

Düzen Tekkal vom Verein Hawar.help forderte schließlich, endlich politische Konsequenzen aus dem Frankfurter „Meilenstein“-Urteil zu ziehen. „Die Antwort kann nur sein, dass anerkannt wird, dass der Völkermord stattgefunden hat.“ sas II

Macron sucht die Mehrheit

FRANKREICH Nach dem Wahl-Debakel für den Präsidenten stellt sich die Opposition quer

Marine Le Pen hätte wohl nicht gedacht, dass sie schon acht Wochen nach ihrer Niederlage bei den Präsidentschaftswahlen die Stufen zum Elysée-Palast hochsteigen würde. Entsprechend strahlend präsentierte sich die Rechtspopulistin vergangene Woche vor ihrem Gespräch mit Emmanuel Macron den Kameras. Der Präsident hatte seine Erzrivalin ebenso wie alle anderen Oppositionskräfte eingeladen, um mit ihnen über die Zukunft des Landes zu sprechen.

»Wir müssen gemeinsam lernen, anders zu regieren und Gesetze zu machen.«

Emmanuel Macron
Staatspräsident

Frankreich ist nach den Parlamentswahlen, bei denen das Macron-Lager seine absolute Mehrheit verlor, blockiert. Der Staatschef muss nun Verbündete finden, um das Land mit einer schwachen relativen Mehrheit in der Nationalversammlung weiter zu regieren. Und bei seiner Suche schreckt er auch vor Le Pens Rassemblement National nicht zurück, der mit 89 Abgeordneten die stärkste Oppositionsfraktion im neuen Parlament ist. „Wir

müssen gemeinsam lernen, anders zu regieren und Gesetze zu machen“, forderte Macron in einer kurzen Fernsehansprache drei Tage nach seiner Wahlpleite.

Auf dem Tisch liegen zwei Möglichkeiten: Eine Koalition mit anderen Parteien oder ein Regieren mit wechselnden Mehrheiten.

Eine dritte Möglichkeit, eine Regierung der nationalen Einheit, hatte der Staatschef selbst ausgeschlossen, nachdem alle Angesprochenen ihm eine Absage erteilt hatten. Auch gegen ein Koalitionsangebot stellt sich die Opposition bisher geschlossen. Besonders deutlich wurden die konservativen Republicains (LR), die eigentlich Macrons Wunschpartner wären. „Es steht außer Frage, auf die Logik eines Koalitionsvertrags, einer Beteiligung oder sonst etwas in dieser Art einzugehen“, sagte LR-Chef Christian Jacob. Zusammen mit den 61 Abgeordneten seiner Republikaner würden die 245 Parlamentarier des Macron-Bündnisses Ensemble auf eine absolute Mehrheit in der insgesamt 577 Sitze zählenden Nationalversammlung kommen.

Auch inhaltlich stehen sich beide Seiten nahe. Vor allem die geplante Erhöhung des Rentenalters auf 65 Jahre, die der Präsident schnell angehen möchte, wäre mit den Konservativen ohne Probleme möglich. Doch den konkreten Vorschlag eines Koalitionsmodells nach deutschem Vorbild bügelte Jacob barsch ab: „Ich habe keine Befugung dazu, Deutscher zu sein.“

Schlappes für Konservative Die Reaktion ist verständlich, da Macron die Konservativen in den vergangenen Jahren systematisch geschwächt und ihnen gleich mehrere prominente Politiker abgeworben hatte, darunter die beiden ehemaligen Regierungschefs Edouard Philippe und Jean Castex. Die einstige Traditionspartei, die zuletzt mehrere Staatschefs gestellt hatte, brach daraufhin ein und erreichte mit ihrer Kandidatin Valérie Pécresse bei den Präsidentschaftswahlen nur 4,7 Prozent. Pécresse musste hinterher sichtlich angegriffen um Geldspenden bitten, um ihre Wahlkampfschulden zu begleichen.

Am linken Rand des politischen Spektrums erteilte der Populist Jean-Luc Mélenchon Macron ebenfalls eine Absage. „Wir gehören nicht derselben Welt an“, bemerkte der 70-Jährige, dessen Linksallianz Nupes mit

131 Abgeordneten in die Nationalversammlung einzieht.

Mélenchon hatte das Nupes-Bündnis Anfang Mai aus seiner La France Insoumise, Kommunisten, Sozialisten und Grünen geschmiedet. Ursprünglich wollte der charismatische Redner, der regelmäßig gegen die EU und Deutschland wettert, nach einem Nupes-Wahlsieg Premierminister werden und Macron so eine „Kohabitation“, also ein Zusammenleben mit einem Regierungschef der Opposition, aufzwingen.



Jean-Luc Mélenchon hat sein Ziel, Premierminister zu werden, verfehlt.

Doch sein Wahlergebnis reichte dazu bei weitem nicht aus. Nun droht die mühsam entstandene Linksallianz schnell wieder auseinanderzubrechen: Die Beteiligten lehnten Mélenchons Vorschlag ab, eine gemeinsame Fraktion zu bilden. Die Partner sitzen daher künftig in unterschiedlichen Fraktionen und machen die neue Nationalversammlung zu einer Art Parteien-Konfetti. In der vergangenen Legislaturperiode hatte Macrons Lager das Palais Bourbon noch mit einer absoluten Mehrheit dominiert.

Entscheidende Stimmen In Zukunft muss sich der Präsident für jedes seiner Gesetzesvorhaben Unterstützung bei der Opposition zu suchen. Eine solche Konstellation gab es in Frankreich bisher nur 1988, als der sozialistische Präsident François Mitterrand ebenfalls die absolute Mehrheit im Unterhaus verlor. Sein Regierungschef Michel Rocard schaffte es damals durch Absprachen mit den Oppositionsparteien trotzdem, wichtige Reformen zu verabschieden. Rocard fehlten allerdings nur 14 Stimmen zur absoluten Mehrheit – bei Macron sind es 44.

Christine Longin II

Die Autorin ist freie Korrespondentin in Paris.

Zurück nach Bosnien und Herzegowina

BUNDESWEHR Debatte über neues EUFOR-Mandat und Verlängerung der Einsätze im Kosovo und Libanon

Die Bundesregierung will ihr Engagement für den Westbalkan verstärken: Gut zehn Jahre nach dem Ende der ersten Bundeswehrbeteiligung an der EU-geführten Sicherheitsoperation EUFOR Althea sollen wieder bis zu 50 deutsche Soldatinnen und Soldaten nach Bosnien und Herzegowina entsendet werden können. Das sieht ein Antrag der Bundesregierung (20/2242) vor, über den der Bundestag in der vergangenen Woche erstmalig debattiert und anschließend zur Beratung in die Ausschüsse überwiesen hat.

»Sicherheitsgarant« Das Mandat sei in der Bevölkerung Bosniens „hochangesehen“ und gelte in der ganzen Region als „Garant für Sicherheit und Frieden“, sagte Bundesverteidigungsministerin Christine Lambrecht (SPD). Ziel von EUFOR sei es seit 2004 gewesen, die Umsetzung des 1995 zur Beendigung des Bosnien-Krieges geschlossenen Friedensvertrags von Dayton zu überwachen. In jüngster Zeit hätten Spannungen in dem multiethnischen Land zugenommen. Gerade mit Blick auf die im Oktober anstehenden Wahlen wolle die Bundesregierung mit einem neuen Bundeswehr-Mandat den Erhalt von Stabilität und Frieden in Bosnien unterstützen. Konkret sollten sich deutsche Soldaten an Verbin-

dungs- und Beobachterteams beteiligen und helfen, Konflikte entgegenzuwirken, erklärte Lambrecht. Die Wahlen müssten frei und unabhängig von „Nationalisten und Einfluss Putins“ stattfinden können. Eine nachhaltige Stabilisierung Bosniens und Herzegowinas liege im Interesse Europas, betonte auch Außenstaatsministerin Anna Lührmann (Grüne). Doch Nationalismus und Sezessionspolitik der Republika Srpska gefährdeten die Entwicklung des Landes zu einem demokratischen Rechtsstaat. Es brauche den Wiedereinstieg bei EUFOR als „klares Signal der Stabilität“.

STICHWORT

Bundeswehr auf dem Balkan und vor der libanesischen Küste

> EUFOR Althea Bis zu 50 Soldaten sollen für die EU-Operation in Bosnien und Herzegowina eingesetzt werden. Schon von 2004 bis 2012 war die Bundeswehr vor Ort im Einsatz.

> KFOR (Kosovo Force) Für die Nato-geführte Sicherheitspräsenz sollen bis zu 400 Soldaten im Einsatz sein. Die Bundeswehr ist seit 1999 Teil des internationalen Kontingents.

> UNIFIL (United Nations Interim Forces in Lebanon) Bis zu 300 Soldaten können weiter an der VN-Mission im Libanon teilnehmen. Seit 2006 unterstützt die Bundeswehr mit der Marine die Überwachung der Seegrenze zu Israel.



© picture-alliance/photostock/llj. Grabowsky

der UN-Operation im Libanon (UNIFIL) im Rahmen von UNIFIL im Libanon. Diesen Antrag (20/1763) unterstützten in namentlicher Abstimmung 539 Abgeordnete. 103 lehnten ihn ab, zwei enthielten sich der Stimme. Sandra Schmid II

„geopolitisch“, sagte Petr Bystron (AfD). Die EU wolle künstlich geschaffene Gebilde wie Bosnien und Herzegowina stabilisieren und den Balkan unter europäischem Einfluss halten. Sevim Dagdelen (Linke) warf der Regierung ebenfalls vor, vor allem machtpolitische Ziele zu verfolgen. Die EUFOR-Beteiligung sei ein Beleg für die von SPD-Chef Lars Klingbeil ausgerufenen „neue Rolle Deutschlands im internationalen Koordinatensystem“. Alexander Müller (FDP) wies diese Kritik zurück. Der Einsatz sei ein Zeichen an die Bevölkerung vor Ort, dass Deutschland und Europa sie nicht im Stich ließen. Ähnlich äußerten sich auch Dietmar Nietan (SPD) und Boris Mijatovic (Grüne)

KFOR und UNIFIL Auch mit der Verlängerung bestehender Bundeswehreinsätze hat sich der Bundestag befasst (siehe Kasten): Es beriet zum einen erstmalig über den Antrag zur Fortsetzung der Beteiligung an der Nato-geführten Sicherheitspräsenz KFOR (20/1976), zum anderen abschließend über die weitere Stationierung deutscher Soldaten im Rahmen von UNIFIL im Libanon. Diesen Antrag (20/1763) unterstützten in namentlicher Abstimmung 539 Abgeordnete. 103 lehnten ihn ab, zwei enthielten sich der Stimme. Sandra Schmid II

Abzug aufarbeiten

AFGHANISTAN Mehrheit für Untersuchungsausschuss

Die Fraktionen von SPD, CDU/CSU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP haben sich auf einen gemeinsamen Antrag (20/2352) zur Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zum Abzug aus Afghanistan verständigt. Wie die Abgeordneten schreiben, erfolgte die militärische Evakuierung im August 2021 „unter dramatischen Umständen nach nur sehr kurzer Zeit der Vorbereitung aufgrund des raschen Zusammenbruchs der afghanischen Regierung und Sicherheitskräfte und dem daraus resultierenden schnellen Vormarsch der Taliban bis hin zur Einnahme von Kabul“. Der Untersuchungsauftrag zielt unter anderem auf die Beurteilung der Sicherheitslage in Afghanistan durch Bundesministerien, Bundesbehörden und Nachrichtendienste, auf deren Informationsaustausch und auf die Zuständigkeiten beim Abzug und der Evakuierung des deutschen Personals, der Ortskräfte und anderer betroffener Personennetze. Beleuchtet werden soll unter anderem das Zusammenwirken mit ausländischen Stellen und Nachrichtendiensten, die Zusammenarbeit auf europäischer, Nato- und internationaler Ebene und die Vorbereitungen auf die jeweiligen Entscheidungen der USA und Frankreichs zum Abzug beziehungsweise zur Evakuierung. Der Untersuchungsausschuss soll zudem Empfehlungen geben für internationale Einsätze

und Missionen der Bundeswehr sowie für den künftigen Umgang mit Ortskräften. Vertreter von SPD, Union, Grünen und FDP betonten in der Debatte die Verpflichtung einer parlamentarischen Aufarbeitung mit Blick auf Bundeswehrosoldaten, Diplomaten, zivile Helfer und Ortskräfte in Afghanistan. Es gehe zudem darum, Lehren für künftige Einsätze zu ziehen. Die Fraktionen von AfD und Linke warfen den Antragstellern vor, den Untersuchungszeitraum bewusst nur auf den Abzug zu beschränken, um einer Aufarbeitung des gesamten Afghanistan-Einsatzes aus dem Wege zu gehen.

Den Antrag überwies das Plenum zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsführung. Dem nach Artikel 44 des Grundgesetz einzusetzenden Ausschuss sollen zwölf ordentliche Mitglieder (SPD und Union jeweils drei, Grüne und FDP jeweils zwei Mitglieder und AfD und Linke jeweils ein Mitglied). Für eine von den Ampel-Fraktionen im Koalitionsvertrag vereinbarte Enquetekommission, die sich mit dem Afghanistan-Engagement seit 2001 beschäftigen soll, liegt noch kein Einsetzungsantrag vor. Mit beiden Gremien, der Enquetekommission und dem U-Ausschuss, befasst sich der Bundestag in der ersten Juliwoche. ahe II

KURZ REZENSIIERT



Olaf Bernau:
Brennpunkt Westafrika.
 Die Fluchtursachen und was Europa tun sollte.
 C.H. Beck Verlag, München 2022; 317 S., 18 €

Der frühere deutsche Botschafter Volker Seitz verarbeitete seine Afrika-Erfahrungen in einem Buch „Afrika wird arm regiert“. Als ein zentrales Problem der Entwicklungshilfe bezeichnete er deren Realitätsferne. Zugleich beurteilte Seitz die Korruption der Eliten und ihre schlechte Regierungsführung. Ausdrücklich kritisierte er die staatliche Entwicklungshilfe: Die „wachsenden Geldströme und die wuchernde Entwicklungshilfeindustrie“ ließen die Armut „nicht schrumpfen“ – im Gegenteil. Wohl begründet nannte Asfa-Wossen Asserate Seitz Buch einen „Klassiker unter den Sachbüchern über Afrika“ und empfahl es allen als Pflichtlektüre für jene, die „um das Wohlergehen Afrikas und seiner Menschen ringen“.

Jetzt hat der Soziologe Olaf Bernau ein „Anti-Seitz-Buch“ veröffentlicht. Er setzt nicht an den politischen Rahmenbedingungen an, sondern betrachtet die Situation der Menschen vor Ort. Daher arbeitet er mit Migranten, bäuerlichen Gemeinschaften und Menschenrechtsgruppen zusammen und widerlegt die europäischen Afrika-Mythen über „geistige Unbeweglichkeit“, „Stammeskonflikte“, „finstere Patriarchat“ und „schlechte Regierungsführung“. Detailliert beschreibt der Soziologe die Fluchtursachen aus Westafrika und kritisiert die „Marshall-Pläne“ und Afrika-Strategien Deutschlands, der EU und anderer Organisationen. Als Hauptursache für die Rückständigkeit Afrikas nennt er die koloniale Vergangenheit. Dazu stellt Bernau ein Zehn-Punkte-Programm auf: Europa sollte erstens „im Kontakt mit afrikanischen Regierungen nicht eigene Interessen, sondern Menschenrechte zur Richtschnur seines Vorgehens machen“. Punkt 10 betrifft die Freizügigkeit: Die Menschen sollten „frei zwischen Afrika und Europa zirkulieren können, dabei sind Fluchtwege für Geflüchtete stets offen zu halten“. Mit seiner Streitschrift hat Bernau einen lesenswerten Beitrag zur aktuellen Afrika-Diskussion vorgelegt. manu



Mark Schieritz:
Olaf Scholz. Wer ist unser Kanzler?
 S. Fischer Verlag, Frankfurt/M. 2022; 176 S., 20 €

Wer ist Olaf Scholz? Diese Frage stellen sich derzeit viele Bürger, Journalisten, Politiker und Staatsmänner. Wie tickt der Mann mit dem „schlumpfigen Grinsen“? Wer steckt hinter dem „Scholzomat“? Um es vorwegzunehmen: Auch der Journalist Mark Schieritz vermag diese Fragen in seiner Kurzbiografie über Olaf Scholz nur sehr bedingt zu beantworten. Eine Biografie im eigentlichen Sinne hat Schieritz auch gar nicht verfasst. Seine Darstellung beginnt nicht im Jahr 1958 mit der Geburt von Scholz und seinen Jugendjahren in Hamburg-Rahlstedt. Und da sein Buch im Februar dieses Jahres und damit zwei Monate nach der Wahl zum Bundeskanzler erscheint, weiß er über den Kanzler Scholz auch gar nicht zu berichten. Der Ukraine-Krieg etwa, der die ersten Monate von Scholz' Regierungszeit prägen wird, liegt zu diesem Zeitpunkt noch im Bereich des Unvorstellbaren. Dafür beschreibt der wirtschaftspolitische Hauptstadt-Korrespondent der „Zeit“ um so analytischer den Politiker Scholz in seiner grundlegenden Bau- und Funktionsweise anhand ausgewählter Situationen in dessen Karriere und seiner politischen Überzeugungen. Schieritz weiß natürlich auch über den „Scholzomat“ zu berichten, für den ein Interview dann gelungen ist, „wenn er nicht auf die Fragen antwortet, sondern einfach das sagt, was er sich vorgenommen hat“. Doch dies ließe sich über so manchen Politiker sagen. Schon aufschlussreicher sind jene Passagen, in denen Schieritz beschreibt, wie Scholz mit Niederlagen umgeht: „Er ignoriert sie einfach.“ Der Sozialdemokrat sei ein „Meister in dieser Disziplin“. Und so habe er nach seiner gescheiterten Kandidatur um den SPD-Parteivorsitz unverdrossen an seinem Plan für die Eroberung des Kanzleramtes gefeilt. Schieritz Blick auf Scholz ist nicht unkritisch, mitunter aber doch zu freundlich, wenn er Scholz etwa das Zeug zum „Kanzler des Aufbruchs“ attestiert. Das muss dieser erst noch beweisen. aw



Zeichen der Selbstbehauptung: In den Trümmern eines durch den Krieg zerstörten Gebäudes in der Stadt Irpin nahe Kiew weht eine ukrainische Flagge.

© picture-alliance/AA/Metin Aktas

Kampf um die Identität

UKRAINE-KRIEG Serhii Plokhy zeichnet die langen Konfliktlinien mit Russland nach

Ob Appeasement-Politik funktioniert, kann man nach dem russischen Überfall auf die Ukraine gestrost hinterfragen. Laut Serhii Plokhy hat der russisch-ukrainische Konflikt nicht mit einem Luftangriff auf Kiew im Morgengrauen des 24. Februar 2022 begonnen, sondern vor acht Jahren, mit der russischen Annexion der Krim im Frühling 2014. Die internationale Gemeinschaft habe die aggressive Politik Russland jedoch „weitgehend ignoriert“, konstatiert der Direktor des Harvard Ukrainian Research Institute. Plokhy wurde im russischen Nischnij Nowgorod geboren und beendete 1980 sein Geschichtsstudium als Diplom-Historiker in Dnipro (Ukraine). Nach dem Zerfall der Sowjetunion wanderte er zuerst nach Kanada aus – dort gibt es eine große ukrainische Diaspora –, später ging er in die USA, um seine wissenschaftliche Karriere fortzusetzen. Die Bücher des Professors für ukrainische Geschichte sind allesamt Standardwerke und damit Pflichtlektüre für jeden, der sich mit der Geschichte und der Politik der Ukraine beschäftigt. Plokhy Expertise wird auch in Russland anerkannt und geschätzt: Seine vier Bücher wurden im renommierten „Corpus“ Verlag der AST-Verlagsgruppe

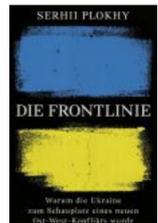
auf Russisch veröffentlicht. Diese Tatsache ist hoch bedeutsam, denn nach der Eroberung der Krim lief die Propaganda-Kampagne des Kremls gegen die Unabhängigkeit der Ukraine auf Hochtouren. In Deutschland interessierte man sich lange nicht sonderlich für die ukrainische Geschichte und Politik – mit Ausnahme der Zeitschrift „Osteuropa“, die kompetent über die Ereignisse in der Ukraine berichtete. In deutscher Sprache standen dem interessierten Publikum nur zwei empfehlenswerte Taschenbücher von Professor Andreas Kappeler zur Verfügung: „Die kleine Geschichte der Ukraine“ sowie „Ungleiche Brüder. Russen und Ukrainer“. Nunmehr können die Leser hierzulande auch von Serhii Plokhy's Werk profitieren. Der Historiker betrachtet es als seine Aufgabe, die wahren Motive der russischen Aggression gegen die Ukraine darzulegen. Entgegen den Behauptungen Putins handle es sich bei dem Angriffskrieg nicht um eine Reaktion auf eine mögliche Nato-Erweiterung, sondern um den Versuch, die Geschichte umzuschreiben und der Ukraine das Recht auf

Putin will die Welt glauben machen, Ukrainer und Russen seien ein Volk.

staatliche Unabhängigkeit sowie eine eigene nationale Identität zu verweigern. Putin wolle die Welt glauben machen, Ukrainer und Russen gehörten demselben Volk an. Entsprechend sei die Ukraine nur ein von den Bolschewiken gegründetes künstliches administratives Gebilde. Plokhy hat ein chronologisch strukturiertes Buch vorgelegt, in dem er die Geschichte der Ukraine, ihre Politik, Kultur, Sprache und Identität beschreibt – unter besonderer Berücksichtigung „ihrer langen, stürmischen und häufig tragischen Beziehung zu Russland“. Er arbeitet heraus, dass das ukrainische Volk im Laufe der Jahrhunderte politisch und kulturell getrennt wurde, so dass Sprache und Konfession den Vorgaben der jeweiligen Landesherren folgten. Zugleich erklärt die Teilung der Ukraine, warum die Generationen der ukrainischen Landesherren folgten. Die Existenz des ukrainischen Volkes verneint. „Kosakenstamm“ heißt der erste Teil des Buches. Plokhy bezieht sich damit auf eine Zeile der ukrainischen Nationalhymne aus dem 19. Jahrhundert, die „allen Ukrainern eine kosakische Abstammung zuschrieb“.

Damit wurde das „Kosakenstamm zum Gründungsmythos der modernen ukrainischen Nation“. Erstmals taucht der Begriff „Ukraine“ im 12. Jahrhundert auf. Das heutige Staatsgebiet ist 1650 auf der Karte eines französischen Kartographen zu finden. Detailliert beschreibt der Historiker die Ereignisse bis zum Vertrag von Perejaslaw (1654). Nach russischer Lesart handelte es sich dabei um eine freiwillige Union der ukrainischen Kosaken mit dem christlich-orthodoxen Moskauer Reich gegen Polen-Litauen. Auch die russisch-schwedische Schlacht bei Poltawa von 1709 ist ein wichtiger Bestandteil der Geschichtsmythos beider Völker: Aus russischer Perspektive wird der ukrainische Kosak Hetman Iwan Masepa als „zweiter Judas“ und Überläufer verdammt, weil er Peter den Großen im Kampf gegen ausländische Mächte veraten habe.

Regierung bewertet dieses Menschheitsverbrechen als Völkermord, während Russland von einer Katastrophe spricht, die die gesamte Sowjetunion betroffen habe. **Tschernobyl** Weitere Themen in Serhii Plokhy's Geschichte der Ukraine beziehen sich auf den Reaktorunfall in Tschernobyl im April 1986, der den Niedergang der Sowjetunion mit herbeiführte. Der Autor erläutert, warum „Tschernobyl“ die Initialzündung für die ukrainische Unabhängigkeitsbewegung war. Unterstützt wurde sie vom früheren KP-Chef und ersten Präsidenten der unabhängigen Ukraine, Leonid Krawtschuk. Die Staatswerdung der Ukraine förderte übrigens auch der erste demokratische Präsident Russlands, Boris Jelzin. Aschot Manutscharjan



Serhii Plokhy:
Die Frontlinie. Warum die Ukraine zum Schauplatz eines neuen Ost-West-Konflikts wurde.
 Rowohlt Verlag, Hamburg 2022; 543 S., 30 €

»Männer schaden sich selbst«

GESELLSCHAFT Ein Ökonom quantifiziert den hohen Preis des Patriarchats

Bücher zu geschlechterpolitischen Themen, die männliches Verhalten pauschal kritisieren, gibt es in diesen Tagen zuhauf. Auf den ersten Blick passt auch Boris von Heesens Titel „Was Männer kosten“ in diese Kategorie, doch dieser Eindruck täuscht. Denn der Autor, Vorstand eines Jugendhilfeträgers und auch in der Männerberatung tätig, kennt die Sorgen seiner Klientel. Ihm geht es nicht darum, Männer anzuklagen, sondern „sie aus Rollenmustern zu befreien, die ihnen selbst schaden“. Von Heesen ist gelernter Wirtschaftswissenschaftler, daher konzentriert er sich auf die erschreckenden Zahlen. Nach seiner Rechnung verursacht ungesundes männliches Verhalten Jahr für Jahr gesellschaftliche Kosten von über 60 Milliarden Euro. Vor allem bei den Themen Gewalt, Sucht und Straßenverkehr dominieren Männer die negativen Statistiken.

kosten: 26,22 Milliarden Euro. Der doppelte so hohe männliche Tabakkonsum kostet 14,98 Milliarden Euro. 88 Prozent der „pathologischen“ Glücksspieler sind Männer, Mehraufwendungen: 0,33 Milliarden Euro. Vier von fünf Konsumenten illegaler Drogen sind männlich, macht weitere 2,4 Milliarden Euro. Die Gesamtsumme allein bei den Suchtfolgen, rechnet der Autor vor, entspricht der Höhe des Bruttoinlandsprodukts von Serbien: 43,98 Milliarden Euro. **Straßenverkehr** Andere wichtige Faktoren sind der Straßenverkehr und die Ernährung. Zwei Drittel aller Autobesitzer sind Männer, mit steigendem Hubraum wächst ihr Anteil. Der „Gender Gap“ bei den Kosten von Unfällen mit Verletzten beträgt 2,51 Milliarden Euro. 83 Prozent der eingezogenen Führerscheine gehören Männern, sie stellen 78 Prozent der bestraften Raser und 77 Prozent der Registrierten mit Punktekonto „in Flensburg“. Männer sind auch häufiger übergewichtig, sie essen mehr Fleisch, dafür weniger Obst und Gemüse. Die Mehrkosten durch ungesundes Essen betragen über sechs Milliarden Euro. Der Ökonom spricht vom „hohen Preis des Patriarchats“, vermeidet aber Reizwörter der Gender-Debatte wie „toxische Männlichkeit“. Männer seien „keinesfalls allein schuld an der Misere“, sollten aber „ihre Rolle fortwährend kritisch reflektieren“. Von Heesen fordert die staatlichen Behörden auf, die vorhandenen Daten in konkrete Handlungsschritte umzusetzen: „Ich frage mich, warum das Bundeskriminalamt, die Polizeibehörden der Länder oder das Kraftfahrtbundesamt die alarmierenden Zahlen nicht regelmäßig und prominent ins Zentrum der Öffentlichkeit rücken.“ Von Heesen plädiert für ein flächendeckendes Netzwerk von Männerberatungsstellen und einen „digitalen Gleichstellungsmoitor, der alle relevanten Statistiken übersichtlich macht“. So könnten Medien, Wissenschaft und Politik „aus einer zentralen Informationsquelle schöpfen und daraus Veränderungsprozesse ableiten“. Thomas Gesterkamp



Boris von Heesen:
Was Männer kosten. Der hohe Preis des Patriarchats.
 Heyne Verlag, München 2022; 304 S., 18 €

Anzeige

Die strikte Einhaltung und Weiterentwicklung des Völkerrechts in der EU

Handel mit „umstrittenen Gebieten“
 Völker- und europarechtliche Grenzen für die Europäische Union
 Von Karen Rebecca Sievert
 2022, ca. 395 S., brosch., ca. 109,- €
 ISBN 978-3-8487-8917-7
 E-Book 978-3-7489-2974-1
 (Studien zum Internationalen Wirtschaftsrecht – Studies on International Economic Law, Bd. 37)
 Erscheint ca. Juli 2022

Die sich stets vertiefende wirtschaftliche Verflechtung der Europäischen Union wirft im Zusammenhang mit umstrittenen Gebieten, wie u.a. der Westsahara, die Frage auf, ob die EU in ihren Handelsbeziehungen besonderen Grenzen völkerrechtlichen oder genuin unionsrechtlichen Ursprungs unterworfen ist.

Nomos
 nomos-elibrary.de

Portofreie Buch-Bestellungen unter nomos-shop.de
 Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer

AUFGEKEHRT

Zu Gast bei Emiren

Sie sind enthusiastischer Fußballfan, aber den ganzen Tag im klimatisierten Stadion zu sitzen, ist Ihnen zu langweilig? Sie suchen eine wirklich authentische Urlaubserfahrung? Wollen Leben und Essen wie die Einheimischen, auf fremden Pfaden wandeln und die volle Ladung Kultur erleben? Dann kommen Sie nach Katar! Für Fußballbegeisterte wie Sie, die zur WM im Winter in Scharen in das Land pilgern werden, hat sich der Wüstenstaat ein ganz besonderes Schmankerl ausgedacht. Und Wüste ist dabei auch genau das richtige Stichwort: Fernab von Abgasgestank und Hupkonzerten hat der Veranstalter extra für Sie Zelte errichten lassen. Luxusresorts, Club-Hotels oder kalte Betonkomplexe kann schließlich jeder. Leben wie die Beduinen, das garantiert das Zelt-Dorf – ohne Klimaanlage versteht sich. Es soll ja authentisch bleiben. Auf Tête-à-têtes der unverheirateten Art in Zelten oder anderswo bittet der WM-Ausrichter zu verzichten. Sonst könnte sich Ihr Aufenthalt in Katar schnell um bis zu sieben Jahre verlängern – aber nicht im Zelt. Doch etwas zu nah an der Lebensrealität der Kataris? Kein Problem! Alkoholkonsum nach westlichem Standard garantieren Schiffe vor der Küste des Landes. Und wer doch lieber auf den luxuriösen Pfaden der Emire statt der unterdrückten Gastarbeiter wandeln möchte, für den bietet Katar ein Jetset-Erlebnis der besonderen Art. Per Pendelflug werden Fußballhungrige bis zu 160 Mal am Tag aus den benachbarten Golfstaaten pünktlich zu den Spielen gebracht. Die Golfstaaten freuen sich schon darauf, Sie bald als Gast begrüßen zu dürfen. Nur den Freiheitsgedanken und die UN-Menschenrechtskonvention sollten Sie dann doch lieber zuhause lassen. Aber es reist sich ja eh viel besser mit leichtem Gepäck. *Denise Schwarz* ■

VOR 15 JAHREN...

Knappe Entscheidung

4.7.2007: Karlsruhe weist Klage gegen Transparenzregeln ab. Rund ein Drittel der Bundestagsabgeordneten gab in der vergangenen Legislaturperiode an, bezahlte Nebentätigkeiten ausüben zu wollen. Doch wie viel verdienen Parlamentarier neben dem Mandat? Lange war das un-



Bundesverfassungsrichter Hassemer verkündet 2007 das Urteil in Karlsruhe.

klar. Erst 2005 hatte der Bundestag Transparenzregeln verabschiedet, wonach Abgeordnete ihre Einkünfte offen legen müssen. Vertreter von Union, SPD und FDP gingen dagegen vor und wandten sich an das Bundesverfassungsgericht. Die Karlsruher Richter wiesen die Klage am 4. Juli 2007 jedoch ab – wenn auch denkbar knapp. Vier der acht Richter wollten die Regelungen kippen – bei Stimmengleichheit gilt eine Klage als gescheitert. Die vier Richter, die für den Erhalt der Regelungen stimmten, erklärten, die Wähler müssten über mögliche Interessenkonflikte und wirtschaftliche Abhängigkeiten ihrer Volksvertreter informiert werden. Das sichere die Fähigkeit des Parlaments, „unabhängig von verdeckter Beeinflussung durch zahlende Interessenten das Volk als Ganzes zu vertreten“. Die unterlegenen Richter sahen in der Offenlegungspflicht dagegen einen Eingriff in das vom Grundgesetz geschützte freie Mandat. Und da allein Bruttoeinnahmen veröffentlicht würden, könne das zu Fehlschlüssen in der Öffentlichkeit führen. Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) kündigte nach dem Beschluss an, die entsprechenden Angaben „unverzüglich“ zu veröffentlichen. Zunächst mussten die Abgeordneten lediglich angeben, ob sie pro Monat zwischen 1.000 und 3.500 Euro, bis zu 7.000 oder mehr als 7.000 Euro dazu verdienen. Seit diesem Mai müssen sie ihre Nebeneinnahmen auf den Euro genau angeben. *Benjamin Stahl* ■

ORTSTERMIN: »AUF UND AB UND UNTERWEGS«



Vier Rennachter im Jakob-Kaiser-Haus: Nach 22 Jahren ist die Installation „Auf und ab und unterwegs“ von Christiane Möbus wieder in Betrieb genommen worden. Zu besonderen Anlässen werden die Boote künftig durch die Halle schweben. © DBT/Florian Gaertner/photothek

Und sie bewegen sich wieder

Gebannt schauen die Mitarbeitenden, Abgeordneten und Gästen an die Decke des Jakob-Kaiser-Hauses. Während die einen begeistert klatschen, haben die anderen schon ihre Smartphones gezückt, bereit, diesen Moment festzuhalten. Begleitet von Klarinettenmusik setzen sich die vier Ruderboote, die an Stahlseilen von der Decke hängen, in Bewegung, schweben durch die hohe Halle. Per Zufallsgenerator gesteuert, bewegen sich die rund 17 Meter langen Rennachter in unterschiedlichen Geschwindigkeiten auf und ab, wodurch immer neue Konstellationen entstehen. 14 Jahre lang war die Installation „Auf und ab und unterwegs“ der Bildhauerin Christiane Möbus außer Betrieb. Seit vergangener Montag fahren die Boote nun wieder. Sie sei sehr froh, diesen Moment noch erleben zu dürfen, sagt die Künstlerin bei dem Empfang zur Reaktivierung der Installation. 1947 in Celle geboren, studierte Möbus Kunst, lehrte danach unter anderem an der Universität der Künste Berlin und arbeitete als Bildhauerin und Ob-

jekt-künstlerin. Sie lieferte die Idee zu dem Werk, das 2001 im neugebauten Jakob-Kaiser-Haus im Parlamentsviertel seinen Platz fand. Wenige Meter von der Spree entfernt, schafft die Installation eine Verbindung nach draußen. Schwarz, rot, gelb und blau sind die Boote lackiert. Kein Zufall, wie die Künstlerin verrät. Neben dem Bezug zur Deutschlandflagge symbolisiere die Farbe Blau die Nähe zu Europa. Zusätzlich seien die Farben Rot, Gelb und Blau die Grundfarben, aus denen sich alle weiteren Farben anrühren lassen: „Sowie sich aus den Farben alles mischen lässt, ist es wichtig für unsere Demokratie, dass alles möglich und denkbar ist“, sagt Möbus. Für viele Ohs und angeregte Diskussionen hätten die Boote seit ihrer Installation gesorgt, berichtete Bundestagspräsidentin Bärbel Bas (SPD) den Zuhörenden. Einige würden die Rennachter spöttisch als „Luftboote“ und als ein Symbolbild für eine Politik, „die sich zwar auf und ab bewegt, aber nicht vom Fleck kommt“ bezeichnen. Für andere sei die Installation eine Mahnung, dass auch im

politischen Wettstreit Lebendigkeit und sportliche Fairness gelten sollten. Für die Abgeordneten sei das Kunstwerk außerdem ein Ansporn, „sich in die Riemen zu legen für das Gemeinwohl“, sagte Bas. Auch die Bundestagspräsidentin sieht die Boote nach zwölf Jahren im Bundestag zum ersten Mal in Bewegung. 2008 musste das Kunstwerk aus Sicherheitsgründen abgeschaltet werden. Die gesamte Motor- und Hängetechnik wurde ausgetauscht. Dass die Boote sich nun wieder bewegen, ist überwiegend privaten Geldgebern zu verdanken und dem Engagement des 2020 überraschend verstorbenen Bundestagsvizepräsidenten Thomas Oppermann (SPD). Gemeinsam mit ihr habe er überlegt, wie sich die Reparatur des Kunstwerks finanzieren lasse, erinnert sich Möbus. Auf seine Initiative hin hat das Bundestagspräsidium schließlich beschlossen, die Installation zu reaktivieren. Bei Besucherführungen und besonderen Anlässen werden die Boote künftig wieder für angeregte Diskussionen sorgen können. *Denise Schwarz* ■

PERSONALIA

>Elfriede Klemmert † Bundestagsabgeordnete 1957-1961, CDU

Wie jetzt bekannt wurde, starb Elfriede Klemmert am 13. April im Alter von 97 Jahren. Die Notarin aus Bonn trat 1954 der CDU bei und gehörte dem rheinischen Landesausschuss an. Klemmert wirkte im Rechtsausschuss mit. Sie war das letzte noch lebende Mitglied des dritten Deutschen Bundestags.

>Ferdinand Tillmann Bundestagsabgeordneter 1972-1994, CDU

Ferdinand Tillmann vollendet am 27. Juni sein 90. Lebensjahr. Der Diplom-Kaufmann aus Sundern schloss sich 1957 der CDU an, engagierte sich seit 1965 kommunalpolitisch und gehörte von 1965 bis 1973 dem Kreistag in Arnsberg an. Von 1969 bis 1972 war er Landrat. Tillmann engagierte sich zu meist im Sportausschuss, an dessen Spitze er von 1980 bis 1994 stand.

>Waltraud Schoppe Bundestagsabgeordnete 1983-1985, 1987-1990 Die Grünen, 1994-1998 Bündnis 90/Die Grünen

Waltraud Schoppe begeht am 27. Juni ihren 80. Geburtstag. Die Lehrerin aus Bassum zählte 1979 zum Gründerkreis der Grünen im Kreis Diepholz. 1984/85 sowie 1990 war sie Sprecherin ihrer Bundestagsfraktion. Die Vertreterin des realpolitischen Flügels engagierte sich zuletzt im Auswärtigen Ausschuss. Von 1990 bis 1994 war sie Frauenministerin in Niedersachsen.

>Götz-Peter Lohmann Bundestagsabgeordneter 1998-2005, SPD

Götz-Peter Lohmann wird am 29. Juni 80 Jahre alt. Der Diplom-Psychologe aus Waren trat Ende 1989 dem Neuen Forum und 1990 der SPD bei. Er gehörte dem Gesundheits- sowie dem Sportausschuss an.

>Frank Magnitz Bundestagsabgeordneter 2017-2021, AfD

Am 29. Juni wird Frank Magnitz 70 Jahre alt. Der Kaufmann aus Bremen, AfD-Mitglied seit 2013, war von 2015 bis 2019 Sprecher des dortigen Landesverbands. Magnitz betätigte sich im Städtebau- sowie im Verkehrsausschuss.

>Norbert Roske Bundestagsabgeordneter 1990, Die Grünen

Am 1. Juli vollendet Norbert Roske sein 85. Lebensjahr. Der Sozialwissenschaftler trat 1985 den Grünen bei. Der Nachrücker für Waltraud Schoppe gehörte dem Wirtschaftsausschuss an. Von 1991 bis 1994 war Roske Abgeordneter in Niedersachsen.

>Helga Kühn-Mengel Bundestagsabgeordnete 1996-2009, 2013-2017, SPD

Helga Kühn-Mengel wird am 1. Juli 75 Jahre alt. Die Diplom-Psychologin aus Brühl, SPD-Mitglied seit 1972, gehörte von 1984 bis 2009 dem Kreistag Rhein-Erft an. Kühn-Mengel, von 2002 bis 2004 gesundheitspolitische Sprecherin ihrer Fraktion, war von 2004 bis 2009 Patientbeauftragte der Bundesregierung.

>Norbert Nothelfer Bundestagsabgeordneter 1976-1977, CDU

Norbert Nothelfer begeht am 2. Juli seinen 85. Geburtstag. Der Landrat aus Waldshut, CDU-Mitglied seit 1964, stand von 1989 bis 1991 an der Spitze des Kreisverbands Freiburg/Br. Nothelfer gehörte dem Städtebauausschuss an. Von 1979 bis 1991 war er Regierungspräsident in Freiburg.

>Jürgen Haschke Bundestagsabgeordneter 1990, CDU/CSU (Gast)

Am 2. Juli wird Jürgen Haschke 80 Jahre alt. Der Ingenieur aus Jena schloss sich 1990 der DSU an und war Mitglied der ersten frei gewählten Volkskammer. Von 1993 bis 2003 war er Landesbeauftragter in Thüringen für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der DDR.

>Christian Schenk Bundestagsabgeordneter 1990-1994, Bündnis 90/Die Grünen, 1994-2002, parteilos/PDS

Am 8. Juli wird Christian Schenk 70 Jahre alt. Der Diplom-Physiker aus Berlin engagierte sich seit 1984 in der kirchlichen Oppositionsbewegung der DDR. 1989/90 war er Teilnehmer am „Zentralen Runden Tisch.“ Schenk wirkte im Arbeits-, Familien- und im Tourismusausschuss mit. Von 1994 bis 2002 war er familien- sowie lesben- und schwulenpolitischer Sprecher seiner Fraktion.

>Otto Hauser Bundestagsabgeordneter 1983-1998, CDU

Am 11. Juli wird Otto Hauser 70 Jahre alt. Der Redakteur aus Esslingen trat 1969 der CDU bei, war Mitglied des Landesvorstands und CDU-Präsidiums in Baden-Württemberg. Hauser engagierte sich im Verteidigungs-, Forschungs-, und Auswärtigen Ausschuss. 1998 war er Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundeskanzler und Sprecher der Bundesregierung. *bmh* ■

LESERPOST

Zur Ausgabe 23-25 vom 07. Juni 2022, „100 Milliarden Euro für Aufrüstung beschlossen“ auf Seite 1:

Der verbrecherische Krieg des Kreml-Aggressors Vladimir Putin gegen die Ukraine hat wie in einem Brennglas gezeigt, dass auch Deutschland eine wehrhafte Armee braucht, die unser Land und unseren Frieden verteidigen und schützen kann! Die Ampelkoalition und die Opposition haben endlich einen Weg gefunden, konstruktiv beim Sondervermögen miteinander zu beraten. 100 Milliarden Euro Schulden zusätzlich aufzunehmen machte eine Grundgesetzänderung nötig! Eine solche Debatte hat es im Bundestag lange nicht gegeben! Die Bundesregierung und die Opposition haben endlich ihre Rollen gefunden: Es war ein leidenschaftlicher motivierter Schlag-

tausch auf Augenhöhe: Klar, kritisch, hart in der Sache, aber demokratisch geführt. Weiter so! Macht wieder Lust auf mehr Politik und ist gut für unsere Demokratie.

Ursula Reichert, Hanau

Zur Ausgabe 20 vom 16. Mai 2022, „Jetzt geht's los – oder nicht?“ auf Seite 3:

Die selbstverliebte Berliner Ampelkoalition will die Abstandsregeln für Windräder in einigen Bundesländern per Gesetz kippen, um die Windkraft weiter ungezügelt ausbauen zu können. Das ist ein absolut übergriffiges Verhalten seitens der Bundespolitik und greift in die Länderkompetenzen ein. Ich finde das absolut unangemessen. Vielleicht sollte sich

manches Bundesland ernsthaft überlegen, ob es nicht aus dem Bund austritt, weil es alleine besser dastehen würde. Für das Bundesland Bayern könnte ich mir das sehr gut vorstellen, sie sind sicher erfolgreicher und glücklicher ohne den Rest. Meinen Segen haben sie! Den Berliner Regierungsvögeln gehören die Federn gestutzt!

Toni Vollmer, Bonn

Zur Ausgabe 18-19 vom 02. Mai 2022, „Die Stimme der Vernunft“ auf Seite 4:

Die Kritik der Alternative für Deutschland (AfD) an der Neuausrichtung der Deutschen Welle führt in eine falsche Richtung. Schließlich besteht die entscheidende Achillesferse bei den vorgestellten Plänen weniger im journalisti-

schsen Anspruch als vielmehr darin, dass man als ein weitgehend reines digitales Medienhaus mit On-Demand-Angeboten gerade in den Krisengebieten dieser Welt viele Menschen überhaupt nicht erreicht. Eben dort, wo die Seiten von kritischen Medien gerne gesperrt werden und insbesondere für ärmere Bevölkerungsschichten im ländlichen Raum häufig nicht einmal eine stabile Internetverbindung existiert. Deshalb gehört bei der Deutschen Welle eher eine Renaissance der Kurzweile auf die Tagesordnung. Immerhin handelt es sich um einen Sender, der für sich in Anspruch nimmt, den hiesigen Blickwinkel im Ausland zu vertreten. Für das digitalaffine Publikum gibt es bereits ohnehin schon eine Vielzahl an guten anderweitigen medialen Angeboten aus Deutschland auch in englischer Sprache, die man nicht „neu“ erfinden muss!

Rasmus Helt, Hamburg

Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik? Schreiben Sie uns:

Das Parlament
Platz der Republik 1
11011 Berlin
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am 11. Juli.

BUNDESTAG LIVE

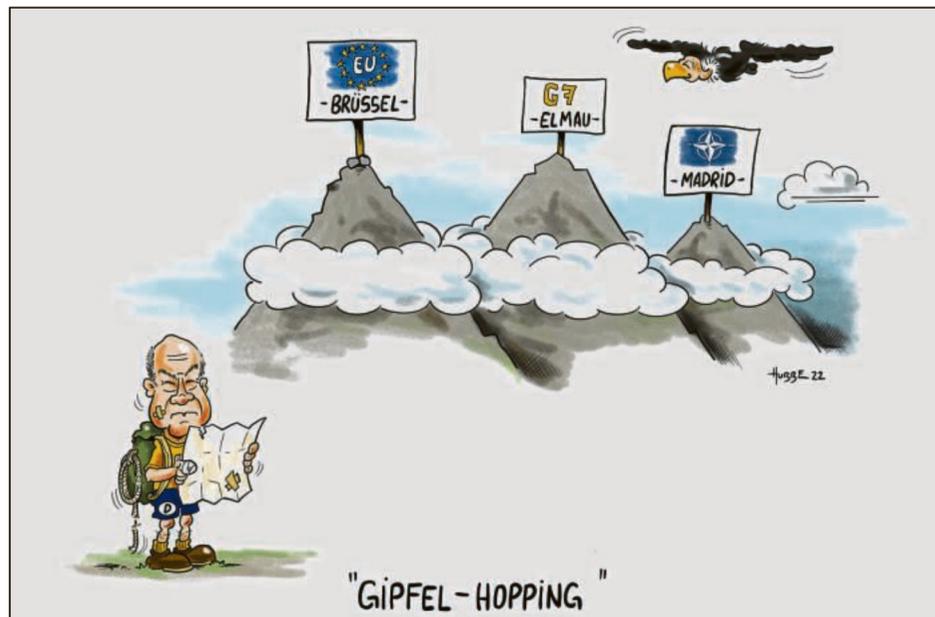
Topthemen vom 06. – 08.07.2022

Enquete-Kommission „Lehren aus Afghanistan“ (Do)

Phoenix überträgt live ab 9 Uhr

Auf www.bundestag.de: Die aktuelle Tagesordnung sowie die Debatten im Livestream

SEITENBLICKE



Olaf Scholz, Bundeskanzler:

Der Wiederaufbau der Ukraine wird eine Generationenaufgabe



Olaf Scholz (*1958)
Wahlkreis 61

Anfang des Monats haben wir das Fundament einer neuen Sicherheitsarchitektur für unser Land gelegt. Mit überwältigender Mehrheit hat dieses Haus Ja zum Sondervermögen für die Bundeswehr gesagt. Allen, die das mit ihrer Zustimmung möglich gemacht haben – hier im Bundestag und auch im Bundesrat –, sage ich heute von Herzen Danke. Sicherheit ist das fundamentalste Versprechen, das ein Staat seinen Bürgerinnen und Bürgern schuldet. Dieses Versprechen haben wir erneuert im Angesicht des russischen Angriffskrieges, im Angesicht der Zeitenwende. Wir werden die Bundeswehr so ausstatten, dass sie unser Land und unsere Bündnispartner gegen alle Angriffe wirksam verteidigen kann. Das ist der Maßstab für die neue Bundeswehr. Damit bekommen wir für unsere Soldatinnen und Soldaten endlich auch die Unterstützung, die sie bei ihrem wichtigen Dienst für unser Land verdienen, und dafür sage ich ebenfalls – hoffentlich im Namen von uns allen hier – Danke.

Die Neuausrichtung unserer Sicherheitspolitik ist bei unseren Freunden in Europa und in der Welt auf Anerkennung gestoßen. Unsere Botschaft wird verstanden. In der größten Sicherheitskrise Europas seit Jahrzehnten übernimmt Deutschland, das

wirtschaftsstärkste und bevölkerungsreichste Land der Europäischen Union, ganz besondere Verantwortung, und zwar nicht nur für seine eigene Sicherheit, sondern eben auch für die Sicherheit seiner Alliierten. Bei meinem Besuch vor zwei Wochen im Baltikum habe ich klargestellt: Ein Angriff auf euch wäre ein Angriff auf uns alle.

Und wir belassen es nicht bei Worten. Unmittelbar nach Kriegsbeginn haben wir zusätzliche Soldatinnen und Soldaten und militärische Fähigkeiten, zum Beispiel zur Luftabwehr, ins östliche Bündnisgebiet verlegt. Mit dem litauischen Präsidenten Nausėda habe ich vereinbart, dass wir die deutsche Präsenz dort dauerhaft verstärken und Litauen eine robuste Bundeswehrbrigade fest zuordnen. Wir werden außerdem unsere Präsenz mit Luft- und Marinestreitkräften im Ostseeraum ausweiten, und wir sind dabei, Soldatinnen und Soldaten in die Slowakei zu entsenden und die Slowakei bei der Sicherung ihres Luftraums zu unterstützen.

All das untermauert, was ich schon am 27. Februar 2022 hier im Bundestag gesagt habe: Wir werden jeden Quadratmeter des Bündnisgebietes verteidigen. Aus unserer eigenen Geschichte wissen wir Deutschen doch, was wir dieser Zusage zu verdanken haben, und deshalb können unsere NATO-Partner im Osten Europas sich heute auf Deutschland verlassen.

Mit dieser Zusage gehen wir kommende Woche in den NATO-Gipfel. Und weil sich dort auch andere Verbündete mit ganz konkreten Beiträgen zu unserer gemeinsamen Sicherheitsverantwortung bekennen werden, bin ich fest überzeugt: Vom NATO-Gipfel wird ein Signal des Zusammenhalts und der Entschlossenheit ausgehen.

Mit einem neuen strategischen Konzept werden wir die NATO

auf die Herausforderungen der Zukunft einstellen. Das künftige Verhältnis zu Russland spielt dabei eine wichtige Rolle. Um es klar zu sagen: Eine Partnerschaft mit Russland, wie sie noch das Strategische Konzept von 2010 als Ziel ausgegeben hat, ist mit Putins aggressivem, imperialistischem Russland auf absehbare Zeit unvorstellbar.

Doch wir sollten daraus keine falschen Schlüsse ziehen. Es wäre unklug, unsererseits die NATO-Russland-Grundakte aufzukündigen. Das würde nur Präsident Putin und seiner Propaganda in die Hände spielen. Die NATO-Russland-Grundakte bekräftigt genau die Prinzipien, gegen die Putin verstoßen hat und verstößt: den Verzicht auf Gewalt, die Achtung von Grenzen, die Souveränität unabhängiger Staaten. Daran sollten wir Putin immer wieder erinnern. Wir werden uns jedenfalls mehr denn je für den Erhalt einer internationalen Ordnung starkmachen, die auf Recht statt auf Gewalt basiert, gemeinsam mit unseren Partnern und Alliierten.

Zu diesen Alliierten – da bin ich zuversichtlich – werden bald auch Schweden und Finnland gehören. Für uns alle, denke ich, ist klar: Schweden und Finnland sind als neue Verbündete ein Sicherheitsgewinn für alle NATO-Mitglieder und für ganz Europa.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn ich in den nächsten Tagen am Treffen der EU mit den Westbalkanstaaten, am Europäischen Rat, am G-7-Gipfel und am Treffen der NATO-Staats- und Regierungschef teilnehme, dann werden mich die Eindrücke meines Besuchs in der Ukraine begleiten. Da sind vor allem die Erinnerungen an das kriegszerstörte Irpin. Ich werde sie nicht vergessen: die frischen Gräber, die zerbombten Wohnblocks, die zerstörten Brücken, die von Schüssen durch-

siebten Autos. Sie sprechen eine eindeutige Sprache.

Russland führt einen erbarungslosen Krieg gegen das ukrainische Volk, gegen unschuldige Frauen, Männer und Kinder. Das ist ein barbarisches Verbrechen. Die Ukraine hat jedes Recht, sich dagegen zur Wehr zu setzen. Und es ist unsere Pflicht als europäische Nachbarn, als Verteidiger von Recht und Freiheit, als Freunde und Partner der Ukraine, sie dabei bestmöglich zu unterstützen.

Europa steht geschlossen an der Seite des ukrainischen Volkes. Das ist die Botschaft, die Emmanuel Macron, Mario Draghi, Klaus Johannis und ich mit nach Kiew gebracht haben. Ich habe Präsident Selenskyj versichert: Wir werden die Ukraine

auch weiterhin massiv unterstützen – finanziell, wirtschaftlich, humanitär, politisch und nicht zuletzt mit der Lieferung von Waffen, und zwar so lange, wie die Ukraine unsere Unterstützung braucht. Die Ausbildung ukrainischer Soldatinnen und Soldaten an den Flakpanzern Gepard läuft. An den zugesagten Mehrfachraketenwerfern beginnt sie in den kommenden Tagen. Der Vertrag über das Luftabwehrsystem IRIS-T, das eine ganze Großstadt vor feindlichen Luftangriffen schützt, wurde vor wenigen Tagen zwischen der Ukraine und der Industrie unterzeichnet.

Ein erster Ringtausch mit Tschechien steht. Gespräche mit weiteren Tauschpartnern führen wir mit Hochdruck. Und ich kann mitteilen, was sich gestern schon herumgesprochen hat: Die

Panzerhaubitzen, an denen wir ukrainische Soldatinnen und Soldaten in den vergangenen Wochen intensiv trainiert haben, sind inzwischen vor Ort in der Ukraine.

Die Ukraine bekommt die Waffen, die sie in der jetzigen Phase des Krieges besonders braucht. Genau über diese Lieferungen und diese Waffen habe ich mit dem ukrainischen Präsidenten gesprochen. Wir liefern sie heute

und in Zukunft.

Damit wir alle künftig auf Basis von Fakten über diese Entscheidung diskutieren, hat die Bundesregierung entschieden, eine Übersicht über alle schon erfolgten und alle kommenden Waffenlieferungen zu veröffentlichen, analog zur Praxis vieler unserer Verbündeten.

Meine Damen und Herren, Städte wie Irpin oder Butscha sind Orte des Grauens. Aber Irpin und die anderen befreiten Orte machen auch etwas Hoffnung, dass es gelingen kann, die russi-

schen Angreifer mit vereinten Kräften zurückzudrängen, und das bleibt unser Ziel. Deshalb werden wir mit Präsident Selenskyj auch über weitere Unterstützung für die Ukraine beraten, immer ohne dass die NATO dadurch selbst zur Kriegspartei wird.

Noch etwas haben wir Präsident Selenskyj bei unserem Besuch in Kiew versichert: Die Ukraine – und nur die Ukraine – entscheidet in möglichen Verhandlungen mit Russland, was für sie richtig ist. „Nichts über die Ukraine ohne die Ukraine“ lautet unsere Devise.

Die Wahrheit ist doch: Wir sind von Verhandlungen zwischen der Ukraine und Russland weit, weit entfernt, weil Putin noch immer an die Möglichkeit eines Diktatfriedens glaubt. Umso entscheidender ist es, dass wir standhaft Kurs halten, mit unseren Sanktionen, mit den international abgestimmten Waffenlieferungen und mit unserer finanziellen Unterstützung für die Ukraine – so lange, bis Putin seine kolossale Fehleinschätzung endlich erkennt.

Bei alledem, meine Damen und Herren, brauchen wir einen langen Atem. Auch der Wiederaufbau der Ukraine wird eine Gene-

Die Ukraine bekommt die Waffen, die sie jetzt besonders braucht.

Die Ukraine hat jedes Recht, sich dagegen zur Wehr zu setzen.

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Das Plenarprotokoll und die vorliegenden Drucksachen sind im Volltext im Internet abrufbar unter:

<http://dip21.bundestag.de/dip21.web/bt>

Der Deutsche Bundestag stellt online die Übertragungen des Parlamentfernsehens als Live-Video- und Audio-Übertragung zur Verfügung.
www.bundestag.de/live/tv/index.html

rationenaufgabe; auch das wird einem in den zerschossenen Häusern von Irpin sehr deutlich. Das Ausmaß der Zerstörung ist enorm. Manches dort erinnert nicht nur mich an die Bilder der zerstörten deutschen Städte nach dem Zweiten Weltkrieg.

Wie damals das kriegszerstörte Europa braucht heute auch die Ukraine einen Marshallplan für einen Wiederaufbau. Die EU hat in den letzten 100 Tagen Mittel in Milliardenhöhe zur Unterstützung der Ukraine mobilisiert. Deutschland ist immer vorne mit dabei. Aber wir werden viele weitere Milliarden Euro und Dollar für den Wiederaufbau brauchen, und das über Jahre hinweg.

Das geht nur mit vereinten Kräften, gemeinsam mit den internationalen Finanzorganisationen, mit anderen großen Geberländern, mit anderen internationalen Organisationen. Ich habe Präsident Selenskyj zum G-7-Gipfel nach Elmau eingeladen, um auch darüber zu reden.

Neben den Finanzmitteln ist eines besonders entscheidend: Wir müssen uns darüber verständigen – auch mit dem Rat von Expertinnen und Experten und Wissenschaftlern –, wie ein solcher Marshallplan für die Ukraine aussehen kann, wie wir ihn international koordinieren, wie wir künftig gemeinsam entscheiden, welche Investitionen die Ukraine am schnellsten voranbringen auf ihrem europäischen Weg.

Gemeinsam mit der Kommissionspräsidentin werde ich deshalb auch beim Europäischen Rat und an anderer Stelle dafür werben, eine hochrangige internationale Expertenkonferenz einzuberufen, und zwar im Rahmen unserer G-7-Präsidentschaft, eng abgestimmt mit internationalen Partnern.

Der europäische Weg der Ukraine war das zentrale Thema meines Besuchs in Kiew. Emmanuel Macron, Klaus Johannis, Mario Draghi und ich haben unisono klargestellt: Die Ukraine

Ein stabiler, wohlhabender europäischer Westbalkan liegt in unser aller Interesse.

Kiew, Seite an Seite mit dem ukrainischen Präsidenten, Seite an Seite auch mit Freunden und Partnern aus alten und neuen EU-Mitgliedstaaten aus dem Norden, Süden, Osten und Westen.

Inzwischen hat die Kommission unsere Haltung ausdrücklich unterstützt. Zugleich hat sie klare Reformschritte benannt. Richtschnur und Zielmarke sind die Kopenhagener Kriterien. Von besonderer Bedeutung sind dabei Fragen der Rechtsstaatlichkeit, die weitere Reform des Gerichtswesens, der Kampf gegen Korruption und der Schutz von Minderheiten. Auch die Ukrainerinnen und Ukrainer wissen: Der Weg in die EU ist voraussetzungsreich.

Aber sie wollen den Weg jetzt gehen, weil sie sich davon weniger Korruption, weniger Einfluss von Oligarchen und mehr Rechtsstaatlichkeit, mehr Transparenz, mehr Demokratie und eine stärkere Wirtschaft versprechen. Das ist die Hoffnung, die auch wir mit dem Weg der Ukraine Richtung EU verbinden. Und dabei werden wir die Ukraine unterstützen.

Das gilt übrigens auch für Georgien, dessen europäische Perspektive wir weiter fördern wollen. Zugleich wissen wir: Auch die EU muss sich auf den Beitritt neuer Mitglieder vorbereiten. Das heißt, dass wir unsere internen Strukturen und Verfahren reformieren müssen. Deshalb werbe ich intensiv dafür, künftig mehr Entscheidungen mit qualifizierter Mehrheit zu treffen, etwa in der Außenpolitik. Wir müssen die Europäische Union aufnahmefähig machen.

Das erfordert institutionelle Reformen, und wir sollten diese Reformen nutzen, um Demokratie und Rechtsstaatlichkeit auch in der Europäischen Union zu stärken.

Die Entscheidung für den Kandidatenstatus der Ukraine und Moldaus ist eine Antwort Europas auf die Zeitenwende. Dieselbe klare Antwort verdienen auch die Länder des westlichen Balkans.

Deshalb war es mir wichtig, die Region vor meiner Reise in die Ukraine zu besuchen. Fast 20 Jahre ist es her, dass die EU diesen Ländern den Beitritt in Aussicht gestellt hat – in Thessaloniki. Ich war vor wenigen Tagen dort, und alle haben mich daran

erinnert: Als das damals in Thessaloniki – am gleichen Ort – beschlossen wurde, haben alle gedacht: So in fünf bis acht Jahren sind die alle Mitglied. Das hat sich bis heute nicht bewahrheitet. Deshalb muss in diesen neuen Zeiten klar sein: Jetzt gilt es! Wir wollen und wir brauchen den westlichen Balkan in der Europäischen Union.

Wir werden energieunabhängig von Russland, und wir werden klimaneutral. Jetzt erst recht!

Das war meine Botschaft bei meiner Reise in die Region, und es wird auch die Botschaft sein, die vom morgigen EU-Treffen mit den sechs Westbalkanstaaten ausgehen muss.

Ich sage hier ganz ausdrücklich: Es findet nun hoffentlich statt. Wir haben heute auch verfolgt, dass das nicht so sicher war. Darüber darf man sich ehrlicherweise auch nicht wundern. Denn wenn man Hoffnungen weckt, wenn man Nationen, wenn man Länder davon überzeugt, dass es sich lohnt, sich auf den Weg in die EU zu machen, wozu Anstrengungen unternommen und politische Konflikte im eigenen Land riskiert werden – ein Land hat seinen Namen in „Nordmazedonien“ geändert, um den Streit mit Griechenland beizulegen –, das aber alles nichts hilft und die Dinge nicht vorankommen, dann ist es völlig richtig, dass das Störgefühl, das die politischen Verantwortlichen dieser Länder und ihre Bürgerinnen und Bürger haben, auch ausgedrückt wird. Deshalb wird das bestimmt kein einfacher Gipfel mit diesen Staaten. Aber es ist richtig, dass wir uns da so positionieren, dass sie wissen: Deutschland ist auf ihrer Seite. Ich hoffe sehr, dass nun alle über ihren Schatten springen und ihre Verantwortung für das große Ganze sehen. Die EU muss endlich grünes Licht geben für Beitrittsverhandlungen mit Albanien und mit Nordmazedonien.

Das will ich hier auch sagen: Meine Gespräche mit dem bulgarischen Ministerpräsidenten haben mir gezeigt, dass er sehr konstruktiv an die Gespräche mit Skopje herangeht. Und wir wissen auch: Gegenwärtig finden darüber heftige Debatten in dem Land statt; denn das, was das Miteinander in Europa so schwierig macht, ist immer wieder, dass Dinge, die irgendwie ein Fundament in lange zurückliegenden Ereignissen der Geschichte haben, plötzlich genutzt

werden, um aktuell alles Mögliche durcheinanderzubringen, was uns eine friedliche Zukunft ermöglicht. Deshalb hoffe ich, dass Bulgarien einen Weg wählt, der es möglich macht, dass es seine eigene Kraft in der Europäischen Union entfalten kann, aber vereint mit seinen engsten Nachbarn im westlichen Balkan.

Ich unterstütze deshalb die Bemühungen der französischen Ratspräsidentschaft, einen Kompromiss zu vermitteln. Ich hoffe, dass alle ihre Streitigkeiten beilegen. Ein stabiler, wohlhabender europäischer Westbalkan liegt schließlich in unser aller Interesse.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, noch etwas hat bei unserem Besuch in Kiew eine wichtige Rolle gespielt. Wir haben über die globalen Folgen des Kriegs gesprochen: über steigende Energiepreise und knappe Rohstoffe. Abgestimmt mit unseren europäischen und internationalen Partnern tun wir alles dafür, um Vorsorge für den Winter zu treffen. Das gilt besonders für die Energieversorgung. Wir arbeiten auch an Lösungen für die Ausfuhr von ukrainischen Nahrungsmitteln. Erst gestern habe ich mit dem Generalsekretär der Vereinten Nationen noch einmal darüber diskutiert, wie wir die Verhandlungen jetzt zu einem guten Ergebnis führen können. Es kann nicht dabei bleiben, dass Millionen Tonnen ukrainisches Getreide in Speichern feststecken, obwohl sie weltweit dringend gebraucht werden. Die Vereinten Nationen warnen schon vor der größten Hungersnot seit Jahrzehnten. Dabei kämpfen viele Länder des Globalen Südens noch mit den Folgen der Pandemie. Wenn es uns nicht gelingt, diesen Ländern solidarisch beizustehen, dann werden Mächte wie Russland und China das ausnutzen. Deshalb ist es von ganz entscheidender Bedeutung: Von den Gipfeltreffen der kommenden Tage muss nicht nur die Botschaft ausgehen, dass die Europäische Union, die NATO und die G 7 so geschlossen zusammenstehen wie nie, sondern auch, dass die Demokratien der Welt zusammenstehen im Kampf gegen Putins Imperialismus, aber eben genauso im Kampf gegen Hunger und Armut, gegen Gesundheitskrisen und den Klimawandel. Mit Indonesien und Indien habe ich daher die aktuelle und die künftige G-20-Präsidentschaft zum Gipfel eingeladen. Auch Senegal als Präsidentschaft der Afrikanischen Union, Argentinien als

Vorsitz der Gemeinschaft der Lateinamerikanischen und Karibischen Staaten sowie Südafrika werden mit am Tisch sitzen.

Als Präsidentschaft der G 7 haben wir Vorarbeit geleistet. Zusammen mit der Weltbank haben wir ein Bündnis für globale Ernährungssicherheit ins Leben gerufen. Mit einem Pakt zur Bekämpfung künftiger Pandemien wollen wir die Früherkennung und die Reaktionsfähigkeit stärken. Und wir werden über die Rolle von Demokratien sprechen bei der Verteidigung offener, resilienten Gesellschaften und der Durchsetzung von Menschenrechten. Und nicht zuletzt brauchen wir dringend Fortschritte beim Klima- und Umweltschutz. Ich habe daher einen offenen kooperativen Klimaklub vorgeschlagen, und ich bin zuversichtlich, dass wir ihn in Elmau weiter aufs Gleis setzen. Das Ziel ist ein internationaler Markt mit vergleichbaren Standards, ein Markt, der Länder für klimafreundliches Wirtschaften belohnt und sie vor Wettbewerbsnachteilen schützt. Die Beachtung von Klimaschutz wird damit zum Wettlauf um Wettbewerbsvorteile.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Zeitenwende war nie nur eine Zustandsbeschreibung. Aus ihr ergibt sich ein Handlungsauftrag an unser Land, an Europa, an die internationale Gemeinschaft. Als Land haben wir die Weichen neu gestellt. Wir investieren massiv in unsere Sicherheit. Wir lösen das Versprechen deutscher Sicherheitsverantwortung für Europa ein. Wir werden energieunabhängig von Russland, und wir werden klimaneutral. Jetzt erst recht!

Auf den internationalen Gipfeltreffen der kommenden Tage werden wir ähnlich tiefgreifende Veränderungen anstoßen. Die Europäische Union muss sich zur europäischen Zukunft ihrer Nachbarschaft bekennen und zu den notwendigen internen Reformen. Die NATO wird geschlossen wie nie die sicherheitspolitischen Antworten auf die Herausforderungen unserer Zeit geben. Und die G 7 wird klare Zeichen setzen für mehr Klimaschutz, mehr internationale Zusammenarbeit und mehr globale Solidarität. Deutschland spielt bei alledem eine zentrale Rolle. An unser Land richten sich große Erwartungen. Wir stellen uns dieser Verantwortung, und das wird die Aufgabe der nächsten Tage sein.

Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Wir lösen das Versprechen deutscher Sicherheitsverantwortung für Europa ein.

Friedrich Merz, CDU:

Was ist eigentlich los in Ihrer eigenen Koalition?



Friedrich Merz (*1955)
Wahlkreis Hochsauerlandkreis

Wir erleben zurzeit in der Tat die tiefste Zäsur der europäischen Geschichte nach dem Zweiten Weltkrieg. Die Ergebnisse der jetzt in sehr dichter Abfolge stattfindenden Gipfeltreffen der Europäischen Union, der G 7 und der NATO werden auf lange Zeit die politische Ordnung auf unserem Kontinent und damit das Leben der Menschen in ganz Europa und darüber hinaus bestimmen.

Herr Bundeskanzler, wir haben aus Überzeugung mitgestimmt bei der Neuausrichtung der deutschen Sicherheitspolitik und bei der neuen Art der Finanzierung der Bundeswehr. Das ist ein wesentlicher Bestandteil einer neuen deutschen und damit auch einer neuen europäischen Sicherheitspolitik.

Wir begrüßen ausdrücklich, dass Sie in der letzten Woche – will sagen: nun endlich – in Kiew gewesen sind und dass Sie dort mit dem französischen Staatspräsidenten, dem rumänischen Präsidenten – das war besonders wichtig – und dem italienischen Ministerpräsidenten zu Besuch waren. Das war ein wichtiges Zeichen der europäischen Solidarität mit diesem unverändert geschundenen Land und seinen Menschen. Dieser Besuch aber, meine Damen und Herren, ändert nichts daran: Der russische Vernichtungskrieg in der Ukraine trägt von Tag zu Tag mehr – so sagt es das Wallenberg Centre for Human Rights – „die zentralen Merkmale eines intendierten Völkermords“.

Wir alle – Sie, die Mitglieder der Bundesregierung, wir, die Mitglieder des Deutschen Bundestages – haben in diesen Tagen den Brief

einer großen Zahl von anerkannten Historikern, Völkerrechtlern und weiteren Personen des öffentlichen Lebens erhalten, die uns alle zusammen eindringlich auffordern, auch unserer Schutzverantwortung für die Ukraine nachzukommen und die immer größer werdende Gefahr eines Völkermordes abzuwenden. Wir stehen zu dieser Verantwortung auch als CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Herr Bundeskanzler, wir begrüßen ausdrücklich, dass nun auch endlich die Lieferung der Waffen in Gang kommt, die wir hier gemeinsam am 28. April im Deutschen Bundestag mit sehr großer Mehrheit beschlossen haben und die Sie schon seit Wochen ankündigen. Es hat offenbar in Ihrer Regierung einen Meinungswechsel gegeben im Hinblick auf die Veröffentlichung von Listen und auch auf die Lieferung. Wir begrüßen das ausdrücklich. Wir hätten es uns früher vorstellen können. Es ist vor allem angesichts der Tatsache wichtig, dass Russland nun offenbar dabei ist, auch die Spannungen zu einem weiteren Nachbarland zu verschärfen, nämlich gegenüber Litauen. Herr Bundeskanzler, Sie haben das hier mit einem Halbsatz angesprochen; ich will es etwas deutlicher sagen: Dies zeigt, dass wir in unserer Einschätzung richtig liegen, dass Putin in der Ukraine gestoppt werden muss. Wenn das nicht gelingt, macht er weiter.

Nun will ich allerdings unserer Überraschung schon ein wenig Ausdruck verleihen, dass ausgerechnet in einer solchen Lage der außenpolitische Berater des Bundeskanzlers, Ihr wichtigster Mitarbeiter in der Außenpolitik im Bundeskanzleramt, es für richtig und angezeigt hält, öffentlich darüber zu rasonieren, wie denn nun unser Verhältnis zu Russland sein könnte. Wörtlich:

Mit 20 Mardern kann man viele Zeitungsseiten füllen, aber Artikel darüber, wie wird unser Verhältnis zu Russland sein, gibt's jetzt irgendwie weniger.

Herr Bundeskanzler, solche Äußerungen sind genau die Äußerungen aus Ihrer Bundesregierung, die im Inland und noch mehr im europäischen Ausland und außerhalb der Europäischen Union berechtigte Zweifel daran auslösen,

ob Sie es wirklich ernst meinen mit dem, was Sie auch heute hier von dieser Stelle aus wieder gesagt haben. Sie verlieren mit diesen Zweifeln aus Ihren eigenen Reihen das wichtigste Kapital, das Sie gerade jetzt in dieser internationalen Krise brauchen, nämlich Vertrauen und Verlässlichkeit in den deutschen Bundeskanzler. – Sie haben auch schon mal witzigere Zwischenrufe gemacht.

Ich vermisste übrigens in Ihren Reihen den Parteivorsitzenden der SPD. Wo ist der eigentlich? Der macht hier kluge Vorschläge zur Außen- und Sicherheitspolitik, und dann sieht man mal in Ihre Reihen und stellt fest: Die Hälfte der SPD-Bundestagsfraktion fehlt. Was ist eigentlich los, Herr Bundeskanzler, in Ihrer eigenen Koalition, dass noch nicht einmal Ihre beiden Parteivorsitzenden heute da sind und Ihren Ausführungen zugehört haben? Wir sind da und hören zu.

Also, immerhin der Beschluss der Staats- und Regierungschefs, meine Damen und Herren, über den Kandidatenstatus der Ukraine ist wichtig. Er ist ein wichtiges politisches Signal des europäischen Zusammenhalts. Aber wir alle wissen: Der Beschluss allein, die Ukraine jetzt in den Kandidatenstatus zu setzen, hilft diesem Land noch nicht, und die Ukraine ist damit von einer Mitgliedschaft in der Europäischen Union – wir wissen es – noch viele Jahre entfernt. – Deswegen stellt sich die berechnete Frage: Was geschieht in der EU mit der Ukraine eigentlich in der Zeit bis dahin?

Sie haben sich, Herr Bundeskanzler, bei anderer Gelegenheit offen gezeigt – so haben Sie es gesagt – für den Vorschlag des französischen Präsidenten einer europäischen politischen Gemeinschaft. Nun sind diese Vorschläge, zwischen der Vollmitgliedschaft und der Nichtmitgliedschaft eine Art Zwischenstatus in der Europäischen Union zu schaffen und auch institutionell abzusichern, nicht neu. Aus unseren Reihen hier, aus dem Deutschen Bundestag, aus der Bundestagsfraktion der CDU/CSU sind schon 1994 Vorschläge gemacht worden für eine abgestufte Integration innerhalb der Europäischen Union. Aber was folgt denn nun daraus,

wenn der französische Staatspräsident eine solche Frage stellt? Was ist die Antwort der Bundesregierung, der Bundesrepublik Deutschland? Ich finde, Europa könnte – und ich meine sogar: Europa muss – bis zur Vollmitgliedschaft der Ukraine in der Europäischen Union einen Weg finden, um die Beitrittskandidaten – eben nicht nur die Ukraine, sondern auch Moldau, möglicherweise auch Georgien – Schritt für Schritt an diese Europäische Union heranzuführen.

Der französische Präsident, meine Damen und Herren, hat weitere Vorschläge gemacht für die Reform der Europäischen Union. Er hat unter anderem eine Reform des Maastricht-Vertrages vorgeschlagen. Und es ist aufschlussreich, dass Sie in Ihrer Regierungserklärung heute kein Wort darüber verloren haben, dass auch die Präsidentin der Europäischen Zentralbank an diesem Gipfel der Europäischen Union teilnimmt und dort einen Ausblick auf die finanz- und wirtschaftspolitische Lage geben wird. Meine Damen und Herren, ich will von unserer Seite hier jedenfalls festhalten: Für uns gibt es keinen Zweifel daran, dass wir am Maastricht-Vertrag und am Stabilitäts- und Wachstumspakt der Europäischen Union ohne Wenn und Aber festhalten wollen.

Es gibt Gründe, diesen Hinweis zu geben. Denn, meine Damen und Herren, wenn ich Überlegungen aus der Europäischen Zentralbank höre, dass man jetzt der „Fragmentierung der Eurozone“ begegnen will, dann sind dies erste Hinweise darauf, dass offensichtlich die Europäische Zentralbank vorhat, außerhalb ihres Mandats weitere Stützungsmaßnahmen für einzelne Länder innerhalb der Währungsunion vorzubereiten. Auch hier gilt: Die Bundesregierung, Herr Bundeskanzler, ist im Rahmen des Mandats der Europäischen Zentralbank gebunden an die Entscheidung des deutschen Bundesverfassungsgerichtes vom 5. Mai 2020. Ich will das hier noch einmal in Erinnerung rufen.

Vor allem sind Sie gebunden an die strikte Regel, dass Anleihen von der Europäischen Zentralbank nur quotale nach den jeweiligen Kapitalschlüsseln der nationalen Zentralbanken gekauft werden. Das hört sich jetzt sehr technisch an. In Wahrheit, meine Damen

und Herren, ist dies eine ganz wesentliche politische Frage der zukünftigen Stabilität der Europäischen Währungsunion, wenn die Europäische Zentralbank ihren Auftrag weiter erfüllen will, für Geldwertstabilität zu sorgen, und zwar nur für Geldwertstabilität. Ein anderes Mandat hat die Europäische Zentralbank nicht.

Und es ist schon aufschlussreich, dass Sie in dieser Regierungserklärung den Stabilitäts- und Wachstumspakt der Europäischen Union mit keinem Wort erwähnen, obwohl er gerade in diesen Tagen 25 Jahre alt wird und man eigentlich doch die Gelegenheit hätte nutzen können, mal zu sagen: Die Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland hält ohne Wenn und Aber an den Zielen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes der Europäischen Währungsunion fest. Das hätten wir eigentlich gerade vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Verschuldung und Zinsentwicklung von Ihnen erwartet, Herr Bundeskanzler.

Die Menschen machen sich nicht nur Sorgen um den Krieg in der Ukraine und die mögliche Ausweitung, sondern auch um die Inflation, die Geldentwertung und die Zinsentwicklung. Je höher die Schulden, umso höher ist die Inflation. Die Situation hätte es durchaus verdient, ein Wort zu den Schulden und zu den Zinsen in der Europäischen Währungsunion zu sagen. Herr Bundeskanzler, Sie haben diese Gelegenheit leider nicht genutzt. Ich will deswegen für uns sagen: Wenn Sie sich an irgendeiner Stelle auf den Weg machen, eine Transferunion und eine Schuldenunion in der Europäischen Währungsunion zu ermöglichen, dann werden Sie dabei auf den erbitterten Widerstand unserer Bundestagsfraktion stoßen, und wir werden alles tun, um genau das zu verhindern. – Den Zwischenruf, dass das von vorgestern ist, greife ich gerne auf und freue mich, dass er im Protokoll festgehalten ist. Stabilität in der Währungsunion ist also von vorgestern. Diesen Zwischenruf aus der SPD, meine Damen und Herren, den merken wir uns, und darauf kommen wir bei Gelegenheit gerne zurück. Dafür werden die Menschen in Deutschland Ihnen ganz große Dankbarkeit aussprechen.

Lassen Sie mich abschließend einen oder zwei Sätze zum G-7-Gipfel sagen: Es ist eine sehr kluge Entscheidung, Herr Bundes-

Sie schaffen es offensichtlich nicht, Ihre Koalition da zur Vernunft zu bringen.

Wir begrüßen ausdrücklich, dass nun endlich die Lieferung der Waffen in Gang kommt.

Wir begrüßen ausdrücklich, dass Sie in der letzten Woche in Kiew gewesen sind.

kanzler, einige Länder hier als Gäste einzuladen. Sie haben Südafrika, Senegal, Indonesien, Indien und Argentinien genannt. Über Südafrika kann man streiten und auch darüber, ob es nicht vielleicht sinnvoller gewesen wäre, Australien statt Südafrika einzuladen. Aber immerhin: Sie haben Indien eingeladen. Es ist eine strategisch sehr kluge Entscheidung, dass Sie ein Land, das zu den größten der Welt zählt, dazu

einladen, hier über die zukünftige politische Ordnung der Welt mitzudiskutieren.

Wir hätten Ihnen gerne noch ein kleines Gastgebergeschenk mit in Ihr Reisegepäck gegeben. Wir hätten nämlich spätestens heute das Handelsabkommen mit Kanada verabschieden können. Dann wäre diese Initiative umso glaubwürdiger gewesen, dass Sie diese Länder einladen. Nur, damit es alle wissen: Ihre

Koalition, Herr Bundeskanzler, hat heute Morgen im Wirtschaftsausschuss des Deutschen Bundestages zum fünften Mal hintereinander die Ratifikation dieses Abkommens abgelehnt. Sagen Sie, wenn Sie mit diesen Ländern reden wollen – und Sie müssen mit diesen Ländern reden –, warum sind Sie denn dann nicht in der Lage, Ihrer Koalition mal zu sagen: „Wir verabschieden vor einem solchen großen Gipfel, wo

die Kanadier dabei sind, dieses Freihandelsabkommen mit Kanada“? Das wäre wirklich glaubwürdig gewesen. Dann hätten Sie etwas im Gepäck gehabt, auch aus der Mitte des Deutschen Bundestages.

Nun, Sie haben es nicht hinbekommen. Sie schaffen es offensichtlich nicht, Ihre Koalition da zur Vernunft zu bringen. Wir wünschen Ihnen und der Bundesregierung trotzdem viel Erfolg bei

diesen wichtigen Gipfeln, die jetzt bevorstehen. Wir bleiben skeptisch – und das werden Sie uns nachsehen, wenn ich das sage –, ob Sie in zwei Wochen wirklich mit den Ergebnissen nach Berlin zurückkehren, die Europa und die auch unser Land in dieser schwierigen Situation jetzt so dringend brauchen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Katharina Dröge, Bündnis 90/Die Grünen:

Hätten Sie gehandelt, dann stünden wir heute anders da



Katharina Dröge (*1984)
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Sehr geehrter Herr Merz, es gibt einen Punkt in Ihrer Rede, bei dem ich Ihnen zustimmen würde. Wir erleben gerade Krisen, die tatsächlich unser Leben, das Leben der Menschen in Europa, nachhaltig und auf Dauer verändern werden. Dazu gehört der Krieg in Europa, der furchtbare Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine, ein Angriffskrieg gegen die Menschen in der Ukraine, aber auch gegen unser aller Sicherheit. Dazu gehört eine sehr hohe Inflation im Euroraum, die die Menschen belastet, eine Energie- und Lebensmittelpreise betrifft.

Aber es gibt eine Krise, die Sie zum wiederholten Male nicht angesprochen haben in Ihrer Rede, und das ist die globale, sich verschärfende Klimakrise. Politik auf der Höhe dieser Zeit zu machen, heißt, in der Lage zu sein, alle Krisen zu erkennen, die wir gerade bearbeiten müssen, zu erkennen, wie diese Krisen zusammenhängen, und zu erkennen, dass wir diese Krisen nur gemeinsam beantworten können. Da war in Ihrer Rede eine riesige Leerstelle. Wir sind diejenigen, die gewählt sind, diese Krisen gleichzeitig zu lösen, und dabei kommt es wie nie auf die Europäische Union an.

Die Menschen in der Ukraine kämpfen jeden Tag um jeden

Quadratmeter ihres Landes, um ihre Städte, um ihre Dörfer, aber auch um ihr Leben, um ein Leben in Freiheit und Selbstbestimmung. Es ist unser Auftrag als Europäische Union, alles dafür zu tun, alles, was in unserer Möglichkeit steht, die Ukraine hierbei zu unterstützen. Ich war froh, dass wir es geschafft haben, gemeinsam und fraktionsübergreifend hier im Deutschen Bundestag einen Antrag zu beschließen, der eine klare Richtung dafür beschreibt, wie wir die Ukraine unterstützen können und müssen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, genau das tun wir auch. Wir unterstützen die Ukraine auf der einen Seite durch scharfe wirtschaftliche Sanktionen. Wir unterstützen die Ukraine durch enorme finanzielle Hilfen. Wir unterstützen die Menschen, die aus der Ukraine zu uns geflüchtet sind, indem wir sie hier aufnehmen.

Und ja, wir unterstützen die Ukraine auch mit der Lieferung von militärischem Material und schweren Waffen. Wir alle hätten uns mit Sicherheit gewünscht, dass das schneller geht. Wir alle bedauern, dass es Restriktionen gibt wie Ausbildungszeiten, wie die Verfügbarkeit von Materialien, die es nicht sofort möglich gemacht haben, all das zu liefern, was wir bereits beschlossen haben. Umso wichtiger ist, dass die ersten schweren Waffen jetzt auch in der Ukraine angekommen sind. Umso wichtiger ist, dass wir uns gemeinsam verpflichten, hier zu handeln.

Es gibt eine Sache – wir alle haben mit dem ukrainischen Außenminister Kuleba gesprochen, als er hier in Berlin zu Besuch war –, worum die Ukraine ganz besonders gebeten hat, die ihr ganz besonders wichtig war, und das war eine klare Beitrittsperspektive zur Europäischen Union. Deswegen ist es so fundamental wichtig, wenn vom Europäischen Rat jetzt

das Zeichen ausgeht, dass die Ukraine und dass auch Moldau den Kandidatenstatus bekommen werden. Das ist ein wichtiges, gemeinsames und entschlossenes Zeichen vonseiten der Europäischen Union.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Auswirkungen dieses brutalen Krieges spüren natürlich zuallererst die Menschen in der Ukraine. Aber die spüren auch wir hier. Russland versucht mit allen Mitteln, die EU wirtschaftlich zu schwächen. Russland setzt insbesondere fossiles Gas in diesem Konflikt als Waffe gegen uns ein. Wir sehen momentan eine angespannte Lage auf dem Gasmarkt durch gedrosselte Gaslieferungen. Wir alle schauen natürlich mit Sorge auch auf die Situation im Herbst. Aber hier – und deswegen ist es so wichtig, die unterschiedlichen Krisen gleichzeitig zu sehen – zeigt sich eben auch die Gleichzeitigkeit verschiedener Krisen. Denn unser Hunger nach fossilen Energien, der hat uns nicht nur in ein massives Sicherheitsrisiko geführt, der hat uns nicht nur massiv erpressbar gemacht

von Russland, sondern der ist auf der anderen Seite auch der Brandbeschleuniger für die Klimakrise und trägt die Verantwortung, wenn wir die Zukunft unserer Kinder zerstören. Deshalb müssen wir diese Krisen gleichzeitig lösen. Da sind die kurzfristigen Maßnahmen wie das Kaufen von fossilem Gas aus anderen Regionen der Welt, um durch den Winter zu kommen. Aber da sind vor allen Dingen auch die strukturellen Maßnahmen, die wir jetzt angehen müssen. Und da kann ich mir einen Blick in die Vergangenheit nicht verkneifen. Denn hätten Sie gehandelt, dann stünden wir heu-

te anders da. Hätten wir mehr erneuerbare Energien, hätten Sie Ernst gemacht mit der energetischen Gebäudesanierung, dann wären die Leute nicht so abhängig von den hohen Preisspitzen bei den Fossilen. Hätten sie Ernst gemacht mit der Förderung des Umtauschs von Heizungen, dann wären die Leute jetzt nicht so empfindlich getroffen von den hohen Preisen für fossile Energien. Sie haben in der Vergangenheit massive Fehler gemacht, indem Sie in diesen Bereichen nicht gehandelt haben. Sie müssen jetzt mit uns alle gemeinsam den Weg gehen, diese strukturellen Fehler zu beheben. In der Reduzierung des Gasverbrauchs liegt die einzige vernünftige Antwort auf diese Krise.

Wir haben gleichzeitig die Aufgabe, die Menschen in dieser Zeit, in der sie von hohen Kosten für fossile Energien belastet werden, zu unterstützen. Wenn jeder Sechste angibt, dass er aufgrund der hohen Inflation eine reguläre Mahlzeit täglich ausfallen lässt, dann ist das ein Warnsignal an die Politik, dann ist das ein Handlungsauftrag an die Politik. Insbesondere für die ärmsten Menschen in diesem Lande werden die hohen Lebensmittelpreise zu einem enormen Problem, und deswegen müssen wir insbesondere mit Blick auf die Grundsicherung handeln. Die Sätze sind dort zu niedrig. Die Menschen brauchen hier mehr finanzielle Unterstützung.

Eins begründet diese Inflation nicht: Wir haben eine Inflation, die aufgrund von Preissteigerungen bei Fossilen getrieben wird. Wir haben keine Inflation, die zurückzuführen ist auf eine falsche Geldpolitik, und wir haben auch keine Inflation, die zurückzuführen ist auf eine zu hohe Staatsverschuldung. Angemessene Politik heißt auch, das Problem an den Wurzeln zu packen. Deswegen ist die Lösung jetzt nicht, über angemessene und sachorientierte Geldpolitik und Staatsverschuldung zu sprechen. Die richtige

Politik ist, die Preise für fossile Energien in den Blick zu nehmen sowie die Erneuerbaren als günstigste Energieform auszubauen, und mit Sicherheit nicht, mit einem Rollback in die Atomenergie ausgerechnet die teuerste Form der Energieerzeugung wieder anschalten zu wollen.

Mit Blick auf die Klimakrise ist die Europäische Union gefordert, und die Europäische Union handelt. Sie hat ein weitreichendes Klimapaket mit dem „Fit for 55“-Paket beschlossen, das unsere Unterstützung hat, das Ernst macht mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien, das Ernst macht mit der Energieeffizienz und das Ernst macht mit einer klimafreundlichen, klimaneutralen Mobilität. Auch hier hat die Europäische Union unsere Unterstützung.

Die Gleichzeitigkeit der Krisen bedeutet aber auch, dass wir die globale Verantwortung sehen müssen. Putin benutzt den globalen Hunger als Waffe, und die Klimakrise verschärft den globalen Hunger, indem sie die Lebensgrundlage gerade der ärmsten Menschen auf diesem Planeten zerstört. Mit Blick auf den G-7-Gipfel haben wir die Verantwortung, klare Zusagen zu machen für die internationale Klimafinanzierung, klare Verantwortung zu übernehmen für die Finanzierung der Beseitigung von Verlusten und Schäden, die aus der Klimakrise entstehen, und klare, verbindliche Vereinbarungen zu treffen, weil die Länder, die am meisten zum Entstehen der Klimakrise beigetragen haben, jetzt auch die Verantwortung haben, den größten Beitrag zur Bekämpfung der Klimakrise zu leisten. Die ärmsten Länder dieser Welt können am wenigsten dafür, in welcher Situation sich dieser Planet befindet, müssen aber die größte Last tragen. Deswegen: Machen Sie diesen G-7-Gipfel zu einem klaren Zeichen für gemeinsamen Klimaschutz, zu einem klaren Zeichen für entschlossenes Handeln.

Ich danke Ihnen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

In der Reduzierung des Gasverbrauchs liegt die einzige vernünftige Antwort auf diese Krise.

Tino Chrupalla, AfD:

Wir brauchen in Deutschland einen vernünftigen Energiemix



Tino Chrupalla (*1975)
Wahlkreis Görlitz

Die Erwartungen an die bevorstehenden Gipfeltreffen sind ja offensichtlich sehr hoch; meine Vorredner hier haben das eingangs schon gezeigt. Bundeskanzler Scholz möchte auch hier für seine Vorstellung vom Wahren und Guten werben. – Dafür wünsche ich Ihnen viel Erfolg bei diesen Gipfeltreffen, zum Beispiel im Bereich der Energieversorgung.

Mittlerweile hat man erkannt, dass überambitionierte grüne Klimapläne nicht umsetzbar sind – Frau Dröge, darauf sind Sie in Ihrer Rede überhaupt nicht eingegangen –; denn sie sind reine Ideologie und nicht anschlussfähig an die reale Situation in Deutschland.

Deshalb hat sich die Bundesregierung jetzt bei unseren Ansätzen für eine vernünftige Klimapolitik bedient; das ist eigentlich mal was Positives. Einige Beispiele: Stromerzeugung durch Kohlekraftwerke, Weiterentwicklung von Verbrennermotoren und der Weiterbetrieb der Kernkraftwerke – alles Forderungen der AfD, die neben Robert Habeck nun auch die FDP für sich entdeckt hat. „Willkommen in der Realität!“, kann man da sagen. Christian Lindner forderte das mittlerweile auf Twitter. Damit folgt er nur konsequent der Rolle, die die FDP einnimmt als eine Partei, die wie ein Fähnlein im Wind stets so agiert, dass ihre Macht gesichert bleibt. Eigene Ideen? Fehlanzeige.

Fest steht – das ist die Linie der AfD –: Wir brauchen in Deutschland einen vernünftigen Energiemix. Denn wir sind bei wachsendem Energiebedarf und hoher Inflation einfach nicht imstande, auf konventionelle, vor allem grundlastfähige Energieerzeugung zu verzichten; das wird die nächsten 20, 30 Jahre auch so bleiben. Von Speichern ganz zu schweigen; die haben wir nämlich auch nicht.

Werte Kollegen, Deutschland und unsere Bürger stehen vor schwierigen Zeiten wie seit 50 Jahren nicht mehr. Wo bleibt die Unterstützung der Bundesregierung? Ihre Entlastungen für drei Monate, die Sie beschlossen haben, sind allenfalls ideologisch motiviert, Makulatur, mittlerweile verpufft und eigentlich schon jetzt gescheitert.

Meine Damen und Herren, Sie verlangen allen Bürgern sehr viel ab. Viele sind trotzdem zum Verzicht bereit. Es bleibt ihnen ja auch eigentlich gar keine andere Wahl; denn Ihre starrsinnige Politik führt dazu, dass schon heute die Lebensmittelpreise vollkommen von den Einkommensstrukturen abgekoppelt sind. Sie auf der Regierungsbank steuern uns planlos in die größte Krise nach dem Zweiten Weltkrieg.

Der Bundeskanzler möchte sich im Klimaklub verstärkt um Wasserstofftechnologien bemühen – wir haben es gehört –, zum Beispiel um Leitungs- und Versorgungsnetze. Schauen Sie sich in diesem Zusammenhang doch mal völlig unvoreingenommen Nord Stream 2 an. Dieser Leitungsweg ist bereits für Wasserstoff ausgelegt und auch betriebsbereit. Sie aber wollen sich den Luxus leisten, auf eine Kooperation mit einem der rohstoffreichsten Länder der Erde zu verzichten. Das ist Russland, und Russland gehört zu Europa. Ihre europäische Idee ist somit nicht zukunftsfähig, werte Bundesregierung. Heute kaufen Sie Gas von Katar, das Sie vor Kurzem noch als Menschenrechtsverletzer an den Pranger gestellt hätten. Das ist die reine Doppelmoral dieser Bundesregierung.

Auch wir – das will ich hier noch mal klar betonen – verurteilen den russischen Angriff auf die Ukraine. Aber wir wissen auch, dass nur der Dialog und die Zusammenarbeit den Frieden wiederherstellen können. Was erhoffen Sie sich von schweren Waffen? Weniger Kriegstote und dafür einen demokratischen Frieden? Als Alternative für Deutschland haben wir von Anbeginn des Konflikts zur Abrüstung aufgerufen. Dabei bleiben wir, und eine große Zahl der deutschen Bürger denkt auch so.

Viel schlimmer ist: Sie spielen mit den Ängsten unserer Bürger. Einerseits wollen Sie mit Waffenlieferungen Putin in der Ukraine stoppen, damit die russische Armee nicht weiter nach Westen vordringen kann. Andererseits ent-

waffnen Sie die ohnehin kaputtgesparte Bundeswehr nahezu vollständig und setzen die Verteidigungsfähigkeit unserer Streitkräfte damit auch aufs Spiel. Versuchen Sie endlich einmal, ehrlich und offen zu den Bürgern zu sein und interessengeleitete Politik für Deutschland zu machen.

Stück für Stück wird immer klarer, dass Sie unser Land und den ganzen Kontinent Europa aufs Spiel setzen, und das nur, um Bündnisinteressen zu dienen, die eigentlich nichts anderes als Hegemonialinteressen sind. Machen Sie endlich Schluss damit! Mit Ihren einseitigen Bestrebungen demonstrieren Sie die wirtschaftlichen und finanziellen Kapazitäten Deutschlands und bringen uns in neue Abhängigkeiten. Gerade diese wollen Sie doch aktuell bekämpfen, indem keine Geschäfte mehr mit Russland gemacht werden. Das ist einfach nur unglaublich.

Wir brauchen gute Beziehungen zu möglichst allen internationalen Partnern. Aber Sie wollen nicht vermitteln, sondern mit Ihren Er-

Christian Dürr, FDP:

Das ukrainische Volk möchte den europäischen Weg gehen



Christian Dürr (*1977)
Landesliste Niedersachsen

Vor knapp drei Wochen war der ukrainische Parlamentspräsident Stefanschuk zu Gast hier im Deutschen Bundestag. Viele von Ihnen haben mit ihm persönlich sprechen können; ich hatte auch die Gelegen-

weiterungsplänen Russland eine starke und mächtige EU gegenüberstellen. Da muss ich fragen: Gibt es die denn wirklich? Die marode Finanzpolitik hat schon Großbritannien aus dem Bündnis getrieben. Die Gelddruckmaschine EZB hat den Kontinent mit Banknoten überschwemmt. Das ist der Hauptgrund für die Inflation. Daran hat auch die CDU ihren Anteil, Herr Merz. Sie können sich nicht einfach wegstellen. Sie sind genauso verantwortlich für das, was diese Inflation in diesem Land anrichtet. Das war alles unverantwortlich. Viel zu spät lenken jetzt die Hüter der Eurowährung langsam ein bisschen ein.

Ich sage Ihnen: Mit dem Versprechen, dass die Ukraine schnell beitreten kann, gaukeln Sie auch der ukrainischen Bevölkerung eine Art Sicherheit vor, die Sie niemals einhalten können. Das macht die schwache Europäische Union noch schwächer und vor allen

Dingen noch viel ärmer; denn die Idee, neue Märkte zu erschließen, setzt voraus, dass diese Länder wirtschaftlich auch etwas zur Gemeinschaft beitragen können. Das ist doch die Idee der Europäischen Union, die Sie hier immer beschworen haben. Das Gegenteil ist aber der Fall: Die EU ist zu einer riesigen Geldverteilungsmaschine geworden. In der multipolaren Weltordnung könnte der gesamte

Kontinent Europa eine eigene, erfolgreiche Rolle spielen. Das geht aber nur, wenn wir, erstens, aktiv für den Frieden einstehen und, zweitens, jedes der europäischen Länder souverän agieren darf. Wir brauchen keine uniforme Kultur und Verwaltungsstruktur in allen Bereichen des Lebens.

Sie, Herr Scholz, nennen sich Europäer und haben mit Ihrem Versuch, nach Gutsherrenart durch die Balkanländer zu reisen und Bedingungen zu diktieren, das gegenseitige Vertrauen ebenso beschädigt wie das Amt des deutschen Bundeskanzlers. Dabei wurde zumindest eines deutlich: Die EU, die angeblich für Offenheit und Vielfalt steht, ist eine Gemeinschaft des aufgezwungenen Gemeinsinns. Gerade die Länder des Ostens, die diese Erfahrungen schon gemacht haben, möchten das ein zweites Mal nicht erleben.

Ihre Hoffnung, Herr Bundeskanzler, auf Verständigung mit Russland teile ich zutiefst. Deshalb: Rüsten Sie alle hier endlich auch verbal ab, und suchen Sie nach Lösungen für Deutschland. Wir sind in einer Situation, in der wir auf das Wohlwollen Russlands mittlerweile angewiesen sind. Überzeugen Sie die G-7-Mitglieder und die Gäste, dass wir nur im Dialog und gemeinsam mit der Ukraine und Russland eine Zukunft haben.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD – Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann [FDP]: Tschüss! Liebesgrüße nach Moskau!)

Sie setzen unser Land und den ganzen Kontinent Europa aufs Spiel.

Ich glaube, es geht um mehr als das Teilen der gemeinsamen Werte; darüber haben wir in den vergangenen Debatten hier schon viel gesprochen. Es geht natürlich um die Perspektive auf Freiheit, auf Wohlstand und auf Rechtsstaatlichkeit. Es geht um die Werte, die das russische Regime mit seinem Angriffskrieg fundamental bedroht und zerstören will. Es wurde vielfach gesagt: Putin hat Angst vor Demokratie und vor der Freiheit. – Diese Werte verteidigt die Ukraine, und genau deshalb sind wir gerade als Deutschland der Ukraine tief verbunden.

Aktuell – das muss man sich bewusst machen – sterben in der Ukraine junge Menschen. Sie werden von russischen Soldaten ermordet. Es sind junge Menschen, die noch 2014 – ebenfalls unter Einsatz ihres Lebens – auf dem Maidan für die europäische Perspektive, für die Freiheit, für die Gerechtigkeit demonstriert haben. Einer von ihnen ist Roman Ratuschny. Er ist vor Kurzem in der Nähe von Charkiw im Krieg getötet worden. Damals, 2014, war er als junger Student unter den ersten Demonstranten auf dem Maidan und hat für Demokratie und Freiheit gekämpft, die damals mit Gewalt durch russische Unterstützung unterdrückt werden sollten. Er ist im Februar dieses Jahres der ukrainischen Armee beigetreten, um die neu gewonnene Freiheit, die Werte, für die er schon damals unter Einsatz seines Lebens eingestanden ist, zu verteidigen. Im Juli dieses Jahres wäre Roman 25 Jah-

re alt geworden.

Sein Beispiel ist es, das die Bedeutung der europäischen Perspektive für die Ukraine und die Werte unterstreicht, auf die wir uns ebenfalls immer wieder besinnen müssen, die wir als Europäer immer wieder erkämpfen müssen. Dass sein Schicksal, seine Geschichte eine von vielen ist, zeigt genau das, was der Parlamentspräsident meinte: Das ukrainische Volk möchte den europäischen Weg gehen. – Wir stehen an der Seite der Ukrainerinnen und Ukrainer, die zurzeit ihr Leben dafür geben würden, diesen Weg und insbesondere die Freiheit ihres Landes zu verteidigen, meine Damen und Herren. Eine Perspektive bietet auch das, was Sie angesprochen haben, Herr Bundeskanzler, nämlich der Wiederaufbau des Landes nach diesem fürchterlichen Krieg. Auch das ist Teil der ukrainischen Perspektive auf dem europäischen Weg. Der beste Weg dorthin ist das Erfolgskonzept der Europäischen Union schlechthin: der gemeinsame Binnenmarkt; auch das muss eine Perspektive sein. Ich spreche wie viele von Ihnen mit Ukrainerinnen und Ukrainern. Die denken bereits heute an die Zukunft, trotz des Krieges. Obwohl ihre Verwandten dort sterben, denken sie bereits an die Zukunft und wollen Teil dieses Wohlstandsprojekts werden.

Dass das so wichtig ist, zeigen die weiteren internationalen Gipfeltreffen, die jetzt anstehen: neben dem Europäischen Rat die

G 7 und natürlich auch der NATO-Rat. Ich will an der Stelle auch noch mal auf das G-7-Treffen zu sprechen kommen, Herr Bundeskanzler. Wir haben eines gelernt, nämlich dass die Abhängigkeit, insbesondere die Energieabhängigkeit, von einer Nation sehr gefährlich ist. Gleichzeitig hat dieses Land, eine der erfolgreichsten Exportnationen der Welt und die viertgrößte Volkswirtschaft des Planeten, gelernt, dass Freihandel mit anderen Ländern zu Wohlstand und Demokratie beiträgt. Aber die Sätze der Vergangenheit – „Wandel durch Handel“ – stimmen leider in der Form nicht mehr.

Dieses Konzept ist in Bezug auf Russland gescheitert; das muss man sagen.

Aber ich werbe dafür, dass wir uns jetzt erst recht mit den liberalen Demokratien der Welt zusammenschließen. Das geht über Kanada und die Vereinigten Staaten hinaus. Es geht dabei auch um Asien; ich denke an Japan beispielsweise und die anderen Demokratien in der Region. Jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, im Rahmen der G 7, im Rahmen der Wertegemeinschaft der liberalen Demokratien der Welt erneut auf Freihandel zu setzen. Auch das schafft Demokratie in der Welt und Wohlstand in der Zukunft, meine Damen und Herren.

Ich will zum Schluss natürlich auch auf die wirtschaftliche Situation in Deutschland zu sprechen kommen, weil Herr Merz das angesprochen hat. Ich will in einer Sache in der Debatte, die wir dieser Tage führen, ganz klar sein: Wir stehen vor einer großen Herausforderung im Winter. Ich glaube, an einer Stelle kann es keine zwei Meinungen geben: Eine Energielücke für Deutschland im Winter kann keine Option sein. Das heißt, wir müssen hier an Alternativen arbeiten, meine Damen und Herren. Das ist auch unser Auftrag als Bundesregierung in den kommenden Wochen. Das ist das eine.

Eine Energielücke für Deutschland im Winter kann keine Option sein.

Aber Herr Merz sprach ja beispielsweise auch den Bundeshaushalt und die Frage des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes an. Herr Merz, der Satz hätte anders lauten müssen. Sie haben begonnen mit: „Es ist für uns als CDU/CSU“, und dann hätte folgende Ergänzung kommen müssen: Es ist für uns als CDU/CSU nach 16 Jahren wieder die klare Haltung, dass der Stabilitäts- und Wachstumspakt gilt. Das wäre der richtige Redebaustein gewesen; so wäre es richtig gewesen.

Ich bin schon sehr verwundert, weil Sie den richtigen Zusammenhang dargestellt haben, nämlich zwischen solider Haushaltspolitik, dem Einhalten der Schulden-

bremse und der Bekämpfung der Inflation hier in Deutschland, meine Damen und Herren. Ihre eigenen Vorschläge zum Bundeshaushalt 2022 sprechen an der Stelle Bände: lauter neue Ausgabenvorschläge ohne echte solide Gegendeckung. 60 Milliarden Euro fehlten in Ihren Vorschlägen! Das Gegenteil dessen, was Sie hier propagieren, machen Sie in Ihrer Politik als Opposition im Deutschen Bundestag, Herr Merz. Auch das muss man unterstreichen.

Frau Bundestagspräsidentin hat, als sie den Tagesordnungspunkt einleitete, gesagt: Wir reden über die internationalen Gipfeltreffen und über zwei Entschließungsanträge der CDU/CSU. – Mir ist das in Ihrer Rede gar nicht aufgefallen, Herr Merz. Ich habe mir auch die Anträge noch mal angeguckt. Die sind so was von alt und aus der Zeit gefallen. Ein Stück weit – bedauere, das so sagen zu müssen – sind das auch die Vorschläge zur aktuellen Politik, verehrter Herr Kollege.

Eines will ich zum Schluss sagen. An der Stelle haben Sie den Bundeskanzler angegriffen, und ich fand wichtig, was er hier gerade gesagt hat: Partnerschaft mit Russland ist auf absehbare Zeit unvorstellbar. Umso mehr: Machen wir uns auf den Weg, Partnerschaft mit den liberalen Demokratien der Welt einzugehen!

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der FDP, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Dietmar Bartsch, Die Linke:

Die EU muss stark werden, aber nicht allein Deutschland



Dietmar Bartsch (*1958)
Landesliste Mecklenburg-Vorpommern

Seit nunmehr vier Monaten führt Russland einen brutalen, erbarmungslosen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Zehntausende haben ihr Leben verloren. Millionen sind geflohen, sind traumatisiert. Dieser Wahnsinn muss enden, und Russland

muss ihn beenden.

Weil Russland aber bislang keinerlei Friedensambitionen zeigt, muss sich jede Maßnahme, die die EU, die Bundesregierung oder die NATO ergreift, daran messen lassen, ob sie geeignet ist, den Frieden näher zu bringen. Es besorgt mich, meine Damen und Herren, wenn der NATO-Generalsekretär Herr Stoltenberg sagt, wir müssen uns darauf vorbereiten, dass dieser Krieg noch Jahre dauern könnte – Jahre, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das bedeutet weiter Zehntausende Tote, Flucht und Vertreibung. Ich kann nur sagen: Wir müssen alles tun, dass Herr Stoltenberg unrecht behält, meine Damen und Herren.

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, Sie haben der Ukraine jetzt das Versprechen des EU-Beitritts gemacht. Ich frage mich: Wie soll

denn ein Land, auf das es Raketen regnet, über 35 Beitrittskapitel und mehr als Hunderttausend Seiten des Rechtsbestandes der EU verhandeln? Wie soll es die notwendigen Reformen und den Kampf gegen die Korruption vortreiben? Die Debatte über den Beitritt der Ukraine zur EU ist eine Scheindebatte. Sie kostet nichts, aber sie lenkt ab von nicht richtig durchgesetzten Sanktionen und einer zunehmend gespaltenen Union. Unterstützung, ja, Hoffnung, ja, aber keine falschen Hoffnungen wecken, meine Damen und Herren! Hören Sie auf die stellvertretende EU-Parlamentspräsidentin Katarina Barley. Sie sagte: „Überstürzte Beitritte darf es nicht geben.“ Wer einmal in der EU ist, der kann nicht mehr ausgeschlossen werden. Und wir alle wissen, dass die EU schon heute

sehr problematische Mitglieder hat.

Herr Bundeskanzler, Sie haben völlig zu Recht gesagt: Dieselbe klare Antwort verdienen die Länder des Balkans. – Dort herrscht seit 20 Jahren kein Krieg. In Albanien und Nordmazedonien hat das Versprechen der vier, die in Kiew waren, für Enttäuschung und Verdruss gesorgt. Nordmazedonien, seit 18 Jahren Beitrittskandidat, hat sogar, wie Sie richtig sagen, seinen Ländernamen geändert. Da brauchen wir endlich Klarheit, und da brauchen wir Ergebnisse. Statt dass sie eigene Perspektiven erhalten haben, wurden diese Länder degradiert. Korrigieren Sie das auf dem Gipfel und geben Sie den Balkanländern im Hinblick auf Europa eine Perspektive!

Lassen Sie mich, Herr Bundeskanzler, noch auf zwei Punkte eingehen, die Sie genannt haben. Zum einen haben Sie in Ihrer Rede noch einmal gesagt: Nur wer

dem Sondervermögen von 100 Milliarden Euro zugestimmt hat, hat verantwortungsvolle Politik betrieben. – Ich will ausdrücklich sagen, dass ich das nicht teile und es zurückweise. Sowohl die Abgeordneten des Deutschen Bundestages, die dagegen gestimmt haben – sie kamen übrigens aus mehreren Fraktionen –, als auch die Bundesländer, die im Bundesrat dagegen gestimmt haben, haben aus Verantwortung gehandelt. Es liegen nicht nur die richtig, die immer wieder das Militärische nach vorne stellen.

Zum zweiten Punkt, zur Geschlossenheit Europas und zu seinem einheitlichen Agieren: Derzeit schippern griechische Reeder mit russischem Öl in alle Welt. Das ist einheitliches Handeln?

Das soll einheitliches Handeln sein? Und während Deutschland kein russisches Öl importiert, kauft Indien es günstig ein, raffiniert es und verkauft es nach Europa. Das ist abenteuerliche

Die Debatte über den Beitritt der Ukraine zur EU ist eine Scheindebatte.

chelei, die die EU beschädigt, meine Damen und Herren. Das ist die Wahrheit.

Meine Damen und Herren, einen Aspekt, der hier angeklungen ist, will ich noch einmal deutlich betonen: Das Blutvergießen in der Ukraine muss auch enden, weil die globalen Folgen für Millionen Menschen nicht durchzuhalten sind. 240 Millionen Menschen fürchten dieses Jahr um Nahrung.

Das sind 50 Millionen mehr als im vorigen Jahr. 4 500 Hungertote jeden Monat schon jetzt – und es wird täglich dramatischer –; Mütter, die aktuell entscheiden müssen, welches Kind überleben soll: Darüber reden wir zu wenig. Allein im Südsudan droht 60 Prozent der Bevölkerung der Kampf ums Überleben. Für diese Menschen ist die Aufforderung, nicht kriegsmüde zu werden, Zynismus,

meine Damen und Herren – blanke Zynismus. Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang noch eines sagen. Der SPD-Parteivorsitzende hat ja gestern im Zusammenhang mit Deutschland von „Führungsmacht“ geredet. Ich bin einverstanden mit der Verantwortung, sehr einverstanden. Deutschland sollte Verantwortung übernehmen, gern auch mehr, und das muss nicht zuallererst

militärisch sein. Aber „Führungsmacht“, das sind wirklich alte Großmachtambitionen. Das verbietet sich aus historischer Sicht, und das verbietet sich auch aus europäischer Perspektive; denn die EU muss stark werden, aber nicht allein Deutschland. Deshalb: Es ist der falsche Weg, den Herr Klingbeil hier eingeschlagen hat.

Ja, meine Damen und Herren,

jede Maßnahme muss sich daran messen lassen, ob sie uns dem Frieden näherbringt. Ja, ein Marshallplan für die Ukraine ist vernünftig; an den Wiederaufbau zu denken, ist richtig. Dafür wünsche ich Ihnen Erfolg bei diesen Gipfeln – weniger Bilder und mehr konkrete Maßnahmen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Gabriela Heinrich, SPD:

Nur gemeinsam können wir Putins Barbarei beenden



Gabriela Heinrich (*1963)
Landesliste Bayern

Wir haben Krieg mitten in Europa. Zivilisten, Frauen, Kinder werden von Putins Armee ermordet, und Putin eskaliert weiter. Die Bundesregierung gibt darauf die richtigen Antworten: glaubwürdige militärische Abschreckung an der NATO-Ostflanke, die unverbrüchliche Unterstützung der Ukraine und gleichzeitig die Isolation Putins. Das wird im Kreis der EU, der G 7 und auch der NATO weiter vorangetrieben durch die härtesten Sanktionen, durch die gemeinsame Ächtung von Putins Verbrechen. Das Wichtigste: Unsere Unterstützung für die Ukraine ist sehr konkret, und sie ist vor allen Dingen breit aufgestellt. Denn für uns ist klar: Wir denken Sicherheit umfassend. Wir unterstützen mit militärischem Gerät – ja –, aber die Ukraine muss auch wirtschaftlich und gesellschaftlich bestehen.

Auch wenn Sie das gerne vergessen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Union: Dieser umfassenden Unterstützung der Ukraine haben Sie im April hier im Deutschen Bundestag zugestimmt. Dabei ging es mitnichten nur um die Lieferung schwerer Waffen. Der Krieg in der Ukraine mit seinen vielen Opfern ist blutiger Ernst und damit nicht geeignet für politische Spielchen.

Ukraine. Wir unterstützen wirtschaftlich, wir unterstützen finanziell und auch humanitär – und das auch schon seit langer Zeit. Was in der öffentlichen Wahrnehmung überhaupt nicht durch dringt: Wir sind, weil wir der größte Geber innerhalb der EU sind, natürlich auch der größte Geber bei den europäischen Hilfen; denn auch die werden maßgeblich von Deutschland finanziert.

Wir agieren dabei in enger Abstimmung mit unseren Partnern. Es ist doch klar: Nur gemeinsam können wir Putins Barbarei beenden. Genau darum wird es auch beim Gipfel der EU, der

G 7 und der NATO in den nächsten Tagen gehen. Und es ist gut und weitsichtig, dass der Kanzler zum G-7-Gipfel weitere demokratische Partnerländer eingeladen hat und Präsident Selenskyj zugeschaltet wird. Aber das hat ja auch die Union zugegeben.

Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, Deutschland liefert. Und das wird international auch sehr anerkannt. In der öffentlichen Debatte kommt das bisher aber

Wladimir Putin hat unterschätzt, wie eng die demokratische Welt zusammenrückt.

kaum vor. Es wird versucht, unsere Unterstützung kleinzureden, und das grenzt, so sage ich, schon an Selbstverzweigung. Der ukrainische Außenminister Kuleba hat gesagt, Deutschland spiele die erste Geige in Europa. Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Union, wollen uns glauben machen, wir bimmeln nur mit der Triangel.

Spätestens seit der Lieferung deutscher Panzerhaubitzen sollte doch Schluss sein mit Scheindebatten, die Waffen seien nicht schwer genug. Aber ich habe heute verstanden, dass der eine Entschließungsantrag von Ihnen eigentlich erledigt ist und der andere im Grunde auch. Das sind die Fakten.

Für ihre faktenbasierte Politik hat die Bundesregierung die Zu-

stimmung der Bevölkerung; das zeigt jede Umfrage.

Eine sehr breite Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land unterstützt den besonnenen Kurs des Bundeskanzlers. Anstatt gefährliche Alleingänge zu starten, handeln wir gemeinsam mit unseren Freundinnen und Freunden in der Welt; denn darauf kommt es in der Zeitenwende an.

Ich glaube, darüber sind sich alle einig: Wladimir Putin hat unterschätzt, wie eng die demokratische Welt zusammenrückt. Deshalb sind die anstehenden Gipfeltreffen auch Gipfeltreffen der Demokratien und der Demokratinnen und Demokraten, und das ist wichtig in dieser Zeit.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Dorothee Bär, CSU:

Wir stehen derzeit international sehr beschädigt da



Dorothee Bär (*1978)
Wahlkreis Bad Kissingen

Wenn die Lage nicht so verdammt ernst wäre, hätte man in dieser Debatte ja wirklich einmal lachen müssen. Es erklärt natürlich auch die schlechte Politik der Bundesregierung, wenn man sich die Reden von Frau Dröge und Herrn Dürr einmal nebeneinanderlegt. Es verwundert nicht: Da passt ja nichts

zusammen, und zwar gar nichts. Also, da sind so viel Uneinigkeit, so viele differierende, unwahre Geschichten, dass man wirklich sagen muss, Herr Dürr: Das ist der Lage nicht angemessen gewesen. Die einzige Idee, die Sie haben – andere eigene haben Sie nicht –, ist, gegen die Opposition zu schießen. Das ist einfach zu dünn und der Lage nicht angemessen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Es ist mehrfach erwähnt worden: Wir haben in dieser Woche den Europäischen Rat, bei dem es um die Frage des Kandidatenstatus der Ukraine geht. Es wurde bereits angesprochen: Wir sagen Ja zum Kandidatenstatus. Deswegen war es richtig, Herr Bundeskanzler, dass Sie, als Sie vergangene Woche endlich in Kiew waren, das auch zum Ausdruck gebracht haben. Aber wir erwarten jetzt, dass Sie das auch durchsetzen.

Sie haben die Latte sehr hoch

gelegt. Ich sage deswegen auch so betont „Wir erwarten, dass Sie es durchsetzen“, weil Sie am 27. Februar gute Worte gefunden haben, danach aber nicht viele Taten folgten. Gute Worte finden im Parlament ist das eine; aber wenn keine Taten folgen, ist es zu wenig. Wir stehen momentan leider international sehr beschädigt da.

Wir müssen mit der Ukraine auch ehrlich sein. Seit Monaten versprechen Sie Waffen, die dann nicht kommen, nicht schnell genug kommen oder von denen zu wenige kommen. Es ist auch schief, wenn Sie jetzt einen schnellen Beitritt versprechen, der dann aber nicht kommt, weil das die Ukraine weiter von Europa wegtreiben würde, und das hätte sie nicht verdient.

Mein Fraktionsvorsitzender hat Ihren außenpolitischen Berater angesprochen. Ich darf noch ein Zitat hinzufügen:

„Nur weil man angegriffen wird, wird man ja nicht automatisch ein besserer Rechtsstaat.“ Ich frage mich: Wer berät Sie denn im Bundeskanzleramt? Es ist doch nicht in Ordnung, dass Sie hier Berater haben, die ein „Verhältnis zu Russland“ wollen, dass Sie Berater haben, die die Ukraine in der Öffentlichkeit diffamieren. Da fragt man sich schon, was Sie seit Amtsantritt in den letzten 200 Tagen an Mitarbeitern ausgetauscht haben. Zögern und Zaudern ziehen sich wie ein roter Faden durch Ihre Politik.

Die Angriffe werden immer skrupelloser, und weil die Angriffe skrupelloser werden, müssten wir doch viel entschlossener sein, der Ukraine zu helfen. Aber: Je heftiger die Attacken sind, desto verzagter ist unsere deutsche Reaktion.

Sie, Herr Bundeskanzler, haben in der letzten Sitzungswoche hier am Rednerpult gesagt: „Wir handeln ... im Geleitzug mit unseren Verbündeten ...“ Unsere Verbündeten haben diesen Eindruck nicht. Unsere Verbündeten werfen uns Wortbruch vor – wie der pol-

Fortsetzung auf nächster Seite

nische Präsident. Der ukrainische Außenminister hat erklärt, es gebe Länder, bei denen die Ukraine auf Lieferungen warte, und „Länder, bei denen wir es inzwischen satt haben, zu warten“. Deutschland würde in die zweite Gruppe gehören.

Frau Heinrich, Sie haben dann betont gesagt, dass unsere Hilfe international anerkannt wird. Alleine diese beiden Zitate zeigen ja schon, dass diese Anerkennung nicht stattfindet.

Der Ukraine Support Tracker des Instituts für Weltwirtschaft hat letzte Woche errechnet, dass quasi nirgendwo Ankündigungen und Taten so weit auseinanderliegen wie bei uns Deutschen – und das trotz der sieben Panzerhaubitzen gestern. Das ist ein Tropfen auf den heißen Stein, und das ist noch schnell vor dem Gipfel gemacht worden.

Deswegen kann man der Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses, Frau Strack-Zimmermann, auch nur zustimmen, wenn sie sagt: „Es darf nicht sein, dass die Welt Deutschland als kompletten Bremser und Loser empfindet ...“ Da bin ich schon dankbar, dass es in dieser Ampel wenigstens noch ein paar Abgeordnete gibt, die dann auch mal die Wahrheit so aussprechen.

Ihr Parteivorsitzender – das ist auch erwähnt worden – hat ge-

sagt: Deutschland soll eine Führungsmacht sein. – Er bestellt Führung bei Ihnen. Dann wäre es doch schön, wenn Sie auf Ihren Parteivorsitzenden auch hören würden. Bislang sind das Sinnbild der gesamten Koalition wichtige Worte, viele Ankündigungen, aber eben keine Taten.

Herr Mützenich, Sie haben gestern vor der Fraktionssitzung ein Statement abgegeben. Ich hab mir dieses Statement mehrfach angehört, weil ich es nicht glauben konnte. Sie haben dauernd davon gesprochen, dass es immer nur um schwere Waffen geht, und haben mehrfach das Wort „unverantwortlich“ in den Mund genommen. Dazu sage ich ganz offen: Ich finde es unverantwortlich, dass Sie schwere Waffen unverantwortlich finden.

Ich würde Ihnen gerne mal die Frage stellen, ob Sie diese Aussage auch in der Ukraine vor ukrainischen Frauen und Männern, die gerade ihr Leben verteidigen, ihr Land verteidigen, wiederholen würden, ob Sie es auch dort als unverantwortlich diffamieren würden. Ich würde mich freuen, wenn Sie sich von diesen Aussagen distanzieren, Herr Mütze-

nich. – Ich habe mir das mehrfach angeschaut. Herr Mützenich hat mehrfach von Unverantwortlichkeiten gesprochen.

„Wir haben so viele Krisen parallel zu lösen“, hat Frau Dröge gesagt. Aber Sie wollen es nicht als Krise ansehen, dass wir uns momentan ohne Ende verschulden; das sehen Sie nicht als notwendig an. Ich finde es beeindruckend, dass Ihnen solide Haushalts- und Wirtschaftspolitik nicht wichtig ist. Ich würde mir von den Grünen schon ein bisschen mehr Ehrlichkeit in der Energiepolitik wünschen.

Die Gaskrise zeigt, dass die Energiepolitik der Grünen gescheitert ist, und zwar massiv gescheitert ist. Sie wollen aus der Kernenergie aussteigen. Sie wollen aus der Kohle aussteigen. Der gleichzeitige Ausstieg hat aber die Abhängigkeit von russischem Gas noch verstärkt, anstatt sie zu verringern, und statt Atomenergie zu nutzen, setzt die Bundesregierung auf den Klimakiller Kohle. Wenn Robert Habeck als Antwort auf die drohenden Gasengpässe die Wohnungstemperaturen gesetzlich drosseln will, dann zeigt das doch nur,

Zögern und Zaudern ziehen sich wie ein roter Faden durch Ihre Politik.

dass sogar ein Frosterlass für Familien in Deutschland den Grünen lieber ist, als die letzten Kernkraftwerke weiterlaufen zu lassen. Das ist unverantwortlich, Frau Kollegin Dröge.

Ich würde mir wünschen, dass Sie nicht nur Parteipolitik, sondern auch Regierungspolitik machen würden. Wir brauchen jetzt einen nationalen Gaspipfel mit dem klaren Ziel, echte Versorgungssicherheit zu erreichen.

Das Nächste ist die Inflation als die neue soziale Megafrage für Deutschland und Europa. Einkommen, Renten werden durch die Inflation entwertet. Die Sparvermögen verringern sich jede Woche. Die Ampel verweigert bis heute wirksame Maßnahmen, um die Folgen der Inflation abzufedern: Kein Abbau der kalten Progression, Studenten und Rentner sind bei der Energiepauerschale ausgeschlossen. Das nenne ich wenigstens mal Generationengerechtigkeit; Sie sind nämlich gegen beide: gegen Studentinnen und Studenten und gegen Rentnerinnen und Rentner. Wenn Sie damit generationengerecht Politik machen wollen!

Der Tankrabatt ist gescheitert.

Der Liter Diesel kostet inzwischen mehr als bei der Einführung im Juni. Sie schaffen keine soziale Haushaltsführung. Sie entlasten die Bürgerinnen und Bürger nicht. Sie bauen die kalte Progression nicht ab. Und wie gesagt: Das Energiegeld belastet beide Gruppen, die Jüngeren und die Älteren.

Bislang sind das Sinnbild der Koalition wichtige Worte, viele Ankündigungen, aber keine Taten.

Sie sehen: Die Probleme und Aufgaben in Deutschland, in Europa sind so groß, dass es schade ist, dass es dieses jetzt

schon gescheiterte Projekt Ampel gibt. Ich würde mir wünschen, dass Sie uns eines Besseren belehren und dass Sie bei den kommenden drei Gipfeln uns wirklich zeigen, dass die nächsten 200 Tage dieser Bundesregierung besser werden als die ersten 200 Tage, und dass die politische Vertretung auf den künftigen Gipfeln ein besseres Bild abgibt als bislang. Das würde ich mir nicht nur für mich, für unsere Fraktion, sondern für alle Menschen in unserem Land und in Europa wünschen. Sie hätten es sich verdient.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU – Dr. Kristian Klinck [SPD]: Ganz peinlicher Auftritt!)

Jürgen Trittin, Bündnis 90/Die Grünen:

Wir müssen eine internationale und solidarische Antwort finden



Jürgen Trittin (*1954)
Landesliste Niedersachsen

Liebe Frau Bär, Sie fordern hier die Verlängerung von Laufzeiten, und Sie regieren in Bayern in einer Koalition, die sich darauf verabredet hat, Bayern aus dem bundesweiten Suchverfahren für ein nukleares Endlager rauszuhalten. Wissen Sie, wie man das bei uns in Bremen nennt? Keine Zähne im Maul, aber „La Paloma“ pfeifen!

Es ist gut, dass nach Wochen der Ausbildung jetzt gemeinsam

jene Haubitzen Deutschlands und der Niederlande – das ist praktische europäische Solidarität – geliefert worden sind.

Ich hätte mir von Ihnen, Herr Merz, eigentlich gewünscht, dass Sie auf der Basis unseres gemeinsamen Entschließungsantrages hier im Bundestag den Bundeskanzler gelobt hätten, weil wir beide in diesem Entschließungsantrag gesagt haben: Die Bundesregierung möge die Beitrittsperspektive – steht da wörtlich drin! – der Ukraine und Moldaus nicht einschränken. – Jetzt kommt der Bundeskanzler aus Kiew zurück und will nicht nur nicht einschränken, sondern hat gemeinsam mit Macron, mit Draghi, mit Johannis festgelegt: Wir wollen, dass die Ukraine zusammen mit Moldawien Kandidatenstatus bekommt. Ich finde, dafür hätte er Lob verdient.

Warum kann er dieses proeuropäische Bekenntnis auch so klar machen? Das hat etwas damit zu tun, dass sich dieses

Europa nicht an Ihre Ratschläge gehalten hat, die Sie hier mit Kritik an der EZB formuliert hatten. Es waren die von einer CDU/CSU-Bundeskanzlerin durchgesetzten europäischen Anleihen, die dafür gesorgt haben, dass in der Coronapandemie dieses gemeinsame Europa nicht auseinandergeflogen ist. So viel zum Thema Schuldenunion. Manchmal muss man welche machen, wenn man politisch einen solchen Laden zusammenhalten will.

Schließlich, meine Damen und Herren, will ich an der Stelle auch mit aller Ernsthaftigkeit eines sagen: Ich höre manchmal, wenn ich in der Welt so unterwegs bin: Ihr da in Europa, ihr regt euch über die Ukraine und den Krieg auf. Bei uns im Kongo

passiert das regelmäßig. – Wir haben in Südamerika den Zerfall ganzer Gesellschaften über interne Drogenkriege. Also auf Deutsch: Stellt euch nicht so an. Und was geht uns euer Krieg an?

Ich finde, wir haben schon die Verantwortung, klarzumachen, dass dies kein rein europäischer und vor allen Dingen auch kein rein ukrainischer Krieg ist. Das, was wir gerade erleben, infolge von Corona, infolge einer eskalierenden Klimakrise und infolge dieses Krieges, ist nichts, was irgendwo lokal beschränkt bleibt. Die Folgen dieser drei miteinander verwobenen Krisen kriegen alle Länder zu spüren, und wir müssen darauf eine internationale, gemeinsame und solidarische Antwort finden.

Sie heißt eben auch und gerade, dass wir uns von solchen Debatten wie „Das eine ist gut“ und „Wir waren schon immer für Atomenergie“ und „Wir waren schon immer für Erneuerbare“ verabschieden müssen; wir müssen uns der Verantwortung stellen.

Und wenn wir uns der Verantwortung für die explodierenden

Energiepreise stellen, dann heißt das, dass die G-7-Staaten als größte Nachfrager und als die Länder, die für die meisten Emissionen in die Atmosphäre verantwortlich sind, die Verantwortung haben, ihren eigenen Nachfragedruck auf die Energien zu mindern, indem sie massiv erneuerbare Energien ausbauen. Denn eine Situation, in der als Folge dieser drei Krisen das reiche Europa dem Rest der Welt die knapper werdenden Ressourcen wegkauft, wird uns nicht in eine bessere Welt führen. Deswegen ist dieser Gipfel so wichtig. Ich wünsche Ihnen, Herr Bundeskanzler, eine gute und glückliche Hand in Elmau.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der FDP – Alexander Dobrindt [CDU/CSU]: Hoffentlich besser als Ihre Rede!)

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. In der Debatte sprachen zudem die Abgeordneten Matthias Moosdorf (AfD), Ulrich Lechte (FDP), Jürgen Hardt (CDU), Axel Schäfer (SPD), Robin Wagener (B90/Die Grünen), Sanae Abdi (SPD), Andreas Larem (SPD), Johannes Huber (fraktionslos), Wolfgang Hellmich (SPD) und Neza-hat Baradari (SPD).

Ich wünsche Ihnen, Herr Bundeskanzler, eine gute und glückliche Hand in Elmau.

Debatte zum Berufsausbildungsförderungsgesetz, Bildungsbericht / 44. Sitzung des 20. Deutschen Bundestages am 23. Juni 2022

Bettina Stark-Watzinger, Bundesbildungsministerin:

Wir bringen das BAföG zurück in die Zukunft



Bettina Stark-Watzinger (*1968)
Landesliste Hessen

Wenn wir uns in einem doch wohl einig sind, dann darin: Die Idee des BAföG ist gut. Aber jedes Zukunftsinstrument wird irgendwann alt, wenn es keine Reformen bekommt, und erreicht dann auch nicht mehr alle, die es erreichen sollte. Die Zeiten ändern sich, also ändern wir heute das BAföG. Höhere Freibeträge machen es künftig attraktiver. Der digitale Antrag macht es moderner. Die höhere Altersgrenze macht es flexibler. Und wir füllen eine weitere Stufe des Aufstiegsversprechens in unserem Land wieder mit neuem Leben. Darum geht es heute, und dafür werbe ich um Ihre Zustimmung.

Wir bringen das BAföG zurück in die Zukunft und passen es an die Realität des 21. Jahrhunderts an. Wir müssen vorankommen – dringend; denn Bildung ist zukunftsentscheidend. Deshalb bin ich froh, dass wir so schnell mit der BAföG-Reform sind. Ich bedanke mich bei den Koalitionspartnern, ich bedanke mich bei meinem Haus, und ich bedanke mich auch bei meinem Staatssekretär Jens Brandenburg, dass wir das so schnell auf den Weg gebracht haben.

Das BAföG ist ein Sprungbrett für alle, für die die Hürde sonst zu hoch wäre. Springen muss natürlich jeder noch selbst, aber jeder und jede soll es schaffen können. Das ist die Aufgabe von uns in der Politik: zu ermöglichen. Damit alle eine freie Wahl beim eigenen Bildungsweg haben und ihn selbstständig gehen können. Die bisherige Förderung hat noch zu viele ausgeschlossen. Wir kehren diesen Trend um: Mehr BAföG heißt mehr Freiheit.

Dazu gehört in unserer modernen Welt, auch mal ein Auslandsjahr zu machen, die eigene Komfortzone zu verlassen, sich in einer anderen Sprache auszutauschen, internationale Kontakte zu knüpfen und Verständnis für andere Kulturen zu entwickeln. Sich diese wertvollen Erfahrungen leisten zu können – auch das ist eine Frage der Bildungsgerechtigkeit, Chancengerechtigkeit. Deshalb stärken wir beim BAföG auch die Auslandsförderung. Das betrifft den Zuschlag für die Studiengebühren und die Ausweitung auf einjährige Masterprogramme auch außerhalb der EU. Ein Auslandsstudium darf ebenso wenig am Geld scheitern

wie ein Inlandsstudium.

Die Änderungen im BAföG wirken sich übrigens auch zugunsten der beruflichen Bildung aus, im Schüler-BAföG und im Aufstiegs-BAföG. Es kommt beruflichen Aufsteigern zugute. Wer sich bilden will, der soll das auch können. Bildungschancen sind die höchste Form von Respekt, die wir jedem Einzelnen in unserem Land entgegenbringen können, egal auf welchem Weg.

Heute ist auch der Berufsbil-

dungsbericht Thema. Auch hier sehen wir: Es gibt noch viel zu tun. Es muss kein Studium sein. BAföG heißt nicht: Alle sollen studieren. Sondern: Alle sollen studieren können. Wer lieber eine Ausbildung macht, den ermutigen wir, diesen Weg zu gehen. Die Unternehmen suchen Nachwuchs, und zwar händeringend. Die Auszubildenden von heute sind unsere Fachkräfte von morgen. Deswegen setzen wir auch weiter auf die

Das BAföG ist ein Sprungbrett für alle, für die die Hürde sonst zu hoch wäre.

Allianz für Aus- und Fortbildung. Sie ist ein verlässliches Bündnis.

Zugleich bereiten wir eine Exzellenzinitiative „Berufliche Bildung“ vor; denn unser duales Bildungssystem ist seit Jahrzehnten Garant für unseren

Wohlstand, und das muss auch so bleiben. Akademische und berufliche Bildung stehen nebeneinan-

der, und das müssen wir tief in unsere Gesellschaft hineinragen. Beide Systeme sind gleichwertig, beide Systeme brauchen die richtigen Talente, und Abschlüsse beider Systeme sind gefragt: ob Meister oder Master, ob Bachelor oder Gesellenbrief. Und das ist gut so.

Meine Damen und Herren, deshalb ist es so wichtig, dass alle ihre ganz persönlichen Chancen leben können und auch vor Augen haben – auch das BAföG. Viele kennen es, aber nicht alle, die einen Anspruch darauf haben, wissen das. Auch das wollen wir ändern, indem wir die Reform mit einer zielgruppengerechten Informationskampagne begleiten und indem wir immer wieder deutlich machen: Nachrechnen lohnt sich. Denn: Bildung lohnt sich – für uns alle.

Ich freue mich auf die Debatte.
Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Katrin Staffler, CSU:

Die 27. Novelle des BAföGs ist ein Reförmchen



Katrin Staffler (*1981)
Wahlkreis Fürstenfeldbruck

In der Vorbereitung auf die heutige Debatte habe ich mir noch mal die Reformen, die in den letzten 16 unionsgeführten Jahren zum BAföG gemacht worden sind, angesehen. Fünf grundlegende Reformen waren es; drei davon haben wir zusammen mit der SPD auf den Weg gebracht, zwei zusammen mit der FDP. Jedes Mal ist das BAföG für die Studierenden Schritt für Schritt ein Stück besser geworden und hat die Bildungsgerechtigkeit in unserem Land verbessert. Insofern, liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn Sie heute genauso wie in der letzten Debatte, die wir vor ein paar Wochen hier zum BAföG geführt

haben, vorhaben, zu behaupten, die Union habe in den letzten Jahren nichts für die Studierenden getan, dann würde ich Ihnen vorschlagen: Schreiben Sie Ihre Reden schnell noch mal um. Das sind nämlich nichts anderes als Fake News. Da helfen Sie Ihrem Gedächtnis besser noch mal ein wenig auf die Sprünge. – Weil ich gut gelaunt bin, kann ich es auch positiv ausdrücken: Machen Sie sich doch bitte nicht kleiner, als Sie sind.

Also, weg von den Fake News, hin zu den Tatsachen. Die Gefördertenzahlen gehen seit Jahren zurück. Ja, das ist Fakt, und das gefällt uns, gleichermaßen wie Ihnen, natürlich nicht. Anders als Sie in der Ampelregierung haben wir uns aber mit der Frage auseinandergesetzt: Warum gehen denn die Gefördertenzahlen eigentlich zurück? Und anders als Sie sind wir eben nicht der Meinung, dass wir das Problem einfach irgendwie mit Geld zuschütten können. Wir müssen an die wahren Ursachen ran und da ansetzen, wo wirklich das Problem liegt. Was eben nicht zu den Ursachen gehört, die wir bekämpfen sollten, sind zum Beispiel steigende Löhne der Eltern in den ver-

gangenen Jahren oder das zunehmende Autonomiebedürfnis der Studierenden, die sich ihr Studium sehr gerne selber finanzieren möchten und dabei gleichzeitig auch noch Berufserfahrung sammeln. Ich glaube, das sind eher Punkte, über die wir uns freuen sollten, und keine Punkte, die wir bekämpfen sollten.

Das darf uns aber natürlich nicht darüber hinwegtäuschen, dass das BAföG sehr wohl dringend reformiert werden muss. Deshalb adressieren wir in den Anträgen, die wir gestellt haben, die wirklichen Gründe für den Rückgang der Gefördertenzahlen, zum Beispiel die komplizierte Antragstellung; wir haben das in der Anhörung dazu gehört. Auch die langen Bearbeitungszeiten sind so ein Thema. Aus unserer Sicht soll sich der Beitrag für Ausbildungsförderung mit der Vereinfachung der BAföG-Antragsverfahren auseinandersetzen und dazu dann auch noch die wissenschaftliche Expertise in Form von Evaluationen einholen

Sie schafft kleinere Verbesserungen, ja, zugegeben; sie greift aber zu kurz.

können. Ich glaube, dass das ein wichtiger Schritt ist, um dieses Thema voranzubringen.

Außerdem fordern wir die Regierung auf, darauf hinzuwirken, dass weitere Schritte hin zur Vereinfachung bei der BAföG-Antragstellung gemacht werden. Man kann zum Beispiel die Zahl der Nachweise, die gebraucht werden, reduzieren. Wir sollten auch einen elektronischen Datenaustausch zwischen BAföG-Ämtern auf der einen Seite und anderen Behörden auf der anderen Seite möglich machen. Die rechtlichen Grundlagen für diesen Austausch haben wir am Ende der letzten Legislaturperiode mit dem Registermodernisierungsgesetz bereits gelegt; das heißt, die Grundlagen sind gegeben.

Auf dieser Grundlage kann man jetzt vonseiten des Bundes darauf hinwirken, dass die Bearbeitung der Anträge beschleunigt wird. Ach dabei kann der Ausbau der Digitalisierung helfen. Ja, ich weiß, die Länder sind in den BAföG-Ämtern federführend; aber natürlich können wir als Bund einen Prototyp zur digitalen Antragsbearbeitung entwickeln und diesen testmäßig nutzen.

Auch das Thema Regelstudienzeit muss unter die Lupe genom-

Fortsetzung auf nächster Seite

men werden. Dafür braucht es aus unserer Sicht eine Evaluation, und zwar aufgeschlüsselt nach Studiengängen, damit wir überhaupt eine statistische Grundlage haben, nach der wir die bestehende Förderhöchst-dauer sachgerecht beurteilen können.

Es wäre also vieles möglich, um beim BAföG einen weiteren Schritt in Richtung Zukunft zu machen. Leider haben Sie im Ausschuss aber schon sehr deutlich gemacht, dass Sie unsere Vorschläge ablehnen. Dabei hat uns doch der 22. BAföG-Bericht, der jetzt vorliegt, gezeigt, dass

wir mit der 26. Novelle, also der Novelle, die wir in der letzten Legislaturperiode gemacht haben, auf dem richtigen Weg waren; denn der Rückgang der Förderdauern ist laut Bericht ja sehr deutlich zurückgegangen. Aber natürlich sind wir hier noch nicht am Ende des Weges angekommen. Deswegen müssen wir jetzt die Schritte, die wir angesetzt haben, weitergehen.

Ich möchte zum Abschluss auf unsere letzte Debatte vor einigen Wochen zu dieser Reform zurückkommen. Man hätte den Eindruck bekommen können, dass wir in der letzten Legislatur-

periode in gemeinsamer Regierungsverantwortung mit der SPD gar nichts für die Studierenden getan hätten. Deshalb noch einmal zu den Fakten: Als im Jahr 2019 die 26. Novelle in Kraft getreten ist, lag die Inflation bei 1,4 Prozent. Die Bedarfssätze haben wir damals um 7 Prozent erhöht. Im Mai dieses Jahres lag die Inflationsrate bei 7,9 Prozent. Und Sie möchten jetzt die Bedarfssätze nicht, wie ursprünglich angedacht, um 5 Prozent erhöhen, nein, sogar um 5,75 Prozent. Sie merken es selber, oder?

Wie in meiner letzten Rede

schon gesagt: Die 27. Novelle des BAföGs ist ein Reförmchen. Sie schafft kleinere Verbesserungen, ja, zugegeben; sie greift aber zu kurz. Sie packt die Probleme, die es beim BAföG gibt, nicht an der Wurzel. Wir haben konkrete Vorschläge gemacht, die dazu beigetragen hätten, dass man einen größeren Schritt gemacht hätte, um die Studenten zu unterstützen. Es ist schade, dass Sie diese Vorschläge allesamt abgelehnt haben. Schade auch deswegen, weil wir der Meinung sind, dass wir beim BAföG einen nächsten Schritt hin zu einer Verbesserung brauchen. Wir hät-

ten den Schritt gerne gemeinsam mit Ihnen gemacht.

In der vorliegenden Form der Novelle sehen wir die Verbesserungen aber leider nicht in dem Maße, in dem sie nötig gewesen wären. Deswegen müssen wir die Gesetzesänderung und die Anträge, die dazu vorgelegt wurden, leider ablehnen. Es bleibt aber der Wunsch, dass wir mit der von Ihnen angekündigten Strukturreform des BAföG mehr für die Studierenden in Deutschland tun können.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Sönke Rix, SPD:

Der Schutz des Vermögens soll noch umfassender werden



Sönke Rix (*1975)
Wahlkreis Rendsburg-Eckernförde

Zunächst an meine Vorrednerin: Natürlich hat auch die letzte Koalition etwas für Studierende getan. Da haben wir als SPD schon drauf aufgepasst. Aber diese Koalition, die Ampelkoalition, ist eine Koalition des Fortschritts und eine Koalition der Modernisierung. Wir haben es uns zum Ziel gesetzt, eine wirklich große BAföG-Reform durchzuführen, und werden das auch mit diesem ersten Schritt – Frau Kollegin, das ist nur der erste Schritt – umsetzen.

Wir wollen Menschen passende Chancen geben, damit sie ihr Leben lang tatsächlich Aufstieg durch Bildung erfahren können, und das unabhängig vom Geldbeutel. Deshalb ist Ziel der BAföG-Reform und auch dieses ersten Schritts, dass am Ende mehr Menschen vom BAföG profitieren; und das wird auch erreicht, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Wie erreichen wir das? Das erreichen wir zum Beispiel durch die Erhöhung des Freibetrags bezüglich des Einkommens der Eltern. Dadurch haben wir tatsächlich die Chance, dass noch mehr junge Menschen unabhängiger – noch nicht unabhängig genug,

aber unabhängiger – vom Einkommen der Eltern vom BAföG profitieren können. Das ist ein wichtiger Schritt, um mehr Menschen zu erreichen, liebe Kolleginnen und Kollegen,

Wir erreichen das auch durch die Anhebung der Altersgrenze auf 45 Jahre. Das hat nicht nur das Ziel, dass mehr Menschen vom BAföG profitieren können. Vielmehr ist damit auch der Hinweis, das Angebot verbunden: Nehmt das Motto des lebenslangen Lernens wirklich ernst! Nutzt eure zweite und dritte Chance! Wir als Staat, wir als Gesellschaft wollen dazu beitragen; daher hast du bis zum 45. Lebensjahr Anspruch auf BAföG. – Das ist eine gute Sache, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Meine Damen und Herren, wir schützen auch das Vermögen. „Vermögen“, das hört sich groß an, so als ob wir die Finanzierung der Drittwohnung

oder die Million auf dem Konto schützen wollen. Nein, das Vermögen ist das kleine Ersparte, das man von den Eltern für die Lebensplanung mit auf den Weg bekommen hat oder das man sich im ersten Teil seiner Ausbildung oder seines Lebens angespart hat. Wir sagen: Der Schutz des Vermögens soll noch umfassender werden. Auch dadurch ermöglichen wir den Menschen, zu sagen: Okay, ich nutze auch die zweite oder dritte Chance und bin auch im höheren Alter bereit, tatsächlich ein Studium oder eine Ausbildung aufzunehmen.

Mit diesen drei beispielhaft genannten Schritten erreichen wir

mehr Menschen, und mehr Menschen profitieren am Ende vom BAföG, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Eine bessere Förderung durch BAföG ist auch ein Stück weit eine Bekämpfung des Fachkräftemangels. Jeden Cent, den wir darin investieren, dass Menschen eine Ausbildung machen, dass Menschen ein Studium beginnen können, jede Förderung, die wir hier machen, bekämpft auch den Fachkräftemangel. Deshalb ist das auch ein Beitrag dazu, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Wir diskutieren heute auch – die Ministerin hat es gesagt – den Berufsbildungsbericht. Ich bin ihr sehr dankbar, dass sie hier die ge-

meinsame Haltung der Koalition deutlich gemacht hat, dass die akademische Ausbildung und die berufliche Ausbildung für uns gleichwertig sind. Das ist wichtig, meine Damen und Herren. Das bleibt auch weiter Ziel dieser Regierung. Alle Maßnahmen, die wir machen, klopfen wir auf die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Ausbildung ab. Denn es ist eine komische Debatte in der Gesellschaft, wenn man davon ausgeht, dass man den Aufstieg erst dann erreicht hat, wenn man ein Studium beendet hat. Vielmehr ist es doch so – Sie haben es richtigerweise gesagt –: Der Meister ist genauso viel wert wie

ein Master, der Gesellenbrief ist nicht weniger wert als ein Bachelor. Daran halten wir auch fest.

Wir machen das auch deutlich in der Vorlage zum Nothilfemechanismus, die uns heute auch vorliegt, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir reagieren damit auf die veränderte Lage des, ich sage mal, Nebenjobmarktes, der auch dazu

beiträgt, dass man seine Ausbildung, sein Studium finanzieren kann. Mit dem Nothilfemechanismus erreichen wir aber nicht nur Studierende, sondern auch Schülerinnen und Schüler und Auszubildende,

die von Ausbildungshilfe abhängig sind. Dadurch machen wir noch einmal deutlich: Für uns sind berufliche Bildung und akademische Bildung gleich viel wert.

Meine Damen und Herren, wir können die gesamte Debatte über das BAföG nicht unabhängig davon führen, dass wir uns als Koalition noch eine weitere große Reform vorgenommen haben, nämlich die Einführung der Kindergrundsicherung. Auch hier unterstreichen wir: Wir sind die Koalition

on des Fortschritts und der Modernisierung und vor allen Dingen des sozialen Fortschritts, liebe Kolleginnen und Kollegen. Denn mit der Einführung der Kindergrundsicherung sichern wir auch die jungen Menschen ab, die sich in Ausbildung befinden, egal ob in beruflicher oder in akademischer Ausbildung. Mit dieser Grundsicherung bis zu einem gewissen Alter zeigen wir, dass der Staat dafür sorgt, dass sich Familien keine Sorgen machen müssen, wenn die Kinder, wenn die jungen Menschen noch in Ausbildung sind. Wir als Gesellschaft sagen zu: Wir sichern euch da mit einer Kindergrundsicherung ab. – Wir freuen uns auf diese große Reform, meine Damen und Herren.

Abschließend will ich sagen: Wir alle haben in unseren Programmen stehen, dass wir mehr in Bildung investieren sollen. Wir alle haben in unserem Programm stehen, dass wir jungen Menschen mehr Chancen geben sollen. Wir als Ampelkoalition haben mit diesem ersten Schritt der BAföG-Reform bewiesen: Wir halten unsere Wahlversprechen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Eine bessere Förderung durch BAföG ist auch eine Bekämpfung des Fachkräftemangels.

Nehmt das Motto des lebenslangen Lernens wirklich ernst! Nutzt eure zweite und dritte Chance!



Mit der 27. BAföG-Novelle können BAföG-Anträge künftig auch online gestellt werden. ©picture alliance / dpa Themendienst | Andrea Warnecke

Dr. Götz Frömming, AfD:

Sie schaffen das BAföG ab, wir hingegen wollen es erhalten



Götz Frömming (*1968)
Landesliste Berlin

Sehr geehrte Frau Ministerin! Sie sagten eingangs Ihrer Rede, dass Sie sich freuen, dass dieses Gesetz so schnell auf den Weg gebracht worden ist. Bitte gestatten Sie mir den Hinweis: Das merkt man dem Gesetz auch an. Die Kritik des Bundesrechnungshofes ist ja umfangreicher als das Gesetz selbst: über 40 Seiten. Ich weiß nicht, ob Sie diese gelesen haben. Da kann man heute gar nicht auf alles eingehen, meine Damen und Herren.

In der Tat, das Gesetz wurde nicht nur schnell auf den Weg gebracht, Sie haben das BAföG auch auf ein neues Gleis gesetzt. Aber, meine Damen und Herren, es ist das falsche Gleis. Die Richtung stimmt nicht, und das eigentliche Ziel, mehr Bildungsgerechtigkeit zu schaffen, wird so nicht erreicht. Ich will begründen, warum das so ist.

Der eigentliche Sinn und Zweck des BAföG – das war eigentlich bis vor Kurzem noch Konsens in diesem Hause – war bisher: Das BAföG sollen junge Leute bekommen, die sich ein Studium sonst nicht leisten können, also für eine Erstausbildung. Es war im eigentlichen Sinne eine Sozialleistung für einen begrenzten Kreis potenzieller Empfänger. Das heißt aber im Umkehrschluss, meine Damen und Herren, dass es eben auch Menschen gibt und geben muss, die kein BAföG bekommen, und dass die Grenzen klar definiert sein müssen. Studieren, meine Damen und Herren, ist eine Chance, aber kein staatlich garantiertes Menschenrecht für jedermann.

Ihr Gesetz weicht diese einfache und klare Regel nun auf. Das eigentliche Ziel ist offenbar eine komplett elternunabhängige Förderung für alle Studenten, und zwar egal, woher sie kommen oder wie alt sie sind. Ob sie selbst oder ihre Eltern vermögend sind,

ist dann irgendwann auch egal. Zwar haben Sie sich dieses Mal noch nicht getraut, aufs Ganze zu gehen – vielleicht hat auch Herr Lindner mit Blick auf den Haushalt noch einmal interveniert –, aber die Anhebung der Altersgrenze auf 45 Jahre – die Linken fordern ja sogar die komplette Abschaffung der Altersgrenze –, die stattliche Anhebung der Freibeträge usw. zeigen doch, wohin die Reise gehen soll.

Das hat übrigens auch die Anhörung der Sachverständigen noch einmal deutlich gemacht. Vollkommen zu Recht hat der Verband der Arbeitgeber gesagt, diese Novelle – und ich zitiere mit Ihrer Erlaubnis, Frau Präsidentin – bedeute „nichts weniger als eine Abkehr vom bisherigen Charakter des BAföG“. Man könnte es auch deutlicher sagen, meine Damen und Herren: Sie schaffen das BAföG ab. Wir hingegen wollen es erhalten.

Sie haben nicht verstanden, dass das BAföG kein Selbstzweck ist und dass die Zahl von mehr BAföG-Empfängern nicht automatisch etwas Gutes ist. Sie haben auch nicht verstanden, dass es kein Indiz für mehr Bildungsgerechtigkeit ist, wenn möglichst viele und am Ende alle Studenten BAföG erhielten. Und Sie haben auch nicht verstanden, dass es unsozial ist, wenn ein 35-jähriger Knabe aus wohlhabendem Hause mit 45 000 Euro auf der hohen Kante Transferleistungen erhält, die andere vielleicht viel dringender bräuchten. Denn die Ausweitung des BAföG auf einen immer größeren Kreis von Berechtigten hat natürlich auch ihren Preis. Sie können dann nämlich die Bedarfssätze nicht einmal an die derzeitige Inflation anpassen. Und deshalb, meine Damen und Herren, bleibt ja auch der Applaus Ihrer Wählerklientel, auf die Sie beim Thema BAföG immer schießen, aus. „Koalition ... enttäuscht die jungen Menschen“ titelte gestern der „Spiegel“.

Mit dem Ihnen vorliegenden neuen Antrag der AfD-Fraktion hingegen gäbe es all diese Probleme gar nicht. Da wir davon Abstand nehmen, reichen älteren Herren ein Studium zu finanzieren, so wie Sie das machen wollen, können wir den Satz für die wirklich bedürftigen Menschen erhöhen, und zwar nicht um nur läppische 5 Prozent bzw. – jetzt haben Sie noch etwas draufgelegt – 5,75 Prozent, sondern sogar um

17 Prozent. Das würde dann bedeuten, dass wir einen Zuschuss in Höhe von etwa 500 Euro hätten. Das wäre eine Summe, mit der man auskommen könnte. Wohl gemerkt: Der Kreis der Empfänger wäre geringer, sodass wir von der Gesamtsumme her noch im Haushaltsrahmen blieben. Das, meine Damen und Herren, wäre wirklich sozial gerecht und folgte nicht dem Gießkannenprinzip, nach dem Sie hier verfahren wollen.

Meine Damen und Herren, die weiteren Inhalte unseres Antrags schauen Sie sich bitte noch einmal an; da muss ich jetzt ein bisschen springen.

Auch wir sagen, der Vermögensfreibetrag muss angehoben werden, aber bitte moderater. Er lag früher bei 8 200 Euro. Wir schlagen vor, ihn auf 8 500 Euro zu erhöhen. Aber es versteht doch kein Mensch, warum man, wenn man

45 000 Euro besitzt, nicht erst einmal dieses Geld nimmt, um den eigenen Unterhalt zu finanzieren.

Natürlich muss das gesamte Antragsverfahren vereinfacht werden. Da haben Sie Recht.

Wir brauchen auch Digitalisierung. Aber hier scheint ja die Absprache mit den Ländern noch gar nicht gelaufen zu sein. Die Antwort auf eine Kleine Anfrage hat uns gezeigt, dass in den meisten Ländern noch nicht einmal E-Akten vorhanden sind und das Personal noch gar nicht vorbereitet und geschult ist. Also auch hier muss noch dringend nachgebessert werden.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Abschluss noch einmal auf die 28. Novelle eingehen. Die kommt ja jetzt so im Windschatten hinterher. Noch schneller wird sie auf den Weg gebracht und wurde auch nur kurz erwähnt. Die ist jetzt nicht so umfangreich, aber die hat es in sich. Und hier heißt es – ich darf zitieren aus dieser 28. Novelle –:

Die Bundesregierung wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrats im Falle einer bundesweiten Notlage ...

- Sie meinen wahrscheinlich ei-

ne weitere Corona- oder ähnliche Notlage -

das BAföG vorübergehend für einen Personenkreis zu öffnen, der normalerweise vom BAföG-Bezug ausgeschlossen ist.

Meine Damen und Herren, kündigen Sie hier eigentlich schon den nächsten Lockdown an, obwohl wir doch noch nicht einmal den ersten evaluiert haben, obwohl auch die ersten Lockdowns wahrscheinlich gar nichts gebracht haben in dieser Hinsicht? – Herr Gehring, so alt sind Sie nicht, aber vielleicht kennen Sie aus den Geschichtsbüchern noch, was in den Jahren 1968 und folgende los war. Da gab es schon einmal eine Debatte um Notstandsgesetze. Da standen Sie oder Ihre Vorfahren noch auf der anderen Seite der Barrikaden. Da gab es eine APO. Heute gibt es eine andere APO, die heißt AfD und die ist hier drin und die sagt Ihnen, meine Damen und Herren: Das ist der falsche Weg. Wir brauchen keine Notstandsgesetzgebung. Wir brauchen keine Ausschaltung der Legislative. Dieser Bundestag hat in der Pandemie gezeigt, dass er schnell reagieren kann. Also verlassen Sie diesen Pfad der Untugend! Kehren Sie zurück zur parlamentarischen Demokratie!

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Studieren ist eine Chance, aber kein garantiertes Menschenrecht für jedermann.

Nina Stahr, Bündnis 90/Die Grünen:

Wir wollen Chancengerechtigkeit in der Bildung



Nina Stahr (*1982)
Landesliste Berlin

Deutschland hat einige Baustellen in der Bildungspolitik, aber wir haben vor allem ein zentrales Problem, und das ist der ungleiche Zugang zu Bildungschancen. Der eigene Bildungsweg hängt immer noch viel zu sehr vom Elternhaus ab, vom Bildungsabschluss der Eltern, vom Geldbeutel der Eltern. Bildungserfolg heißt natürlich nicht – das hat

auch die Ministerin schon gesagt –, dass unbedingt jeder studieren muss. Aber jeder junge Mensch in diesem Land muss die Chance haben, zu studieren, wenn er oder sie das möchte.

Wenn sieben von zehn Kindern aus Akademikerhaushalten ein Studium beginnen, aber nur zwei von zehn aus Nichtakademikerhaushalten, dann zeigt das eins: Formal gleiche Bildungschancen reichen nicht, wir brauchen real gleiche Bildungschancen.

Ja, man kann sich natürlich auch mit wenig Geld irgendwie durchbeißen und durchkämpfen. Aber müssen wir den jungen Menschen mit Willen zu Bildung und Ausbildung das Leben wirklich so schwer machen? Dürfen wir es uns als Gesellschaft leisten, auf so viel Potenzial zu verzichten, nur weil einige nicht bereit sind, gleiche Bildungszugänge für alle zu schaffen? Für uns Bündnisgrüne ist klar: Wir wollen Chancengerechtigkeit in der Bil-

dung, und dafür sind wir angetreten, und dafür gehen wir jetzt ans BAföG ran.

Darum werden wir nach Jahren des Stillstands in einem CDU-Bildungsministerium – Frau Staffler, das können Sie jetzt auch einfach nicht schönreden; Fakt bleibt, das ist die größte Reform seit 20 Jahren im BAföG – oder meinetwegen nach Jahren von vielen kleinen Trippelschritten nun in der Ampelkoalition die Reform des BAföG zu einem Schwerpunkt machen und gehen sie wirklich an.

Diese Reform erfolgt in mehreren Schritten, und wir machen heute den Anfang. Schon ab kommendem Wintersemester werden viel mehr Menschen BAföG bekommen und ihre Ausbildung, ihr Studium besser finanzieren können.

Der zweite Schritt ist ein Not-

Fortsetzung auf nächster Seite

hilfemechanismus, der in nationalen Krisenfällen das BAföG auch für Menschen öffnet, die bislang keinen Zugang hatten. Dass ein solches Instrument notwendig ist, haben wir in der Krise gesehen – und ziehen jetzt unsere

Schlüsse daraus. Und dann werden wir natürlich noch einmal strukturell ans BAföG rangehen. Wir wollen einen Mechanismus für regelmäßige BAföG-Erhöhungen, damit wir die Leistungen der Wirklichkeit anpassen. Wir wol-

len finanzielle Planbarkeit für diejenigen, die ein Studium aufnehmen wollen, einfachere, schnellere Bearbeitungsverfahren, eine realistische Anpassung der Förderhöchstdauer, mehr Flexibilität und mehr Unterstützung

beim Beginn des Studiums mit der Studienstarthilfe. So geht Bildungsgerechtigkeit.

Das BAföG wird den Bundestag weiter beschäftigen. Wir setzen gute Bildungschancen für alle ganz oben auf die Agenda. Auf

die weitere Debatte freue ich mich als Bildungspolitikerin und freuen wir Bündnisgrüne uns natürlich sehr.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der FDP)

Nicole Gohlke, Die Linke:

Die Inflation frisst die BAföG-Erhöhung komplett auf



Nicole Gohlke (*1975)
Landesliste Bayern

einfach ein Skandal in einem so reichen Land wie unserem.

Ich finde es unglaublich, dass das so lange zugelassen wurde. Unglaublich ist aber auch, dass auch die neue Ampelkoalition diesen Missstand nicht beseitigen wird. Denn das, was diese 27. Novelle heute macht, ist wieder ein bisschen Kosmetik an einem eigentlich völlig heruntergewirtschafteten BAföG, aber es holt die Studis eben nicht aus der Armut. Das ist die Situation, und das ist nicht akzeptabel.

Der neue BAföG-Höchstsatz wird jetzt Pi mal Daumen um die 930 Euro sein. Davon sollen die Miete bezahlt werden, die Energiekosten, das Essen, die Kleidung, die Kranken-, die Pflegeversicherung und auch alle anderen Auslagen, die Studis so haben, also Laptop, Internet, Bücher, Kopien, Semesterticket usw. Jetzt, wo ich das so sage, da merken Sie doch selber, dass das nicht geht, dass diese Rechnung einfach nicht aufgehen kann.

In meiner Heimatstadt München verschlingt die Miete über 80 Prozent des neuen BAföG-Höchst-

satzes – nicht des Wohnkostenzuschusses, des neuen Höchstsatzes –, in Frankfurt sind es fast 60 Prozent. Es gibt fast keine Hochschulstadt mehr, in der man vom Wohnkostenzuschuss im BAföG die Miete bezahlen kann.

Die Inflation frisst die BAföG-Erhöhung komplett auf. Da bleibt nichts übrig. Die Studis bleiben unter Hartz-IV-Niveau, sie bleiben unterhalb der Armutsgrenze. Das ist die Situation. Und da wundert sich dann die Ampel, warum ihr nicht alle um den Hals fallen vor lauter Dankbarkeit. Ich finde das wirklich ein bisschen weltfremd; das muss ich an dieser Stelle sagen.

Die Linke stellt ihre Vorschläge heute ebenfalls zur Abstimmung. Sie könnten Ja sagen zu einer Reform, die die Studierenden tatsächlich aus der Armut holt, Ja dazu, dass das Geld endlich mal reicht und dass die Höhe automatisch an die Inflationsrate angepasst wird und es nicht bleibt wie jetzt, wo buchstäblich die Stimmungslagen zwischen Koalitionspartnern darüber entscheiden, ob Studis mehr Geld bekommen.

Sie könnten Ja sagen zu einem Mietkostenzuschuss, der tatsächlich die Miete deckt, weil er nämlich regional gestaffelt ist; denn die Miete in München oder in Berlin ist nun mal teurer als die in Greifswald oder in Bamberg. Ja zu einer Digital- und Lernmittelpauschale; denn es gehört nun mal auch zum Studium, dass man Arbeitsgerät braucht; das könnte sich nach den paar Jahren auch irgendwann mal rumgesprochen haben.

Und Sie könnten Ja sagen dazu, dass sich Studierende nicht mehr fürs Studium verschulden müssen, weil wir nämlich wissen, dass vor allem junge Menschen aus einkommensarmen Familien und Haushalten diejenigen sind, die wegen der Angst vor Verschuldung dann eben auf ein Studium verzichten. Zu alledem könnten Sie Ja sagen, und das sollten Sie auch. Das wäre wirklich mal ein Schritt nach vorne.

Lassen Sie mich noch ein Wort sagen zur 28. Novelle, die wir heute auch beraten. Die Pandemie hat uns in der Tat gezeigt, dass die Einrichtung eines Notfallmechanismus im BAföG für außergewöhnliche Krisenlagen dringend notwendig ist, und es ist auch gut, dass die Ampel das jetzt angeht. Aber der Vorschlag der Ampelparteien greift eben auch hier zu kurz und hat noch einige Lücken.

Zum einen ist es so, dass weiterhin viele Studierende im Falle einer Krise leer ausgehen würden.

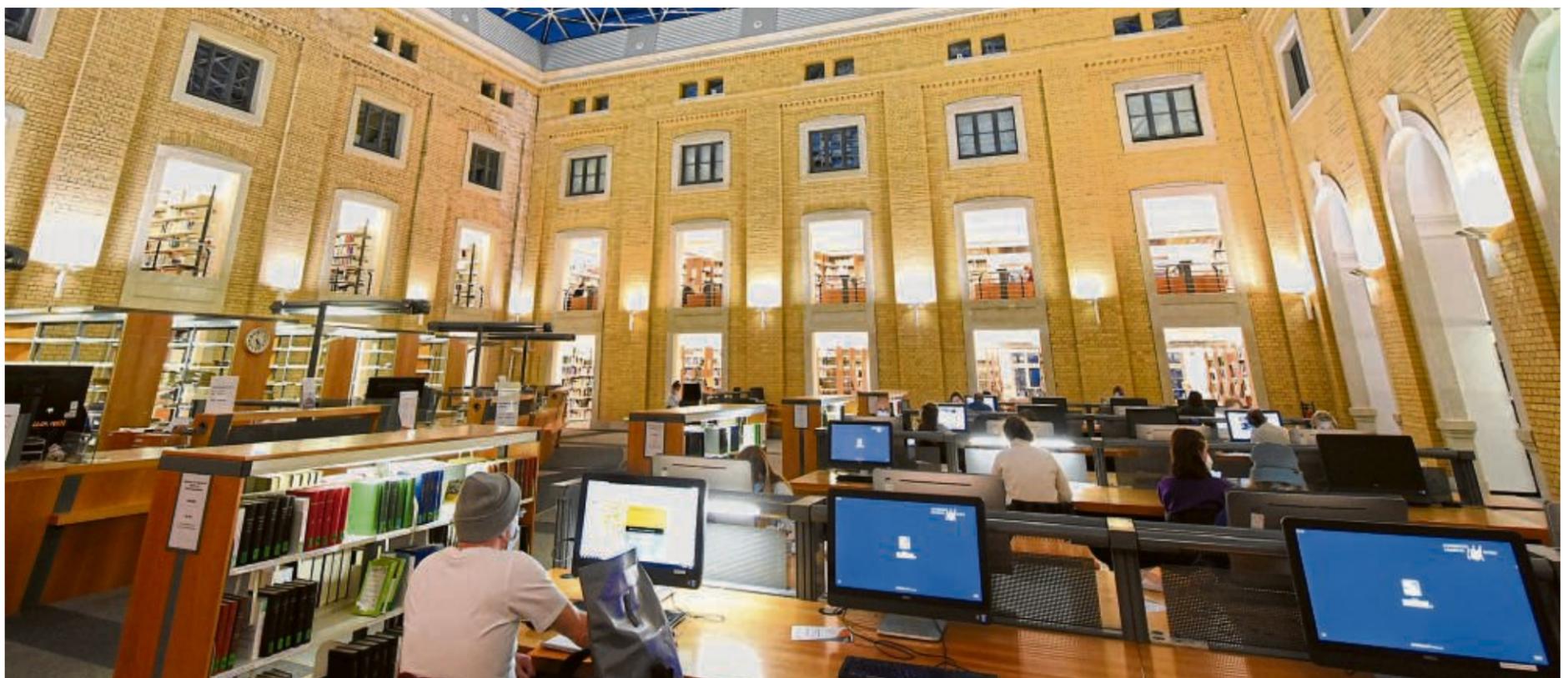
Rund 400 000 internationale Studierende zum Beispiel werden bei den Plänen der Bundesregierung überhaupt nicht berücksichtigt. Und: Die Förderung in Notlagen sollte wirklich nicht an Regelstudienzeiten hängen. Ich meine, es ist doch wirklich komplett weltfremd, dass in Pandemiezeiten oder anderen Katastrophenlagen ausgerechnet diejenigen Regeln dann eingehalten werden können, die schon in Normalzeiten völlig an der Lebensrealität der Studierenden vorbeigehen.

Ich hoffe jetzt einfach mal, dass Sie bei dieser 28. Novelle vielleicht ein bisschen offener sind für die Anregungen aus der Gesellschaft, aus den Reihen der Studierenden und auch von den Sachverständigen. Das wäre ein echter Fortschritt, und vor allem wäre das im Sinne der Studierenden.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. In der Debatte sprachen zudem die Abgeordneten Ria Schröder (FDP), Nadine Schön (CDU), Lina Seitzl (SPD), Laura Kraft (B90/Die Grünen), Gitta Connemann (CDU), Jessica Rosenthal (SPD), Anja Reinalter (B90/Die Grünen), Stephan Albani (CDU), Carolin Wagner (SPD), Bruno Hönel (B90/Die Grünen).



An der Uni Leipzig studieren etwa 30.000 Menschen. Ein Teil von ihnen ist auf BAföG angewiesen.

leicht
erklärt!

EU-Beitritt

Wie wird man Mitglied in der Europäischen Union?



Immer mal wieder hört man in den Nachrichten Folgendes:
Ein Land möchte Mitglied in der Europäischen Union werden.

Im folgenden Text wird erklärt, wie das funktioniert.

Folgende Fragen werden dabei zum Beispiel beantwortet:

- Was ist die Europäische Union?
- Welche Anforderungen muss man als Mitglied erfüllen?
- Wie läuft der Beitritt in die Europäische Union ab?



Was ist die Europäische Union?



Die Europäische Union ist eine Gruppe aus mehreren Ländern.

Genauer:

Aus 27 europäischen Ländern.

In der Europäischen Union arbeiten die Mitglieds-Länder zusammen.

Sie wollen eine gemeinsame Politik machen.

Und sie wollen sich untereinander stärker austauschen.

Das bedeutet zum Beispiel:



- Die Europäische Union hat Gesetze, an die sich alle Mitglieder halten müssen.
- Die Länder der Europäischen Union machen sehr viel Handel miteinander.
- Bürger aus einem Mitglieds-Land sind auch Bürger der Europäischen Union. Dadurch haben sie besondere Rechte.

Die Europäische Union gibt es seit 1992.

Seit dem Jahr 1951 haben europäische Länder aber schon in anderen Gruppen zusammengearbeitet.

Aus ihnen hat sich die Europäische Union entwickelt.

Im Moment hat die Europäische Union 27 Mitglieder.

Auch Deutschland gehört dazu.





Etwa 450 Millionen Menschen leben in der Europäischen Union.

Die Abkürzung für Europäische Union ist: EU.

Wenn im folgenden Text also „EU“ steht, ist damit immer die Europäische Union gemeint.



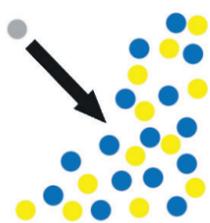
Eine wichtige Anforderung ist natürlich:

Das Land muss ein europäisches Land sein.

Andere Anforderungen werden in 3 Bereiche eingeteilt:

1. Politik
2. Wirtschaft
3. EU-Gesetze

Mitglied in der EU werden



Viele Länder wollen in der EU Mitglied werden.

Denn Mitglieder haben zwar einige Pflichten.

Sie haben aber auch viele Vorteile.

Es ist aber nicht einfach, Mitglied in der EU zu werden.

Und es dauert meistens mehrere Jahre.

In dieser Zeit wird geschaut:

Erfüllt das Land alle Anforderungen, um Mitglied zu werden?

Im Folgenden werden diese Anforderungen zunächst genauer beschrieben.

Dann wird erklärt, wie der Beitritt abläuft.

Anforderungen für Mitglieder



Die EU ist eine Gemeinschaft von Partnern mit gleichen Rechten und Pflichten.

Eine solche Gemeinschaft kann nur funktionieren, wenn man sich auf bestimmte Regeln einigt.

Und wenn jeder etwas zur Gemeinschaft beiträgt.

Deswegen muss ein Land verschiedene Anforderungen erfüllen, um EU-Mitglied zu werden.

1. Politik

Im Bereich Politik geht es darum, wie das Land regiert wird.

Und welche Regeln und Gesetze es in dem Land gibt.

Will ein Land in die EU, muss es zum Beispiel eine Demokratie sein.

Demokratie ist eine bestimmte Art, wie ein Land regiert wird.

In einer Demokratie bestimmen alle Bürger zusammen, was im Land passieren soll.

Das machen sie zum Beispiel durch Wahlen.



Außerdem müssen in dem Land die Menschen-Rechte beachtet werden.

Menschen-Rechte sind Rechte, die jeder Mensch auf der Welt hat.

Er muss dafür nichts tun.

Er hat sie einfach, weil er ein Mensch ist.

Dazu gehören zum Beispiel das Recht, seine Meinung sagen zu dürfen.

Das Recht, frei und in Sicherheit zu leben.

Das Recht, an Wahlen teilzunehmen.



2. Wirtschaft

Das Wort „Wirtschaft“ ist ein Fach-Begriff.

Damit meint man alles, was mit der Herstellung von Waren und dem Verkauf von Waren und Diensten zu tun hat.

Zur Wirtschaft gehören also sehr viele Dinge.

Zum Beispiel, wie viele Firmen es in einem Land gibt.
Und wie erfolgreich sie sind.

Wie viele Arbeits-Plätze es in einem Land gibt.

Wie viel Geld die Menschen in einem Land verdienen.



Wenn ein Land in die EU will, muss seine Wirtschaft gut funktionieren.

Außerdem muss es versprechen, dass alle anderen EU-Länder sich an der Wirtschaft des Landes beteiligen dürfen.

Das bedeutet zum Beispiel:

Eine Firma aus einem EU-Land darf in jedem anderen EU-Land ihre Waren verkaufen.

Und Menschen aus einem EU-Land dürfen in jedem anderen EU-Land arbeiten.



3. EU-Gesetze

In der EU gibt es sehr viele verschiedene Gesetze.

Sie regeln die Rechte und Pflichten der Mitglieder.

Sie regeln aber auch ganz viele Dinge in verschiedenen Bereichen.

Zum Beispiel, welche Qualität bestimmte Waren haben müssen.

Und welche Rechte EU-Bürger haben.

Will ein Land in die EU, muss es sich an alle Regeln und Gesetze der EU halten.



Ablauf des Beitritts

Wenn ein Land in die EU will, läuft das immer auf die gleiche Weise ab.

Der Beitritt kann mehrere Jahre dauern.

Im Folgenden wird der Ablauf genauer beschrieben.



Antrag stellen

Wenn ein Land in die EU will, muss es zuerst einen Antrag stellen.



Land wird überprüft

Wenn ein Land seinen Antrag gestellt hat, schaut sich die EU das Bewerber-Land ganz genau an.

Es wird geguckt, welche Anforderungen das Land erfüllt. Und welche es noch nicht erfüllt.

Danach gibt es dann verschiedene Möglichkeiten.

Vielleicht erfüllt das Land die Anforderungen schon recht gut.

Dann kann die EU entscheiden: Mit dem Land werden weitere Gespräche geführt.

Vielleicht erfüllt das Land die Anforderungen auch noch gar nicht.

Dann kann die EU dem Land den Auftrag geben, bestimmte Dinge zu verändern.

Erst wenn es das geschafft hat, sind weitere Gespräche möglich.



Beitritts-Gespräche

Irgendwann erfüllt das Land die wichtigsten Anforderungen vielleicht.

Dann kann die EU entscheiden: Die Beitritts-Gespräche mit dem Land können beginnen.





In diesen Gesprächen geht es darum, dass das Beitritts-Land die Regeln der EU komplett für sich übernimmt.

Dafür wird abgesprochen, wie das funktionieren kann.

Zum Beispiel können für ein Land in bestimmten Bereichen auch Ausnahmen abgemacht werden.

Oder die EU kann dem Land Zeit geben, noch bestimmte Dinge zu ändern.

Die EU schaut sich genau an, welche Fortschritte das Land macht.

Es kann auch passieren, dass das Land in bestimmten Bereichen Rückschritte macht.

Dass es sich also wieder von den Regeln der EU entfernt.

Das kann im schlimmsten Fall sogar dazu führen, dass die Beitritts-Gespräche wieder abgebrochen werden.

Manchmal zieht ein Land seinen Antrag während der Gespräche auch selbst zurück.

Die Beitritts-Gespräche sind also schwierig.

Der Vertrag für den Beitritt



Wenn die Beitritts-Gespräche erfolgreich sind, schließt die EU mit dem Beitritts-Land einen Vertrag.

Darin steht alles, was in den Gesprächen abgemacht wurde.

Diesen Vertrag muss dann noch jedes EU-Land bestätigen.

Dafür hat jedes Land eigene Regeln.

In Deutschland müssen zum Beispiel der Bundestag und der Bundes-Rat dem Vertrag zustimmen.

Manchmal passiert es sogar an diesem Punkt noch, dass ein Land doch nicht Mitglied wird.

Zum Beispiel, weil ein EU-Land nicht zustimmt.

Wenn alle EU-Länder und das Beitritts-Land den Vertrag bestätigt haben, wird aus dem Beitritts-Land ein echtes EU-Land.

Es hat dann dieselben Rechte und Pflichten wie die anderen EU-Länder.

Kurz zusammengefasst



Die EU ist eine Gruppe von 27 Ländern in Europa.

Wenn ein Land Mitglied in der EU werden will, läuft das immer auf dieselbe Weise ab.

Es wird geprüft, ob das Land alle Anforderungen erfüllt.

Oder dem Land wird der Auftrag gegeben, bestimmte Dinge zu verändern.

Dann gibt es ausführliche Gespräche.

Manchmal scheitert der Beitritt.

Wenn das Land den gesamten Ablauf aber erfolgreich durchläuft, wird es zu einem EU-Mitglied.

Weitere Informationen in Leichter Sprache gibt es unter: www.bundestag.de/leichte_sprache

Impressum

Dieser Text wurde in Leichte Sprache übersetzt vom:



**Nachrichten
Werk**

www.nachrichtenwerk.de

Einen Ratgeber mit den Regeln der Leichten Sprache finden Sie auf der Internet-Seite des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales.

Titelbild: © picture alliance / EPA / JULIEN WARNAND. Piktogramme: Picto-Selector. © Sclera (www.sclera.be), © Paxtoncrafts Charitable Trust (www.straight-street.com), © Sergio Palao (www.palao.es) im Namen der Regierung von Aragon (www.arasaac.org), © Pictogenda (www.pictogenda.nl), © Pictofrance (www.pictofrance.fr), © UN OCHA (www.unocha.org), © Ich und Ko (www.ukpukvve.nl). Die Picto-Selector-Bilder unterliegen der Creative Commons Lizenz (www.creativecommons.org). Einige der Bilder haben wir verändert. Die Urheber der Bilder übernehmen keine Haftung für die Art der Nutzung.

Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“ 26-27/2022
Die nächste Ausgabe erscheint am 11. Juli 2022.